

116. Sitzung

am Dienstag, dem 19. Februar 2008, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	8409	Eike Hallitzky (GRÜNE)	8455
		Rainer Volkmann (SPD)	8456
		Joachim Unterländer (CSU)	8457
		Ludwig Wörner (SPD)	8458
		Alfons Zeller (CSU)	8459
		Staatsministerin Christa Stewens	8459
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Dr. Martin Runge und Staatssekretär Bernd Sibler	8409		
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Kommunalpolitik in Bayern Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein (s. a. Anlage 1)	8409, 8438	Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes (Drs. 15/9806) – Erste Lesung – Barbara Rütting (GRÜNE)	8461, 8464
Franz Maget (SPD)	8415	Prof. Dr. Jürgen Vocke (CSU)	8462
Dr. Sepp Dürr (GRÜNE)	8422	Ludwig Wörner (SPD)	8463
Georg Schmid (CSU)	8430	Staatsminister Josef Miller	8463
Christine Kamm (GRÜNE)	8437		
Manfred Ach (CSU)	8438	Verweisung in den Landwirtschafts- ausschuss	8464
Ministerbefragung auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN „ Die Krise der Landesbank und die Verantwor- tung der Staatsregierung “ Thomas Mütze (GRÜNE)	8442, 8444, 8450	Abstimmung über Anträge etc. , die gem. § 59 Abs. 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 2) Beschluss	8464
Staatsminister Erwin Huber . . .	8442, 8444, 8446, 8447, 8448, 8450		
Monika Hohlmeier (CSU)	8446	Neubestellung eines Mitglieds für den Medienrat Beschluss	8464
Werner Schieder (SPD)	8447, 8448		
Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der SPD-Fraktion „ Bayern, aber gerechter: Mindestlohn in Bayern bekämpft Armut und entlastet die Kommunen. “ Christa Steiger (SPD)	8451	Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU) . . .	8453		

Kein „Satellit“ (3. Terminal) am Flughafen im Erdinger Moos (Drs. 15/9059)Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 15/9764)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE)	8464
Max Strehle (CSU)	8465
Dr. Thomas Beyer (SPD)	8466

Beschluss 8466

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause,
Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt.
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Bayerisches Biodiversitätskonzept erstellen**
(Drs. 15/9302)Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 15/9702)

Ruth Paulig (GRÜNE)	8467, 8469
Dr. Otto Hünnerkopf (CSU)	8468, 8469
Ludwig Wörner (SPD)	8469
Staatssekretär Dr. Marcel Huber	8470

Beschluss 8471

Schluss der Sitzung 8471

(Beginn: 14.04 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 116. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk, Fernsehen – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich bitte heute immer sorgsam zu bedenken, es ist eine Live-Übertragung. – Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks übertragen die Regierungserklärung und die Aussprache live.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich nachträglich Herrn Kollegen Dr. Martin Runge herzlich zu einem runden Geburtstag gratulieren, den er am 15. Februar gefeiert hat.

(Allgemeiner Beifall)

Heute hat Staatssekretär Bernd Sibler Geburtstag. Ich wünsche beiden im Namen des Hohen Hauses und persönlich alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Kommunalpolitik in Bayern

Das Wort hierzu hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Kommunen im Aufbruch – innovativ und menschlich“, das ist das Motto meiner zweiten Regierungserklärung. Jeder von uns weiß, dass am 2. März die Kommunalwahlen stattfinden. Die Kommunalpolitik bewegt viele Menschen. Die Zukunft unserer Gemeinden ist im Moment *das* politische Thema. Darum ist es richtig, dass wir uns auch im Landtag damit beschäftigen, wie die Situation der Kommunen in Bayern aussieht. Das war der Grund für meine Bitte, diese Regierungserklärung abgeben zu können und anschließend mit Ihnen zu diskutieren.

Kommunen sind die Keimzellen der Demokratie. Sie haben eine herausragende Bedeutung für unseren Staat, für unsere Gemeinschaft. Die Bedeutung der Selbstverwaltung ist bei uns in Bayern höher als in jedem anderen Land in Deutschland und – ich bin davon überzeugt – höher als in jedem anderen Land in Europa. Hier an vorderster Front zu stehen, mitzugestalten, Verantwortung zu übernehmen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

erfordert hohen Einsatz. Ich danke daher allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Landrätinnen und Landräten, Gemeinde-, Kreis- und Stadträtinnen und Stadträten, aber auch allen Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für ihre Heimat engagieren und gerade in diesen Wochen eine schwere Arbeit haben.

(Zustimmung des Abgeordneten Alexander König (CSU))

– Lieber Kollege König, du nickst dazu; denn du weißt das aus eigener Erfahrung. Aber auch viele Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite dieses Hauses wissen von dieser großen Aufgabe; ich schaue Frau Schmitt-Bussinger oder auch andere an. Deswegen ist es wichtig zu sagen: Es ist gut, wenn man sich um das Gemeinwohl kümmert, es ist gut, wenn kommunale Selbstverwaltung diese Rolle spielt, wie das bei uns in Bayern der Fall ist.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie stehen die Kommunen heute da? Was sind die kommunalen Aufgaben von morgen? – Wir können feststellen: Unseren bayerischen Kommunen geht es gut, und wir wollen alles daran setzen, dass das so bleibt. Wir sind ein starker und verlässlicher Partner an der Seite unserer Kommunen. Das ist gerade mir als langjährigem Kommunalminister ein besonderes Anliegen.

In diesem Jahr steigen die reinen Landesleistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich erstmals auf über sechs Milliarden Euro – und das, obwohl wir am Ziel des ausgeglichenen Haushalts unverbrüchlich festhalten, obendrein in den Jahren 2007 und 2008 500 Millionen Euro Schulden zurückzahlen und 400 Millionen Euro als Zukunftsreserve auf die hohe Kante legen. Trotzdem ist dieses Wachstum beim kommunalen Finanzausgleich möglich. Ich frage die Opposition: Wo in Deutschland wird mehr für Generationengerechtigkeit und die Unterstützung der Kommunen getan als bei uns?

(Beifall bei der CSU)

Mehr noch: Während der gesamte Staatshaushalt um 5,7 % steigt, erhöht sich der kommunale Finanzausgleich um über 11 %, also um fast das Doppelte. Das ist eine Steigerung wie seit dem Jahre 1978 – also seit 30 Jahren – nicht mehr.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Die Zahlen im Einzelnen hat Kollege Erwin Huber Ende Januar in seiner Haushaltsrede dargelegt.

Die Steuereinnahmen der Kommunen haben sich in den letzten vier Jahren ebenfalls stetig nach oben entwickelt

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

und haben den Rückgang in den Jahren 2001 bis 2003 überwunden. Während die Steuereinnahmen in den Kommunen im Jahr 2003 bei 8,4 Milliarden Euro lagen, haben sie 2007 ein Rekordniveau von knapp 12,2 Milliarden Euro erreicht. Ich darf erwähnen, dass wir in den Jahren 2000/2001 höhere Einnahmen als 2003 hatten: 9,3 Milliarden Euro im Jahr 2000 und 9 Milliarden Euro im Jahr 2001. Mit den Einnahmen im Jahre 2007 mit 12,2 Milliarden Euro haben wir ein absolutes Rekordniveau erreicht. Das ist auch der Grund dafür, dass sehr viele Kommunalpolitiker offen und nicht nur hinter vorgehaltener Hand einräumen: Uns geht es derzeit Gott sei Dank gut. Es wird kaum einen Kommunalpolitiker geben, der nicht sagt: Hoffentlich bleibt es so. Dass im Moment die Finanzsituation der Kommunen in Bayern ausgesprochen gut ist, können wir feststellen. Ich sage: Das können wir selbstbewusst feststellen; denn der Bayerische Landtag und die Bayerische Staatsregierung haben entscheidenden Anteil daran. Ich sage euch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, hierfür ein herzliches Dankeschön; ihr habt kommunalfreundliche Entscheidungen getroffen.

(Beifall bei der CSU)

An der Einnahmensituation hat die Gewerbesteuer maßgeblichen Anteil. Gerade dafür hat sich die Staatsregierung – und ich hebe das hervor – und habe auch ich mich persönlich sehr eingesetzt. Es hat in der CDU vor einigen Jahren dazu durchaus andere Stimmen gegeben. Ich war Mitglied der Eichel-Kommission und habe dabei immer die Meinung vertreten, dass die Gewerbesteuer zumindest solange unverzichtbar ist, als nicht ein besseres Instrument erkennbar ist. Ich habe nie ein anderes Instrument gesehen, das besser gewesen wäre. Ich habe mich deswegen immer für die Gewerbesteuer eingesetzt. Deswegen kann ich heute sagen: Der Vorwurf der SPD, der Staat habe sich zulasten der Kommunen saniert, ist in Bayern völlig abwegig. Seit 2004 haben sich die Steuereinnahmen der Kommunen günstiger entwickelt als die Steuereinnahmen des Staates.

Der Finanzausgleich hat sich überproportional entwickelt. Das ist der Grund, dass wir sagen können, die Finanzsituation der Kommunen insgesamt ist in Bayern gut,

(Beifall bei der CSU)

übrigens auch im Vergleich zu allen anderen Ländern. Bundesweit können wir uns sehen lassen. Die Gesamtheit der bayerischen Kommunen erwirtschaftete im Jahr 2006 einen Finanzierungsüberschuss von 1,4 Milliarden Euro. Das sind 113 Euro pro Einwohner. Damit stehen die bayerischen Kommunen mit Abstand an der Spitze der westlichen Flächenländer. Die Kommunen in Rheinland-Pfalz – Herr Kollege Maget wird sicher in besonderer Weise auf Rheinland-Pfalz als besonders vorbildliches Land hinweisen –, in dem Land, in dem der SPD-Vorsitzende seit fast 14 Jahren regiert, weisen dagegen im Vergleich zur Zahl ihrer Einwohner einen mehr als 20-mal so hohen Bestand an Kassenkrediten auf wie die bayerischen Kommunen.

(Zuruf von der CSU: Hört! Hört!)

Das heißt, dort ist massiv jenseits der Haushalte, jenseits einer soliden, langfristigen Finanzbasis die kurzfristige Verschuldung exorbitant hoch. Da frage ich: Ist das die soziale Gerechtigkeit, von der Sie sprechen? Ist das Zukunftsverantwortung? – Nein, das ist Politik auf Kosten der jungen Generation. So etwas machen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Die bayerischen Kommunen punkten auch mit ihrer Investitionsquote. Mit 20,6 % lag sie 2006 – die Zahlen von 2007 haben wir noch nicht – deutlich vor der in den anderen westlichen Flächenländern mit 14,4 %. Damit ist die kommunale Gestaltungskraft in Bayern weit größer als anderswo.

Es wäre falsch, das Geld jetzt mit vollen Händen auszugeben. Ich appelliere an die Kommunen, finanzielle Spielräume zu nutzen für Investitionen, für ihre Aufgaben, aber auch, soweit möglich, um Schulden abzubauen und Rücklagen zu bilden. Jeder weiß, dass auch wieder schwierigere Zeiten kommen werden. Und dafür soll man Vorsorge treffen. Vorsorge zu treffen für die Zukunft, ist kluge Politik, ist Generationengerechtigkeit. Darauf hat Erwin Huber in seiner Haushaltsrede hingewiesen. Ich will das heute ausdrücklich wiederholen. Die überwältigende Mehrzahl der Kommunalpolitiker übernimmt das und weiß, dass es wichtig ist.

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es Kommunen, die aus eigener Kraft nicht die Haushaltskonsolidierung leisten können. Ich bin keiner, der die Probleme, die wir da und dort haben, schönredet. Wir haben Probleme in bestimmten Teilen unseres Landes, aber nicht nur in Nordostbayern. Es gibt auch einzelne Kommunen landesweit, die erhebliche Strukturprobleme haben. Dieser Verantwortung stellt sich die Bayerische Staatsregierung wie keine andere Regierung in Deutschland. Wir lassen die Kommunen nicht im Regen stehen. Wir wollen das, was für den Staatshaushalt gilt, auch hier: Wir müssen Schulden tilgen, um nicht durch den Schuldendienst in der Zukunft geknebelt zu werden. Denn aufgrund der absehbaren demografischen Entwicklung müssen immer weniger Menschen dafür aufkommen. Bad Steben ist dafür ein Beispiel. Aber Konsolidierung ist kein Selbstzweck, sondern heißt: Handlungsfähigkeit bewahren für die Zukunft!

Auf der Grundlage von Sanierungsplänen werden wir gezielt Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Dafür stehen 2008 auch aufgrund einer gestern erfolgten Sperrefreigabe durch das Finanzministerium jetzt insgesamt 11 Millionen Euro zur Verfügung. Im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden können wir ab diesem Jahr 32 Kommunen neu auswählen, denen wir durch dieses Pilotprojekt unter die Arme greifen. Die Ausdehnung dieses Projekts wird ein weiterer Schwerpunkt zugunsten finanzschwacher Gemeinden in Bayern sein. Wir wollen, dass alle Gemeinden auf ein tragfähiges finanzielles Fundament kommen und helfen dabei denjenigen, die große Schwierigkeiten haben.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte auch an ein Thema zu denken, das in der deutschen Diskussion noch kaum Resonanz findet, obwohl es hinter den Kulissen eine erhebliche Auswirkung hat, nämlich die Föderalismusreform II. Dort wird über eine Schuldenbegrenzung gesprochen, über die Frage eines vollständigen Schuldenneuaufnahmeverbots für Bund und Länder. Wir müssen deswegen auch darüber diskutieren, inwieweit eine stärkere Schuldenbegrenzung auch für die Ebene der Kommune einzuführen ist.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eine schwierige Frage. Ich hebe hervor, dass ich nicht nur die Frage stelle, weil in der Föderalismuskommission II am vergangenen Donnerstag der Bundesfinanzminister diese Frage nur mit einer Tischvorlage und nicht detaillierter aufgeworfen hat und damit auch noch keine detaillierte Behandlung in den Gremien der Länder möglich war. Wir müssen uns damit beschäftigen, und ich sage ganz bewusst: auch in partnerschaftlichen Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Denn meine Haltung gegenüber den Kommunen ist nicht, ihnen von hoher Hand etwas vorzusetzen, sondern mit den kommunalen Spitzenverbänden auf partnerschaftlicher Ebene solche Fragen zu diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer Punkt ist, dass wir bei der Abfinanzierung staatlicher Förderzusagen mit einem Sonderprogramm erhebliche Verbesserungen geschaffen haben. Ich möchte ausdrücklich auch der Fraktion dafür danken, dass sie die ursprünglich 150 Millionen Euro aufgestockt hat auf 200 Millionen Euro, um damit kommunale und private Investitionen schneller bedienen und abfinanzieren zu können. Das waren Maßnahmen, bei denen ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn zugesagt war, wo jeder wusste, dass er das Geld nicht sofort bekommt und jeder gesagt hat: Ich will wenigstens die Erlaubnis des vorzeitigen Maßnahmenbeginns. Da ist es alles andere als fair, anschließend darüber zu jammern, dass die Zuschüsse nicht sofort ausgezahlt werden. Aber kommunalfreundliches Verhalten heißt, sich auch dieser Herausforderung zu stellen. Und wir haben das in vorbildlicher Weise getan. Danke schön an den Landtag, an die Mehrheitsfraktion hierfür.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Staatsregierung begegnet den Kommunen partnerschaftlich. Zum 1. Januar 2004 haben wir das Konnexitätsprinzip eingeführt, und ich stelle ganz bewusst heraus, dass wir das schärfste Konnexitätsprinzip von allen Ländern haben. Ich weiß, dass auch der eine oder die andere in der Staatsregierung und im Landtag das nicht nur positiv sieht. Ich halte es aber für richtig, weil wir uns selber klar vor Augen führen müssen, dass dann, wenn wir Aufgaben auf die Kommunen übertragen, wir uns auch damit zu beschäftigen haben, wie die Kommunen diese Aufgaben finanzieren. Das ist über den Konsultationsmechanismus und den Konnexitätsmechanismus auf den Weg gebracht

worden, und ich sage nach vier Jahren: Es ist manches langsamer, manches auch ein Stück bürokratischer geworden. Aber insgesamt hat es sich bewährt.

Ich appelliere aber auch an die kommunale Seite. Nicht jede neue Herausforderung ist konnexitätsrelevant. Wenn oft wegen geringster Beträge die Konnexitätseinrede kommt, dann dient das keiner der beiden Seiten. Aber ich vertraue darauf, dass das Anfangsproblem ist, die sich im Laufe der weiteren Jahre lösen werden. Insgesamt können wir, glaube ich, mit der eingeführten Konnexität und ihren Ergebnissen zufrieden sein. Ich hoffe, dass auch die Mehrheitsfraktion meine positive Bewertung insgesamt teilt. Ich bitte jedenfalls dafür um Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer Punkt ist unbedingt anzusprechen, nämlich dass wir im Rahmen der Europäischen Union eine ganz erhebliche Menge von Angriffen auf die kommunale Selbstverwaltung haben. Es ist positiv – und wir haben uns als Staatsregierung und als Bayerischer Landtag dafür eingesetzt –, dass auf europäischer Ebene der Vertrag von Lissabon erstmals die Achtung der kommunalen Selbstverwaltung durch die EU beinhaltet. Dennoch müssen wir genau verfolgen, welche Überlegungen die EU-Kommission in Brüssel anstellt. Vorgaben der EU engen die Kommunen erheblich ein, bringen oft einen hohen bürokratischen Aufwand. Denken Sie nur an die FFH-Richtlinie, an die nicht administrierbaren Vorgaben zum Feinstaub oder jetzt an den Entwurf zur Bodenschutzrichtlinie. Bayern wendet sich mit allem Nachdruck, mit aller bayerischen Hartnäckigkeit gegen EU-Pläne, die die kommunale Selbstverwaltung bedrohen oder einschränken. Die EU darf die Kommunen nicht aus den Bereichen Wasser und Energieversorgung verdrängen, weder durch ordnungspolitische Maßnahmen noch durch zu hohe bürokratische Hemmnisse.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bayern hat nicht das Subsidiaritätsprinzip in Europa durchgesetzt, damit es danach auf kaltem bürokratischem Weg wieder ausgehebelt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aufgaben der Kommunen haben sich in den letzten Jahren gewandelt. Sie sind komplexer, vielschichtiger geworden. Es gibt viele neue Herausforderungen, das Ringen um Investoren und Arbeitsplätze in Konkurrenz mit anderen Kommunen, in Grenznähe auch mit Tschechien und – das hebe ich ganz besonders hervor – mit Österreich, einem immer stärker werdenden Wettbewerber. Da ist zum Teil eine große Fluktuation, Zuzug und Wegzug innerhalb Deutschlands, aber auch Zuzug in das Ausland und aus dem Ausland. Solche Probleme zu bewältigen und gleichzeitig ein gemeinsames bürgerschaftliches Bewusstsein zu behalten, ist eine große Herausforderung.

Da sind die gestiegenen Ansprüche der Bürger an eine gute kulturelle und soziale Infrastruktur. Da sind viele soziale Problemfälle, die in den Kommunen aufschlagen und dort aufgefangen werden müssen. Ich hebe das ganz

besonders hervor: Die Sorge um die Zukunft der Jugend – Jugendhilfe – und die Sorge um die soziale Situation der Alten sind natürlich auch und ganz besonders ein kommunales Problem. Wir haben aber auch auf Landesebene mitzuhelfen, und jeder weiß, dass wir das auch in hohem Maße tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Kommunen im Aufbruch, das gilt gerade für den ländlichen Raum. In Bayern leben die Menschen gerne auf dem Land. Sie engagieren sich in Vereinen, halten Tradition und Brauchtum am Leben, leisten Nachbarschaftshilfe. Das Leben ist nicht anonym wie oft in der Großstadt. Wir haben in Bayern anders als in Frankreich, wo alles auf Paris konzentriert ist, ganz bewusst auch auf die Entwicklung der ländlichen Räume gesetzt. Wir wollen Dörfer und Märkte mit voll funktionsfähiger Sozialstruktur und Infrastruktur. Das ist das Markenzeichen des ländlichen Raums. Diese Lebensqualität müssen, wollen und werden wir auch erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich erteile daher allen Überlegungen eine klare Absage, den ländlichen Raum nur auf eine Art Wohn- und Erholungsfunktion zu beschränken. Die CSU hat nicht über 50 Jahre, zum Teil gegen den massiven Widerstand der SPD, um den ländlichen Raum gekämpft, um ihn jetzt wegen des Globalisierungsdrucks aufzugeben.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich bin selber Großstädter aus Nürnberg und sage deshalb mit voller Überzeugung: Ich weiß, wie die Diskussionen geführt werden. Es ist doch völlig abwegig, wenn sich die SPD jetzt plötzlich als der Anwalt des ländlichen Raums darstellt –

(Beifall bei der CSU)

und dann noch mit einer Presseerklärung, deren Oberflächlichkeit nur damit zu erklären ist, dass Herr Maget am Sonntag keinen Mitarbeiter zur Verfügung hatte, der ein bisschen Ahnung hatte. So kam eine oberflächliche und dummliche Erklärung heraus, dass selbst die meisten Journalisten im Sonntagsdienst gemerkt haben, wie daneben diese Erklärung war, und deshalb nicht viel davon gebracht haben, sondern mehr über die Erwiderung, die von der Staatsregierung kam.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir stellen uns den Herausforderungen der Globalisierung, und wer mich bei Wahlreden im Kommunalwahlkampf erlebt, weiß, dass ich dieses unangenehme Thema nicht ausspare, sondern sage: Der Wettbewerb wird härter, in Deutschland, in Europa. Wir müssen uns den Herausforderungen stellen von Marktredwitz bis Garmisch oder Schongau.

(Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Wir wissen, welche Schwierigkeiten wir mit dem Fördergefälle in Richtung Thüringen und Sachsen haben, aber noch stärker in Richtung Tschechien, wo dann auch noch das Lohngefälle dazukommt.

Deshalb heißt unser Motto: Wir müssen um das besser sein, was wir teurer sind. Darum müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um den Wandel zu einer wissensbasierten Dienstleistungs- und Industriegesellschaft mit großen Schritten weiter zu vollziehen. Deswegen haben wir große Anstrengungen unternommen, um nicht nur an den Universitäten und Forschungseinrichtungen, sondern auch an vielen anderen Schwerpunkten der wissensbasierten und wissenstransferierenden Entwicklung Spitzenfunktionen zu übernehmen. Auf diese Weise werden wir dafür sorgen, dass der ländliche Raum nicht Verlierer der Globalisierung ist.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir wollen und dürfen nicht zulassen, dass Metropolen, Ober- und Mittelzentren und der eigentliche ländliche Raum Gegenspieler werden, sondern sie müssen in einem natürlichen positiven Spannungsverhältnis gesehen werden und müssen sich gegenseitig befruchten. Das heißt, wir müssen stärker regional denken. Ich hebe deswegen auch ausdrücklich hervor, dass ich hinsichtlich der Metropolregion Nürnberg diese Initiativen regionalen Denkens immer unterstützt habe und früher auch in den Gremien mitgearbeitet habe. Jetzt habe ich die Verantwortung für das ganze Land, und da verbieten sich solche regionalen Engagements.

Regionales Denken ist wichtig, nicht nur kurzfristiges enges Kirchturm-Denken.

(Beifall bei der CSU)

Wir können zuversichtlich sagen, auch nach den Rankings neutraler dritter Beobachter: Die bayerischen Städte und Landkreise sind in einer guten Entwicklung. Ich zitiere das Prognos-Institut aus Basel, das festgestellt hat: „Städte und Landkreise in Bayern lassen den Rest der Republik zunehmend hinter sich.“ Wir wollen diesen Vorsprung nicht nur halten, sondern weiter ausbauen. Das ist die Aufgabe:

(Beifall bei der CSU)

Ich lade Sie von der Opposition ein, hier in einen Wettstreit der Ideen einzutreten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Herr Kollege Dürr, mit Ihrer freundlichen, liebenswürdigen Art, Zwischenrufe zu machen, lade ich Sie ein, nicht nur Polemik zu üben, sondern ausnahmsweise auch mal geistreiche Gedanken zu äußern. Das ganze Haus wäre dafür dankbar.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hebe hervor, dass wir in besonderer Weise den Mittelstand im ländlichen Raum zu unterstützen haben. Wir treten für den Mittelstand ein. Das ist auch der Grund, warum wir uns mit Blick auf die Erbschaftsteuer in besonderer Weise dafür einsetzen, dass mittelständische Betriebe wegen der Erbschaftsteuer nicht mehr aufgeben müssen.

Ich appelliere an die SPD in Bayern, den Kollegen im Bund in den Arm zu fallen. Denn 15 Jahre Übergangsfrist und dann ein Fallbeil, wenn Unternehmen nach 14 Jahren und 11 Monaten die Lohnsumme um mehr als 30 Prozent reduzieren und eine vollständige Erbschaftsteuer zahlen müssen, das würde viele Betriebe existenziell treffen und Hunderttausende von Arbeitsplätzen gefährden.

(Beifall bei der CSU)

Mit Herrn Kollegen Beck habe ich hierüber ein sehr konstruktives Gespräch geführt. Ich bin gespannt, ob sich die SPD im Bayerischen Landtag hierauf einlässt. Ich hoffe sehr, dass Sie hier die Bestrebungen, die vonseiten der SPD kommen werden, unterstützen. Ich bin jedenfalls sehr gespannt, was Sie dazu sagen werden.

(Zuruf von der SPD)

Es ist sehr wichtig, die Infrastruktur des ländlichen Raums auszubauen. Ich verweise hierzu auf das schriftliche Manuskript.

Ich hebe den Ausbau des schnellen Internets hervor. Auch hier weise ich darauf hin, dass wir ein Programm auf den Weg gebracht haben, wobei in den nächsten Wochen die Anträge gestellt werden können. Die Notifizierung in Brüssel ist notwendig. Die Anträge aus der Landwirtschaft und der Wirtschaft werden von der Regierung zentral bewilligt, sodass hier ein klarer Ansprechpartner vorhanden ist.

Ich hebe ferner hervor, dass wir auch die medizinische Infrastruktur im ländlichen Raum sehr im Auge haben. Das betrifft sowohl den Rettungsdienst als auch integrierte Leitstellen, die Versorgung durch Hilfsdienste und die Krankenhäuser im ländlichen Raum trotz der Diagnose Related Groups – DRGs –, die bei der Notfallversorgung besteht. Ich hebe hervor, dass die Staatsregierung auch in Zukunft sehr bewusst auf die hausärztliche Versorgung setzt.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen nicht irgendwelche anonymen Kapitalgesellschaften, die das über CallCenter oder über medizinische Gesundheitszentren organisieren. Wir wollen beim Hausarzt bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben im Rahmen der Gesundheitsreform eine riesige Aufgabe. Wir werden es verhindern, dass, wie die Ärzte befürchten, Mittel aus Bayern abfließen. Wir werden die Konvergenzgrenze, die Bayern durchgesetzt hat – Edmund Stoiber hat sie fast im Alleingang durchgesetzt –, zu 100 % durchsetzen;

(Franz Maget (SPD): Glauben Sie dem?)

– denn, lieber Herr Maget, im Gegensatz zu Frau Ulla Schmidt hält die Bundeskanzlerin ihr Wort. Frau Schmidt ist wortbrüchig.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Wo denn?)

Ich fordere Sie auf, sich öffentlich dafür einzusetzen und dafür zu sorgen, dass nicht nur bei der AOK, sondern auch bundesweit bei den Krankenkassen – auch bei den Krankenkassen aus anderen Bundesländern, die Beiträge aus Bayern bekommen – nicht mehr als 100 Millionen Euro abfließen. Das ist die Zusage der Bundeskanzlerin, die sie letzten Donnerstag mir gegenüber wiederholt hat. Frau Schmidt hat das in dieser Weise nicht gemacht.

(Zurufe von der SPD)

Herr Maget, ich fordere Sie auf, hier im Landtag zu sagen, dass Sie unsere Bestrebungen unterstützen, dass nicht 101 Millionen Euro abfließen, sondern maximal 100 Millionen Euro. Ich werde diese Bestrebungen mit jeder Härte durchsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in manchen Teilen Bayerns Bevölkerungsrückgänge, zum Teil auch Wegzüge und damit künftig kleinere Einheiten zu verzeichnen. Ich sage das ganz bewusst an die Adresse der nördlichen Oberpfalz und des östlichen Oberfrankens. Ich halte eine Gebietsreform nicht für sinnvoll, erachte es aber als notwendig, die interkommunale Zusammenarbeit zu verstärken.

(Beifall bei der CSU)

Es sind alle Instrumente gegeben. Wenn die interkommunale Zusammenarbeit irgendwo nicht erfolgt, kann man nicht sagen, der Gesetzgeber ist schuld, sondern das ist auf kommunalen Eigensinn oder geringe Bereitschaft zur Zusammenarbeit zurückzuführen. Wir als Staatsregierung wollen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit unterstützen. Dieses Thema sollten die Regierungen noch mehr in den Mittelpunkt der Beratung stellen. Ich halte es auch für richtig, dass wir im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten Fördersätze anheben, um Anreize zur Zusammenarbeit zu verstärken.

Eine große Rolle spielen Familienfreundlichkeit, Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und Kinderkrippen, aber auch Tagesmütter und Nachbarschaftsmodelle wollen wir unterstützen. Wir wollen selbstverständlich auch gewährleisten, dass das Wahlrecht für Familien bleibt,

weil alle Familien Dank und Anerkennung verdienen, die auch ohne fremde Hilfe Kinder betreuen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich erkläre für die Staatsregierung – das haben Erwin Huber und ich am vergangenen Donnerstag auch der Kanzlerin gesagt –: Sollte bei dem Gesetz über die Frage der Finanzierung von Kinderkrippen entgegen der Absprache im Koalitionsausschuss keine Angabe über das Betreuungsgeld vom 01.01.2013 an gemacht werden, ist das Gesetz für uns nicht zustimmungsfähig.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich appelliere an die SPD, nicht als Blockierer der Maßnahmen für junge Familien aufzutreten. Und ich appelliere an die GRÜNEN, sich dafür zu entschuldigen, dass sie Worte wie „Herdprämie“, das Unwort des vergangenen Jahres, allzu oft in den Mund genommen haben.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): Jetzt müssen Sie es selber machen, oder?)

Ich war in Niedersachsen und in Hessen auf Wahlkampfveranstaltungen; ich bin oft außerhalb Bayerns. Ich war in Rheinland-Pfalz und natürlich auch in Berlin. Ich sage mit Stolz: Bayerns Eltern und Kinder werden quer durch Deutschland um das bayerische Schulsystem beneidet.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich sage an die Adresse der GRÜNEN: Mit eurem Beschluss auf dem Nürnberger Parteitag, die Kinder in den ersten neun Jahren in einer Einheitsschule zu unterrichten, seid ihr 30 Jahre zu spät dran.

An die Adresse der SPD möchte ich sagen: Die Bedeutung der Hauptschule wird jedem, der Betriebe besucht, klar. Unabhängig davon, ob man bei Liebherr, bei Hirschvogel, bei MAN oder bei BMW ist, ist festzustellen: Die Qualität von Facharbeitern und Handwerkern, die in der Hauptschule gelernt haben, praktische Arbeit zu leisten, ist ein wesentlicher Teil des Vorsprungs Deutschlands und Bayerns.

Wir werden das fördern, wir werden – lesen Sie den Aufsatz von Nida-Rümelin in der „Süddeutschen Zeitung“ – nicht euren Fehler wiederholen, nur akademische und theoretische Bildung zählen zu lassen. Auch praktische Bildung ist herausragend wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Die Grundschule bleibt im Dorf, nach dem Motto „kurze Beine, kurze Wege“. Ich hebe hervor: Die Durchlässigkeit des Schulsystems wird verbessert. Man darf nicht in der vierten Klasse das Fallbeil ansetzen. Wenn ein Kind nicht nach der vierten Klasse wechseln kann, dann muss es

immer noch nach der fünften Klasse wechseln können. Wenn ein junger Erwachsener die Hauptschule sowie eine Meisterausbildung abgeschlossen hat, kann er allein mit dem Abschluss der Meisterschule die Fachhochschule besuchen. Wir wollen, dass gilt: Kein Abschluss ohne Anschluss. Das ist das richtige Motto.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen bei der Organisation der Hauptschule die Bereitschaft zu einer sinnvollen Kooperation, damit möglichst viele Schulstandorte erhalten bleiben. Das bedeutet, dass nicht alle Fächer an einem Standort unterrichtet werden. Es gibt qualifizierte Kooperationsmodelle. Ich appelliere, sich der Herausforderung der Kooperation zu stellen. Wir werden in jedem Falle – ich sage: in jedem Falle – solche Kooperationen zu organisieren haben. Dabei muss die Diskussion mit den kommunalen Spitzenverbänden weitergeführt werden. Wir wollen an möglichst vielen Hauptschulstandorten festhalten und sind uns in dieser Frage mit den kommunalen Spitzenverbänden einig.

(Beifall bei der CSU)

In Bezug auf den Klimaschutz – ich will mich weitgehend an die Redezeit halten und bitte um entsprechende Nachsicht – verweise ich auf das schriftliche Manuskript. Alle darin enthaltenen Ausführungen sind richtig. Die Mitarbeiter haben die Sachverhalte richtig ausgeführt. Ich gebe das zu Protokoll.

(siehe Anlage 1)

Einen Punkt, der mir am Herzen liegt, möchte ich aber noch ansprechen: In der Kommunalpolitik haben wir zwei große Aufgaben; dies gilt sowohl für Großstädte als auch für kleinere Gemeinden. In den Gemeinden leben sehr viele Menschen mit Migrationshintergrund. Wir müssen die Anstrengungen massiv verstärken, um die Integration dieser Menschen in unserem Land zu gewährleisten. Integration bedeutet in erster Linie das Erlernen der deutschen Sprache.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage in diesem Landtag selbstbewusst: Wir von der Staatsregierung, wir von der CSU, haben uns durchgesetzt, damit nicht den Träumereien von Multikulti gefolgt worden ist. Auch Rot-Grün muss wissen: Die Integration in unserem Land ist das Ziel.

Ich verhehle nicht, dass Herr Erdogan in seiner Kölner Rede die Integration bei Weitem nicht in gleichem Maße wie bei seinem Gespräch mit mir, das auch in Bayern öffentlich wiedergegeben worden ist, betont hat. Er hat den Appell an die türkischen Kinder gerichtet, Deutsch zu lernen. In Köln aber hat er gesagt, dass die Muttersprache immer Türkisch bleibe, während Deutsch die erste Fremdsprache sei. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Wenn Vertreter eurer Partei automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit an hier Geborene verliehen

haben – wenn ein Elternteil mehr als sieben Jahre hier lebt, wird automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen –, dann müsst ihr doch hart widersprechen, wenn gesagt wird, Türkisch sei die Muttersprache.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich muss Deutsch die erste Sprache sein, ohne dass Assimilation verlangt wird, wobei ich hervorhebe, dass eine freiwillige Assimilation kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt, wie es Erdogan gesagt hat. Ich möchte nicht näher darauf eingehen, sondern ausführen: Wir müssen stärker auf die Integration achten. Bei jedem von mir veranstalteten Empfang hebe ich Beispiele hervor, wie sich Menschen auf kommunaler Ebene gut integriert haben. Sie stellen Vorbilder dar, wonach jeder, der aus dem Ausland nach Deutschland kommt, in der Regel sehr viel bessere Chancen als in seinem Heimatland hat. Wir wollen Zuwanderer zu Aufsteigern machen, aber sie müssen selber daran arbeiten. Fordern und Fördern ist die Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Letzter Punkt: Bei allen materiellen Fragen und Strukturfragen: In allen Kommunen sollten wir daran denken, dass der Gemeinschaftssinn, der Zusammenhalt in einem Dorf oder in einer Stadt, von entscheidender Bedeutung sind. Auch vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung vor Kommunalwahlen sollten wir versuchen, diesen Gemeinschaftssinn nicht allein als Grundlage einer demokratischen Streitkultur zu pflegen, sondern auch deutlich zu machen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger in den Dörfern und Städten Mitglieder selbstbewusster Gemeinwesen sein können, die wir auch in der Zukunft brauchen werden.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von bis zu vierzig Minuten pro Fraktion vereinbart.

Als erster Redner hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Kollege Maget, das Wort.

Franz Maget (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Normalerweise erwartet man Neuigkeiten in einer Regierungserklärung.

(Beifall bei der SPD)

Man denkt an Fortschritt und an Verbesserung. Man denkt an Wandel und vielleicht neue Weichenstellungen. Nichts davon, aber auch gar nichts davon, war heute zu hören. Inhaltlich war die Rede eine Nullnummer.

(Beifall bei der SPD)

Sie enthielt die üblichen polemischen, abwegigen und falschen Anschuldigungen gegenüber der Opposition.

(Beifall bei der SPD)

Die Rede stellte angesichts der vorhandenen offenen Fragen und Problemen eine Schönfärberei dar. Sie enthielt vor allem kein Sterbenswörtchen zum aktuellsten Thema und aktuellsten Problem der Kommunen, nämlich dem Problem der Sparkassen und der Landesbank. Kein Sterbenswörtchen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Gehören Sparkassen, Herr Dr. Beckstein, nicht mehr zu den kommunalen Aufgaben? Waren Sie nicht jahrelang Mitglied im Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank? Sind Sie nicht entscheidend dafür verantwortlich, welche Fehler bei der Landesbank gemacht wurden und welche Verluste dort entstanden sind?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Noch vor einer Woche, als ich in diesem Hause von diesem Platz aus angekündigt habe, dass es bei der Landesbank einen Kapitalzuführungsbedarf geben wird, und zwar zu decken durch den bayerischen Steuerzahler und die Sparkassenfamilie, wurde das von Ihnen bestritten. Jetzt wissen wir auch das. Natürlich hatten wir auch hier wieder recht; natürlich wollten Sie auch das wieder unter den Teppich kehren. Ihr peinliches Schweigen heute zum Thema „Landesbank und Sparkassen“ ist völlig unakzeptabel und auch entlarvend.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn der Bayerische Ministerpräsident eine Stunde nach dem Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Landesbank, dessen Eigentümer der Freistaat Bayern zur Hälfte ist und wo Sie als Ministerpräsident eine Eigentümerfunktion haben, zum Thema „Landesbank und Sparkassen“ kein Sterbenswörtchen zu sagen weiß,

(Zuruf von den GRÜNEN: Das weiß er noch nicht! – Dr. Thomas Beyer (SPD): Vielleicht haben sie es ihm noch nicht gesagt! – Weitere Zurufe von der SPD)

ist das eine Bankrotterklärung und ein Armutszeugnis des Bayerischen Ministerpräsidenten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie sollten sich für dieses peinliche Schweigen zu diesem Thema richtig schämen!

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, Sie hätten dazu etwas sagen müssen.

(Zuruf von Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein – Alexander König (CSU): Zu dem Thema kommen wir heute noch, das weiß jeder! – Weitere Zurufe von der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich habe den Ausdruck „dummes Gerede“ schon gelegentlich aus den Reihen Ihrer Fraktion gehört, aber als Zuruf des Ministerpräsidenten von der Regierungsbank verbitte ich mir das, Herr Dr. Beckstein.

(Beifall bei der SPD)

Wenn heute hier etwas dummes Gerede war, dann waren das Ihre Einlassungen gegenüber den Oppositionsparteien – ich komme darauf noch zu sprechen –, die üblichen falschen Anschuldigungen im Zusammenhang mit den Themen Schulpolitik, Kinderbetreuung und was alles noch dazugehört. Machen Sie sich auf etwas gefasst, Herr Dr. Beckstein!

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Der Grund für Ihre Regierungserklärung – Sie haben ihn selbst genannt – ist der Tag der Kommunalwahl, der 2. März.

(Zurufe von der SPD: Genau!)

Am 2. März sind Kommunalwahlen; deswegen muss hier noch schnell der Anschein erweckt werden, Sie hätten Interesse an den Kommunen. Dieser Anschein ist falsch.

(Widerspruch bei der CSU – Georg Schmid (CSU): Also wirklich nicht!)

– Lieber Herr Kollege Schmid, wie sieht es denn in Wahrheit mit Ihrem Interesse an den Kommunen aus? Ich lese Ihnen dazu gerne etwas vor, Herr Kollege Schmid. Vor einiger Zeit fand ein Parteitag der CSU zum Thema „Die Probleme der Kommunen“ statt.

(Georg Schmid (CSU): Ich war dort!)

„Die Schwerpunkte der CSU-Kommunalpolitik“ war bei einem Parteitag in Würzburg das Thema.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Zur Diskussion treten dazu an: eine Oberbürgermeisterin, ein OB-Kandidat, ein Landrat, ein Landratskandidat und zwei Bürgermeister kleinerer Gemeinden. Die Diskussion verspricht spannend zu werden.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Das ist sie immer bei der CSU!)

Zwei Minuten später hat der Parteivorstand den Saal nahezu vollständig verlassen. Zurückgeblieben ist Erwin Huber, der Parteichef, der mit versteineter Miene aus der ersten Reihe verfolgen muss, wie Minister, Staatssekretäre, Bundes- und Landtagsabgeordnete in den vier

Reihen hinter ihm geradezu fluchtartig den Saal verlassen, als die Kommunalpolitiker zu sprechen beginnen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Von den rund 40 anwesenden Vorstandsmitgliedern sind während der Debatte über die Probleme der Kommunen selbst zu Spitzenzeiten keine zehn mehr im Saal. Einer davon sitzt plaudernd eine viertel Stunde mit dem Rücken zu den Diskutanten, während jene der Parteispitze ihre Sorgen und Nöte mitzuteilen versuchen.

Das ist Ihr Desinteresse an den Problemen der Kommunen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Genauso kommt es bei den Kommunen auch an. Deswegen schreibt der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, ein Parteifreund von Ihnen, an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – an Ihre Adresse –: „Im sonntäglichen Hochamt huldigt man uns mit Weihrauch und singt das Hohelied der kommunalen Selbstverwaltung, im Alltag sieht es aber trist aus.“ Das schreibt er an Ihre Adresse!

(Beifall bei der SPD)

Heute war das schon wieder ein sonntägliches Hochamt, zwar mit viel Weihrauch, aber ohne Substanz.

Am 2. März sind in der Tat Kommunalwahlen. Sie haben zum Sturm auf die roten Rathäuser geblasen. Ich habe schon gesehen, wie Uli Maly der Angstschweiß auf die Stirn getreten ist. Sie werden bei diesen Kommunalwahlen keinen Erfolg haben, weil die Liste Ihrer Versäumnisse und Fehler auch in den Augen der Kommunen zu lang ist: eine schlechte Schulpolitik, ein Festhalten an dem überfeuerten und sinnlosen Prestigeprojekt des Transrapsids, bei der Kinderbetreuung lassen Sie die Kommunen im Stich, und jetzt verschaffen Sie den kommunalen Sparkassen auch noch einen hohen Zuzahlungsbedarf bei der Landesbank.

(Zuruf von der SPD): Genau!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Kommunen genießen in unserem Land nach unserer verfassungsmäßigen Ordnung eine besondere Stellung. Deswegen treten wir auch für die Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung ein. Wir verteidigen sie auch gegenüber der Europäischen Union, wenn es um die kommunale Daseinsvorsorge geht, nicht nur bei Trinkwasser, sondern auch bei der Energieversorgung, übrigens auch bei den Krankenhäusern. Da hätte ich Ihre Partei gerne stärker an unserer Seite. Ich komme aus München. Wir hatten sechs kommunale Krankenhäuser in dieser Stadt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

– Herr Kollege Spaenle, jetzt haben wir nur noch vier. Die SPD-Mehrheit in der Stadt München steht zu ihren kommunalen Krankenhäusern, und die CSU-Mehrheit im Landkreis hat ihre kommunalen Krankenhäuser privatisiert.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

Wir kämpfen für Volksdemokratie und Bürgerbeteiligung, und wir kämpfen auch für mehr Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Kommunen von der überbordenden Staatsbürokratie in Bayern.

Wir kämpfen auch für den Erhalt und die Festigung der kommunalen Finanzkraft. Wie war das mit der Gewerbesteuer, Herr Dr. Beckstein? – Sie haben völlig recht: Es ist gut, dass wir sie verteidigen konnten. Aber Sie dürfen unter den Angreifern auf die Gewerbesteuer nicht nur die CDU nennen, Sie müssen schon auch Ihren früheren Finanzminister, Herrn Faltlhauser, ins Spiel bringen, der die Gewerbesteuer als eine – wenn ich mich recht erinnere – veraltete Steuer bezeichnet hat, die man durch ein neueres Instrument ablösen müsste. Gegner der Gewerbesteuer befanden sich schon auch in Ihren eigenen Reihen. Es war gut, dass wir uns durchgesetzt haben und dass es bei der Gewerbesteuer geblieben ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen auch einen faireren Ausgleich zwischen Staat und Kommunen. Dass dieser Ausgleich jetzt nicht fair ist, will ich Ihnen mit vier kurzen Beispielen belegen. Ich nenne erstens die sogenannten Schlüsselzuweisungen. Die Kommunen sind daran über den Steuerverbund zwar beteiligt, aber die bayerische Verbundquote mit 11,7 % ist die niedrigste unter allen Flächenländern in Deutschland. Die erfreuliche Zunahme der Schlüsselzuweisungen in diesem Jahr ist ausschließlich auf die gute Konjunktur zurückzuführen und nicht auf strukturelle Verbesserungen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Als zweites Beispiel nenne ich den Kraftfahrzeug-Steuerverbund, an dem die Kommunen einen Anteil hatten. Er lag vor einiger Zeit bei 872 Millionen; das waren 65 %. Heute sind es nur noch 760 Millionen, das sind 50 %.

Drittes Beispiel: Bei der Schülerbeförderung wurden den Kommunen früher 80 % der Kosten erstattet, jetzt sind es nur noch 60 %.

Was, viertens, die Investitionsquote betrifft, Herr Beckstein, so haben Sie hier groß getönt und gesagt: Wir haben eine Investitionsquote von 20,6 %.

Bei Ihrer letzten Regierungserklärung zur Kommunalpolitik lag die Investitionsquote noch bei 22,5 %. Die Investitionskraft der Kommunen ist also nicht gestiegen, sondern sie hat abgenommen. Übrigens: Ihre letzte Regierungser-

klärung zur Kommunalpolitik war wann, in welchem Jahr? Jetzt dürfen Sie einmal raten. Sie war im Jahr 2002, einen Monat vor den Kommunalwahlen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das finde ich wunderbar. Alle sechs Jahre erinnert sich der Bayerische Ministerpräsident oder Innenminister an die Sorgen und Nöte der Kommunen. Deswegen stellt er sich alle sechs Jahre, einen Monat vor der Kommunalwahl, hierher und singt das Hohelied der Kommunalpolitik. Dann kann er sich wieder sechs Jahre lang auf die faule Haut legen und die Kommunen vergessen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Herr Kollege Maget, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wörner?

Franz Maget (SPD): Nein, die Zeit läuft gnadenlos.

Vielleicht noch ein Satz zum Thema Konnexität: Herr Ministerpräsident, Sie trauen sich tatsächlich, hier so zu tun, als seien Sie immer schon ein Anhänger der Konnexität gewesen, als hätten Sie die Konnexität durchgesetzt. Sie haben gesagt: „Gut, dass es die Konnexität gibt.“ Das ist schon frech.

(Beifall bei der SPD)

Soll ich Ihnen einmal vorlesen, was Sie zum Thema Konnexität in der angesprochenen Regierungserklärung vor sechs Jahren an dieser Stelle gesagt haben?

(Ludwig Wörner (SPD): Der passt ja gar nicht auf!)

Hören Sie gut zu. Dr. Beckstein zum Thema Konnexität bei seiner letzten Regierungserklärung. Zitat:

Entgegen vielen Behauptungen bringt die Einführung des Konnexitätsprinzips keine Lösung; denn es schafft keine Mittel. Wo das Konnexitätsprinzip gilt, sind die Kommunen deswegen nicht reicher. Darüber hinaus sind konnexe Mittel gebundene Mittel. Der Staat muss als Geber kontrollieren, was mit dem Geld geschieht. Statt mehr Selbstverwaltung mit mehr Geld droht weniger Selbstverwaltung durch mehr Mittelbindung.

Heute tun Sie so, als hätten Sie die Konnexität erfunden. Sie belügen doch die Kommunen und die Öffentlichkeit nach Strich und Faden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Noch wichtiger erscheint mir, dass die Kommunen vom Staat zu sehr gegängelt und bevormundet werden. Sie müssen davon befreit werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Bayerische Staatsregierung gibt sich nach außen sehr föderal und föderalistisch. Nach innen ist sie die zentralistischste Landesregierung, die es in Deutschland gibt. Jeden Tag wird ein kultusministerielles Schreiben, jeden Tag wird eine ministerielle Direktive herausgegeben. Die Liste der Verordnungen – von der Abschleppverordnung bis zu milchrechtlichen Vorschriften – ist ellenlang. Auch die Zahl der kommunalen Fördertöpfe wird nicht geringer. Derzeit gibt es davon Hunderte, verteilt auf 90 Haushaltstitel.

Woher kommen eigentlich diese Gängelung und diese Bevormundung? Wieso gibt es eigentlich diese vielen Fördertöpfe anstelle eines vernünftigen kommunalen Finanzausgleichs? Dafür gibt es eine einfache Antwort. Ein Beispiel: Eine Kommune in Bayern will etwas bauen, sagen wir eine Sportstätte oder etwas Ähnliches. Sie stellt deswegen einen Antrag auf staatliche Förderung. Der örtliche CSU-Abgeordnete meldet sich zum ersten Mal zu Wort und unterstützt den Antrag der Gemeinde auf staatliche Förderung.

(Georg Schmid (CSU): Die SPD fordert 20 % mehr Förderung!)

Dann wird über den Zuschuss beraten. Der Zuschussantrag wird gestellt und er wird genehmigt. In diesem Fall sagt der Staatssekretär: Wir unterstützen dieses Vorhaben der Gemeinde.

(Georg Schmid (CSU): Guter Staatssekretär!)

– Ein guter Staatssekretär. Ein guter örtlicher CSU-Abgeordneter meldet sich auch wieder und sagt: Wir unterstützen das. Dieser Zuschussantrag wird genehmigt. Dann kommt es zum Spatenstich. Das ist für den Staatssekretär und den Abgeordneten vor Ort die dritte Gelegenheit, sich zu präsentieren. Beide sagen: Wir geben einen staatlichen Zuschuss.

(Georg Schmid (CSU): Der SPD-Kollege steht mit am Spaten!)

– Der SPD-Kollege versucht, sich auch noch dazustellen. Er wird aber von der Heimatpresse am Bildrand weggeschnitten.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit – Georg Schmid (CSU): Guter SPD-Abgeordneter!)

Das ist die Wirklichkeit. Der vierte Akt der kommunalfreundlichen Politik nach Gutsherrenart in Bayern: Es kommt das allseits beliebte Richtfest. Das ist wieder eine gute Gelegenheit für die vielen Staatssekretäre, die wir haben, sich vor Ort zu zeigen, um den staatlichen Zuschuss zu loben.

(Georg Schmid (CSU): Der SPD-Abgeordnete steht in der Mitte und kommt auf das Bild!)

Herr Kollege Schmid, häufig wird die Frage gestellt, wozu wir so viele Staatssekretäre brauchen. Das ist die Erklärung.

Jetzt war er schon zum vierten Mal da. Herr Ministerpräsident, jetzt haben wir aber erst das Richtfest gefeiert. Als fünfter Akt folgt nun noch die feierliche Eröffnungsveranstaltung.

(Georg Schmid (CSU): Da ist die SPD ganz vorne!)

Dazu kommt der Minister vielleicht sogar persönlich. Das ist die sechste Gelegenheit, den staatlichen Zuschuss zu loben und zu preisen.

(Georg Schmid (CSU): Die SPD mit der Schere in der Hand! – Kurt Eckstein (CSU): Herr Maget, Veitshöchheim ist vorbei!)

Jetzt wird es spannend. Dann wartet die Kommune einige Jahre. Herr Dr. Beckstein, Ihr Lachen zeigt, wie nahe ich momentan an der bayerischen Lebenswirklichkeit dran bin.

(Beifall bei der SPD)

Dann muss die Kommune über Jahre hinweg auf den staatlichen Zuschuss warten. Sie muss dafür einen Kredit aufnehmen und die Zinsen bezahlen. Nach drei Jahren schreibt sie noch einmal an die Regierung, und der örtliche CSU-Abgeordnete und der Staatssekretär kündigen an, dass sie sich dafür einsetzen würden, dass endlich abfinanziert werde. Nach fünf Jahren fließt dann der staatliche Zuschuss, und die Gemeinde stellt fest, dass sie eigentlich darauf hätte verzichten müssen, weil die zwischenzeitlich angefallenen Kreditzinsen höher sind als der staatliche Zuschuss.

(Beifall bei der SPD – Manfred Ach (CSU): Sie kennen die rechtliche Situation nicht!)

– Das war die reine Wahrheit. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist Kommunalpolitik nach Gutsherrenart. Herr Ministerpräsident, Sie haben heute gesagt, Sie hätten 200 Millionen Euro freigemacht, um diese Zuschüsse abzufinanzieren. Diese 200 Millionen Euro sind Schulden, die Sie bei den Kommunen haben.

(Beifall bei der SPD – Georg Schmid (CSU): Das stimmt nicht, aber ich erkläre es Ihnen!)

Sie stehen bei den Kommunen in der Kreide, und zwar mit einem viel höheren Betrag. Dass sie dieses Geld in den Haushalt einstellen müssen, zeigt nur, wie hoch der Abfinanzierungsbedarf in den letzten Monaten und Jahren geworden ist.

(Manfred Ach (CSU): Vom Haushaltsrecht haben Sie keine Ahnung!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme jetzt zu zwei besonders ärgerlichen Kapiteln, nämlich der Kinderbetreuung und der Schulpolitik. Das sind im Augen-

blick die wichtigsten Schnittstellen zwischen den Kommunen und dem Freistaat Bayern.

Zunächst zur Kinderbetreuung: Herr Ministerpräsident, dass Sie sich trauen, das BayKiBiG, das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz als einen Erfolg zu verkaufen, ist schon mutig. Es war eine gewagte Passage, als Sie sagten, das BayKiBiG habe einen neuen Schub in der Kinderbetreuung ausgelöst.

(Alexander König (CSU): Das stimmt doch!)

– Ja, einen neuen Schub an Bürokratie hat dieses Gesetz ausgelöst. Das stimmt schon.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bei der Kinderbetreuung geht es doch um etwas ganz anderes. Herr Dr. Beckstein, ich will versuchen, es Ihnen zum wiederholten Male zu erklären. Uns geht es in dieser Sache um die Wahlfreiheit. Uns geht es darum, dass der Staat – Sie und wir – den jungen Familien nicht vorschreibt, wie sie ihr Leben gestalten sollen. Die Familien sollen die freie Entscheidung haben, wie Mann und Frau oder Mann oder Frau Beruf und Familie unter einen Hut bringen. Nur darum geht es.

(Ministerpräsident Dr. Günter Beckstein: Geld?)

Präsident Alois Glück: Herr Ministerpräsident, ich muss Sie darauf hinweisen, dass von der Regierungsbank keine Zwischenrufe und keine Dialoge genehmigt sind.

Franz Maget (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Wahlfreiheit besteht nicht dadurch – das ist der entscheidende Unterschied zwischen Ihrer und unserer Position –, dass Sie ein Betreuungsgeld anbieten.

Diese Wahlfreiheit besteht doch nur, wenn es Kinderbetreuungseinrichtungen gibt, in die man die Kinder guten Gewissens geben kann.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es diese Kinderbetreuungseinrichtungen nicht gibt, gibt es keine Wahlfreiheit. Das ist unser Thema.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Mit dem Wählen kennen sie sich nicht so gut aus!)

Sie weigern sich seit Jahren beharrlich, die für Bayern notwendigen Kinderbetreuungseinrichtungen staatlich so zu fördern, dass sie durch die Kommunen tatsächlich hergestellt werden können. Da weigern Sie sich.

(Beifall bei der SPD)

Es ist doch ein Skandal, dass der Bund, obwohl er dafür gar nicht zuständig ist, in den nächsten Jahren dreimal so

viel Geld für den Ausbau von Kinderkrippen zur Verfügung stellt wie der eigentlich zuständige Freistaat Bayern.

(Zurufe von der SPD: Allein in Bayern!)

– Jawohl, allein in Bayern! Das ist skandalös, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen Kinderbetreuungseinrichtungen nach wie vor aus ideologischen Gründen nicht. Das ist eine Sünde gegenüber den jungen Familien, insbesondere aber gegenüber den jungen Frauen.

(Beifall bei der SPD)

Die Verantwortung für die Kinderbetreuungseinrichtungen schieben Sie alleine den Kommunen zu. Das wird ihnen aber nicht gefallen. Was schreibt Herr Dr. Beckstein zu diesem Thema? Er schreibt:

In Bayern müssen Kommunen und freie Träger nicht auf einen Rechtsanspruch warten, sondern können sofort den notwendigen Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen auf den Weg bringen.

Sie können!

Die Kommunen können sogar nach dem Gesetz verpflichtet werden, ausreichend und rechtzeitig Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen.

(Barbara Stamm (CSU): Was ist daran falsch?)

– Was ist daran falsch? – Wenn Sie den Kommunen nicht die notwendige staatliche Förderung dafür geben, dass sie diese Aufgaben auch schaffen, entziehen Sie sich Ihrer Verantwortung. Das ist daran falsch.

(Beifall bei der SPD)

Nicht der Verweis auf die Kommunen ist richtig; richtig wäre das Bekenntnis zur eigenen Verantwortung auf diesem Gebiet und zur notwendigen Investitionsbereitschaft für Kinderbetreuungseinrichtungen. Diese Bereitschaft bleibt aber weiterhin aus. Auch heute haben Sie leider die Gelegenheit versäumt, Verbesserungen anzukündigen.

Das zweite Thema, das für die Kommunen bitter ist, ist das Thema Schule. Sie sagen, Kinder müssen Deutsch können, bevor sie eingeschult werden. Das ist richtig. Warum ist das aber in den letzten 20 oder 30 Jahren versäumt worden?

(Beifall bei der SPD)

Wer ist in diesem Lande dafür verantwortlich, dass Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse eingeschult werden? Wir fordern schon lange ein verpflichtendes und kostenfreies letztes Kindergartenjahr, damit es wenigstens ein gemeinsames Jahr für alle Kinder aus allen sozialen Schichten und auch für Migrantenkinder gibt, damit diese wenigstens ein Jahr Zeit haben, Deutsch zu lernen, ehe sie eingeschult werden. Aber auch dagegen verweigern Sie sich beharrlich.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen Ganztagschulen. Wir brauchen ganztägige schulische Angebote und keine „halbscharige“ Mittagsbetreuung, die zwar auch schon oft ein Vorteil, aber keine Lösung ist. Ganztagschulen sind die Lösung des Problems. In der Grundschule müssen sie zwar nicht Pflicht sein, aber sie müssen angeboten werden. Sie genehmigen Ganztagsangebote an den Grundschulen aber gar nicht.

(Beifall bei der SPD)

Eine Kommune, die eine Ganztagsgrundschule will, darf sie gar nicht einrichten. Besonders schlimm für den ländlichen Raum ist, dass Sie keine regional passenden Schulmodelle genehmigen. Sie sagen zwar immer, Sie wollten die Hauptschulstandorte retten. Das können Sie aber nur, wenn Sie endlich Anträge auf Zulassung von Regionalschulen genehmigen, bei denen auch die Mittlere Reife möglich ist

(Beifall bei der SPD)

und bei denen die Realschule und die Hauptschule unter einem Dach sind. Nur so können Sie verhindern, dass Schulstandorte geschlossen werden müssen und dass noch mehr Kinder zu Fahrschülern werden. Nur so können Sie eine passgenaue regionale Schulstruktur in Bayern herstellen. Ihr Vorwurf, dass durch unser Schulmodell – das sagen Sie wörtlich – viele Schulstandorte in Bayern von der Bildfläche verschwinden würden, ist absurd. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Durch Ihr Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem verschwinden die Schulstandorte in Bayern.

Noch ein Wort zur Hauptschule. In verleumderischer Absicht tun Sie immer so, als würden wir die Hauptschule konsequent schlechtreden. Das tun wir nicht. Das Problem besteht nicht darin, dass wir die Hauptschule schlechtreden, sondern darin, dass Sie die Hauptschule am langen Arm verhungern lassen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen immer, die Hauptschule sei wichtig und man solle sehen, welche guten Berufschancen und Lebenschancen sie eröffne. Das ist alles wahr und richtig. Niemand in diesem Hohen Hause hat jemals die Hauptschule,

die Hauptschüler oder die Hauptschullehrer schlechtgeredet.

(Widerspruch des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Nein, niemand! Da müssen Sie mir schon einen Beweis bringen.

(Georg Schmid (CSU): Ich war doch schon dabei!)

Ich habe Respekt vor der Leistung der Hauptschule, der Hauptschullehrer und der Hauptschüler. Eine Frage müssen Sie mir aber beantworten: Im Landkreis Starnberg treten 60 % der Kinder aufs Gymnasium über. In einem ländlichen Landkreis irgendwo in Oberfranken

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oder in der Oberpfalz und in Niederbayern!)

sind es vielleicht 16 oder 18 %.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): 17 %!)

Was ist der Grund dafür? Sind die Kinder in Oberfranken viermal dümmer als die Kinder in Starnberg? Ist das der Grund? – Nein, das kann nicht der Grund sein. Der Grund ist folgender: Die Wohlhabenden im Land organisieren für ihre Kinder gute Schulabschlüsse und Abitur und sagen den anderen im Land, die weniger wohlhabend sind, die Hauptschule sei doch auch nicht schlecht. Das ist zynisch, meine Damen und Herren, so kann man es nicht machen.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen endlich allen Kindern in Bayern, unabhängig von der sozialen Stellung der Eltern und unabhängig von deren Geldbeutel, gleiche und gerechte Bildungschancen gewähren, vor allem auch den Kindern im ländlichen Raum. Das tun Sie genau nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu einigen wenigen sozialpolitischen Themen. Sie haben die Hausärzte angesprochen. Sie wissen ganz genau, dass die SPD in allen Diskussionen über die Gesundheitspolitik die Stellung der Hausärzte innerhalb des Gesundheitssystems verbessern und stärken und zu einer Lotsenfunktion ausbauen will.

(Widerspruch der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU))

– Das ist unbestreitbar, Frau Stamm. Das wissen Sie.

(Barbara Stamm (CSU): Und was ist dann mit Frau Schmidt? – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die hat sich gegen die schwarze Mehrheit leider nicht durchsetzen können!)

Zu den Hausärzten nur ein Satz: Herr Dr. Beckstein, Ihre Aufgabe wäre es, die Hausärzte mit den Krankenversi-

cherungen in Bayern zusammenzubringen. Das wäre Ihre Aufgabe. Gab es dazu eine Initiative?

(Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Morgen!)

– Ach morgen! Wie lange geht denn die Diskussion schon? Zu Ihnen und zu uns kommen schon seit Jahren die Hausärzte und warnen vor einer Verschlechterung der hausärztlichen Versorgung in Bayern, vor allem im ländlichen Raum.

(Georg Winter (CSU): Was haben Sie dann in den letzten Jahren gemacht?)

Sie müssen erst einen Volksaufstand machen, vor dem Sie Angst haben, weil er für die Kommunalwahlen und für die Landtagswahl schädlich sein könnte. Erst dann kommen Sie mit den Hausärzten zu einem Gespräch zusammen. Sie hätten sich schon längst um die hausärztliche Versorgung im Freistaat Bayern kümmern müssen. Das haben Sie aber nicht getan.

(Beifall bei der SPD – Joachim Unterländer (CSU): Objektiv falsch!)

– Das ist objektiv richtig.

Jetzt zum Thema Gesundheitsfonds. Was wird Bayern durch den Gesundheitsfonds, der kommen wird, an Belastungen verkraften müssen? Die Belastungen sind auf 100 Millionen Euro begrenzt worden. Dazu sind zwei Anmerkungen zu machen.

Vor zwei Jahren haben wir davor gewarnt, dass mit dem Gesundheitsfonds im Ausgleich mit anderen Ländern auf den Freistaat Bayern erhebliche Belastungen zukommen würden. Das hat das Sozialministerium bestritten.

Wir haben uns Ihre Pressemeldung aufgehoben. Die ist nämlich bei Ihnen – auf der Homepage des Ministeriums – nicht mehr zu finden gewesen. Sie war aber noch auf Ihrer Abgeordneten-Homepage.

(Heiterkeit bei der SPD)

In dieser Pressemeldung wurde das bestritten. Sie haben gesagt, es stimme gar nicht, dass es zu Belastungen für Bayern kommen werde. Wir sind der Meinung, es darf keine solchen Belastungen geben!

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wir wollen das nicht!)

Auch keine 100 Millionen Euro!

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Null!)

– Das wäre uns lieber. Und wie, Herr Dr. Beckstein, gelänge das? Wie könnte das gelingen? – Es gibt einen

Weg: Gehen Sie endlich von Ihrem Irrweg mit der Kopfpauschale in der Krankenversicherung und in der Pflegeversicherung ab.

(Beifall bei der SPD)

Solange Sie die Kopfpauschale im Gesundheitswesen, in der Krankenversicherung fordern – eine der unsocialsten Forderungen, die es in den letzten Jahren in der deutschen Sozialpolitik überhaupt gegeben hat –, solange Sie auf diesem Holzweg bleiben, kann es in Berlin leider keine Übereinkunft in Richtung Bürgerversicherung geben.

(Beifall bei der SPD)

Aber nur mit einer Bürgerversicherung vermeiden wir Belastungen des Freistaats Bayern, wie sie jetzt kommen sollen. Nur dadurch! – Deshalb mache ich Ihnen folgendes Angebot: Geben Sie die Kopfpauschale bei der Finanzierung der Pflegeversicherung auf. Frau Stewens, Herr Seehofer sagt immer, „Mit mir gibt es keine Kopfpauschale“. Sie wollen sie jedoch unbedingt. – Nicht mehr?

(Lachen bei der SPD)

Vielleicht klären Sie das einmal. Mein Angebot, Herr Dr. Beckstein, ist folgendes: Gehen Sie von Ihrem Irrweg der Kopfpauschale im Gesundheitswesen ab, dann finden wir eine gemeinsame Lösung, den Gesundheitsfonds abzuwenden und uns in Richtung auf eine Bürgerversicherung zu bewegen, die sozial gerechter wäre. Das wäre der Ausweg aus dieser Situation.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich könnte noch viel zur Krankenpflege, zur Förderung der stationären und der häuslichen Pflege sagen, ich spare mir das aber. Ich möchte noch eine Bemerkung zum Thema „Mindestlohn“ machen, einem anderen, sehr wichtigen sozialpolitischen Thema. Wir haben dazu heute die Aktuelle Stunde, und zwar aus gutem Grund. Ihre Kommunalpolitiker haben eine Resolution verabschiedet, in der diese mehr Erkenntnis und Einsicht als Sie zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Kommunalpolitiker sagen, aus kommunaler Sicht sei die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns das Gebot der Stunde. Hören Sie wenigstens an dieser Stelle einmal auf Ihre Kommunalpolitiker.

Zum Abschluss noch zum ländlichen Raum. Da Sie in den Städten nichts zu melden haben, sagen Sie: „Wir kümmern uns um den ländlichen Raum.“ Was macht man, wenn man nicht weiter weiß? – Man gründet einen Arbeitskreis. Genau das haben Sie getan, Sie haben einen Arbeitskreis gegründet. Den nennen Sie hochtrabend: „Staatssekretärsausschuss für den ländlichen Raum“. So etwas macht man doch nur, wenn man Probleme und Defizite zu verantworten hat, die zu lösen wären. Es wäre

gut, wenn das die Einsicht wäre, denn Sie haben in der Tat Defizite im ländlichen Raum zu verantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich nenne einige Beispiele, die Ihnen auch Ihr Parteifreund Dr. Brandl diktiert hat. Er sagt: „Bei der Schulpolitik entscheidet immer weniger das Schulministerium am Salvatorplatz. Die Financer am Odeonsplatz geben vielmehr den Ton an.“ – Respekt, Herr Huber. Wenn das aber so ausgeht wie bei der Landesbank, dann ist das schon schlecht für die bayerische Schulpolitik.

(Beifall und Lachen bei der SPD)

Weiter Dr. Brandl: „Auch die Breitbandversorgung des ländlichen Raumes geht nur in kleinen Schritten voran.“ – Auch das ist Ihr Versagen! Oder weiter ist zu lesen: „Der Digitalfunk für die Feuerwehr steht bei der Finanzierungsfrage seit Monaten im Streit“. Oder da ist zu lesen: „Monatelang haben wir uns gegen die Zumutung gewehrt, den Gemeinden Zuständigkeiten im Bereich der Lärmaktionsplanung aufzubürden.“ Zu lesen ist auch: „ein zähes Ringen beim Hochwasserschutz“. Denn Bund und EU geben mehr als Sie, ihr Anteil ist höher als der des Freistaats Bayern. Kommunen, Bund und EU zahlen mehr als das Land Bayern beim Hochwasserschutz, aber Sie geben an wie Oskar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich ziehe folgende Bilanz: Die Kommunalpolitik führt bei Ihnen ein stiefmütterliches Dasein. Sie erinnern sich nur alle sechs Jahre an sie, meist einen Monat – in diesem Fall zehn Tage – vor der Kommunalwahl. Nach der Wahl werden die Kommunen wieder mit den schwierigen Fragen im Stich gelassen. Sie machen keine kommunalfreundliche Politik, und das wird sich am 2. März auch negativ für Sie auswirken.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Kollege Dr. Dürr für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Übernächsten Sonntag sind Kommunalwahlen in Bayern. Gerade rechtzeitig ist das der Staatsregierung aufgefallen. Die heutige Regierungserklärung wirkt schon wie Torschlussspanik. Aber, Herr Ministerpräsident, wenn man wie Sie die Monate verstreichen lässt, ohne etwas zu tun, und dann heute eine hilflose, lahme Erklärung auf den letzten Drücker nachschiebt, nützt das auch nichts mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es reicht nicht, eine Regierungserklärung abzugeben. Man muss auch etwas zu sagen haben.

(Beifall eines Abgeordneten der GRÜNEN)

Vor allem muss Ihre Regierung aber endlich arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Arbeit in den Kommunen entscheidet darüber, wie es um unsere Lebensqualität im Alltag bestellt ist. Sie bestimmt, ob es genügend Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen im Dorf und in der Stadt gibt, ob es gute und wohnortnahe Schulen gibt, ob man mobil sein kann, wenn man kein eigenes Auto hat, sondern auf Bus und Bahn angewiesen ist, ob es einen leistungsfähigen Internetanschluss gibt oder nicht. Sie entscheidet, ob dafür gesorgt ist, dass auch die Menschen in kleineren Gemeinden nicht von der Welt abgekoppelt sind, dass die Unternehmen wachsen und im Wettbewerb mithalten können. Sie entscheidet, ob man, wenn man krank ist, mit einer guten medizinischen Grundversorgung rechnen kann und ob es genügend Arbeitsplätze in der Region gibt. In all diesen Fragen sieht es in zu vielen Teilen Bayerns schlecht aus: Es herrscht große Ungerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu viele Regionen in Bayern werden von der Entwicklung abgekoppelt, zu viele Menschen haben nichts davon, dass der öffentliche und private Reichtum wächst, zu viele können nicht mithalten. Aber der Spielraum der Städte und der Gemeinden, hier gegenzusteuern, ist viel zu gering. Die Rahmenbedingungen dafür werden hier in München, in diesem Hohen Hause, festgelegt. Deswegen tragen Sie, Herr Ministerpräsident, Ihre Regierung und Ihre Partei, die Verantwortung dafür, dass in Bayern die Chancen der Menschen so ungerecht verteilt sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben nicht gegengesteuert, sondern Sie haben diese Entwicklung in den letzten Jahren massiv gefördert und beschleunigt, und zwar durch falsche Weichenstellungen und durch Nichtstun. Den Menschen in Bayern ist nicht entgangen, dass die CSU in Bayern heute kraftlos, mutlos und ohne jegliche Inspiration ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Walter Nadler (CSU):
Wir sind doch nicht die GRÜNEN!)

Die Regierung Beckstein ist nicht nur schwach gestartet, wie ihr viele bescheinigt haben, sondern Schwäche ist der neue Regierungsstil: Es gibt keine Ideen, da ist keine Kraft, die Probleme anzupacken.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Manfred Weiß (CSU): So ein Schmarrn!)

Immerhin, Herr Ministerpräsident, Sie haben etwas dazugelernt.

(Dr. Manfred Weiß (CSU): So ein Schwachsinn!)

Sie haben sich gedacht, wenn ich schon keine eigenen Ideen habe, dann nehme ich halt welche von der Opposition.

(Georg Schmid (CSU): Da kämst du nicht weit!)

Familienfreundlichkeit als Standortfaktor, Kinderbildungs- und -betreuung, wie wichtig das ist, die Wahlfreiheit der Eltern oder gar: kurze Beine, kurze Wege. Das sind Ideen von uns. Auch, dass jetzt Meister an Fachhochschulen studieren dürfen,

(Georg Schmid (CSU): Das ist doch eine gute Sache!)

dass Sie den ländlichen Raum durch moderne Infrastruktur stärken wollen, dass Sie leistungsfähige Internetschlüsse bereitstellen wollen, dass Sie plötzlich den Klimaschutz entdecken und die kleinräumige Klimaver-sorgung – –

(Zuruf von den GRÜNEN)

In jedem einzelnen Punkt könnte ich Ihnen nachweisen, dass Sie und die CSU sich hier noch vor Kurzem dagegen gesträubt und dagegen gestellt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben jede einzelne unserer Ideen bekämpft, als wäre sie der Weltuntergang. Heute präsentieren Sie das alles so, als wären Sie selbst darauf gekommen, und sind auch noch stolz darauf. Ich muss sagen: Das ist eine wirkliche Anerkennung unserer Arbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Georg Schmid (CSU): Ein schwacher Beifall!)

Es hat nur verdammt lange gedauert, fast drei Jahrzehnte, bis Sie unsere angeblich utopischen Vorstellungen als eigene Ideen verkaufen und wie eine Monstranz vor sich hertragen. Wir sind froh, wenn die Mehrheit der Menschen in Bayern endlich unsere Konzepte aufgreift. Das wollen wir doch. Auch die CSU darf sich da ruhig bedienen; wir haben nichts dagegen.

(Walter Nadler (CSU): Das ist Ihr Wunsch, das glaube ich schon!)

Aber, Herr Ministerpräsident, die Menschen in Bayern erwarten jetzt von Ihnen, dass Sie nicht nur schöne Reden schwingen, sondern endlich handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben sich heute lang und breit vermeintlicher Wohltaten gerühmt und jeden Euro einzeln aufgezählt, den die Staatsregierung in ihrer Güte den Kommunen gewährt. Aber ein paar Euro hier oder ein paar Euro da ändern nichts daran, dass Sie den Kommunen systematisch das Wasser abgraben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie ihnen mit der einen Hand so selbstgefällig geben, haben Sie ihnen mit der anderen Hand vorher genommen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Genau! – Beifall bei den GRÜNEN)

Statt den Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern mehr Freiheit und Selbstständigkeit einzuräumen, schnüren Sie ihnen die Luft ab. Sie statten sie nicht mit den Mitteln aus, die sie brauchen, sondern Sie halten die Kommunen beständig knapp und in Mangelwirtschaft. Die Städte und Gemeinden werden von Ihnen zum Bet-teln angehalten.

(Christian Meißner (CSU): Schauen Sie nicht so verbissen; davon wird das nicht richtiger!)

Sie weisen den Kommunen gerade so viele freie Mittel zu, dass sie kaum eigene Schwerpunkte setzen können

(Georg Schmid (CSU): Wo leben Sie denn?)

und für jede zusätzliche Fördermaßnahme zu Ihnen ange-krochen kommen müssen, um sie zu beantragen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Christian Meißner (CSU): Sie leiden doch an Realitätsverlust!)

So bleiben die Städte und Gemeinden in Bayern am Gän-gelband. Der Gipfel der Selbstbeweihräucherung ist, dass Sie sich für Leistungen der Kommunen loben, für die Sie überhaupt nichts, nichts und wieder nichts, können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie halten die Städte und Gemeinden kurz und loben dann die Kreativität und den Einsatz, den die Kommunen erbringen, wenn sie den Mangel an Zuschüssen bewäl-tigen wollen und auszugleichen versuchen. Das nennt man „Opfer verhöhnen“, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gilt zum Beispiel für das Thema Integration, das Sie angesprochen haben und das Sie auch in Ihrer schrift-lichen Erklärung aufgeführt haben. Natürlich ist die In-tegration der nach Bayern Eingewanderten weitgehend gelungen. Natürlich haben die Kommunen dafür Großar-tiges geleistet. Aber Sie und Ihre Staatsregierung haben nichts, auch gar nichts dazu beigetragen:

(Beifall bei den GRÜNEN – Georg Schmid (CSU): Wo leben Sie denn?)

kein Geld, keine Ideen, noch nicht einmal gute Worte, sondern nur schlechte Worte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ohne die vielen privaten Initiativen, die Träger der freien Wohlfahrtspflege und die Kommunen in diesem Land sähe die Lage in Bayern tatsächlich so verheerend aus, wie Sie sie immer darstellen, wenn es Ihnen parteipolitisch in den Kram passt: Heute der große Integrator, morgen wieder der üble Hetzer. Übers Sprüchemachen sind Sie beim Thema Integration bisher nicht hinausgekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gut, dass wenigstens andere etwas für Integration tun: die Eingewanderten selbst, die privaten Initiativen,

(Christian Meißner (CSU): Und die GRÜNEN!)

die Kommunen – und die GRÜNEN, vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür bedanken wir uns ausdrücklich bei unseren weltoffenen Städten und Gemeinden.

Ein weiteres Thema, bei dem Sie, Herr Ministerpräsident, den Kommunen das Wasser abgraben, haben Sie heute – Kollege Maget hat schon darauf hingewiesen – mit keinem Wort erwähnt: Ihr Debakel bei der Landesbank. Sie und Finanzminister Huber haben ja eifrig versucht, das Debakel der Landesbank bis nach der Kommunalwahl kleinzureden. Jetzt sind Sie schon wieder dabei, die Schäden zu bagatellisieren und, mehr noch, Ihre persönliche Verantwortung zu leugnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben am Wochenende rumgedruckt, Sie seien bei der Landesbank ein Außenstehender. Das haben Sie gesagt. Wahnsinn! Herr Ministerpräsident, das ist wirklich unglaublich. Sie haben weiter gesagt, Sie könnten nur darauf vertrauen, dass die Informationen des Vorstands korrekt seien.

(Margarete Bause (GRÜNE): Dafür brauchen wir einen Aufsichtsrat!)

Das schlägt dem Fass den Boden aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der frühere Innenminister Beckstein war in seiner Eigenschaft als Kabinettsmitglied über Jahre, ja Jahrzehnte, im Verwaltungsrat. Sie waren und sind am Debakel maßgeblich beteiligt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und jetzt erzählen Sie den Menschen in Bayern, Sie seien nur ein Außenstehender. Der Verwaltungsrat, so heißt es im Landesbankgesetz, beschließt die Richtlinien für die Geschäftspolitik der Bank und überwacht deren Geschäftsführung. Ist so jemand ein Außenstehender?

Darf jemand, dessen Aufgabe die Überwachung der Geschäftsführung ist, der Geschäftsführung blind vertrauen? – Diese Ihre Haltung ist bodenlos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer soll Ihnen denn noch vertrauen, wenn Sie so eine Arbeitsauffassung haben? – Sie haben nichts getan. Sie sind all die Jahre in der Landesbank nur herumgesessen und haben die Entscheidungen brav abgenickt, anstatt die Arbeit des Vorstandes zu kontrollieren. Deshalb ist Bayern jetzt um zwei Milliarden Euro ärmer. Diese zwei Milliarden werden den Menschen fehlen, den Sparkassen und den Kommunen. Verteilt auf die einzelnen Sparkassen, geht es um Beträge von etlichen Millionen, die im Laufe der nächsten Jahre vor Ort fehlen werden – für Kredite an den Mittelstand, als Ausschüttung an die Kommunen und beim Kultur- und beim Sportsponsoring.

(Franz Josef Pschierer (CSU): Hört, hört!)

Sie haben Bayern damit doppelt ärmer gemacht. Sie haben nämlich erstens zugelassen, dass zwei Milliarden unseres Vermögens für windige Geschäfte in den USA verpulvert wurden.

(Franz Josef Pschierer (CSU): Hören Sie doch auf, das tut ja weh!)

Das Vermögen ist weg, und ein Narr ist, wer uns erzählen will, dass es durch ein Wunder wieder kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben zweitens, Herr Ministerpräsident, nicht dafür gesorgt, dass diese Milliarden unseres Vermögens statt im Ausland in unserem eigenen Land investiert werden. Die BayernLB hat einen öffentlichen Auftrag. Sie ist dem Gemeinwohl verpflichtet; das ist der Grund ihrer Existenz. Zu Ihrem öffentlichen Auftrag gehört es eben nicht, den US-Immobilienmarkt zu finanzieren. Ihr Auftrag ist, das sagt das Landesbankgesetz eindeutig, durch Ihre Geschäftstätigkeit den Freistaat Bayern und seine kommunalen Körperschaften einschließlich der Sparkassen in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, insbesondere der Strukturförderaufgaben, zu unterstützen. Diese zwei Milliarden hätten bei uns wichtige Zukunftsfelder wie Klimaschutz und Gebäudesanierung, Mittelstand und regionale Arbeitsplätze voranbringen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei uns hätte dieses Geld gewinnbringender angelegt werden können als bei Ihren windigen Auslandsgeeschäften. Davon hätte Bayern einen doppelten Gewinn gehabt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Hoch riskant waren diese Geschäfte!)

Herr Ministerpräsident, Sie und Ihre Regierung haben Bayern mit dubiosen Bankgeschäften um zwei Milliarden Euro ärmer gemacht. Die Affäre ist noch nicht beendet. Daran ändert auch der Rücktritt des Vorstandschefs nichts, gar nichts. Auch Finanzminister Huber muss gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er ist genauso verantwortlich wie Herr Schmidt. Er hat überdies den Landtag auch noch angelogen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Christian Meißner (CSU): Sie nehmen etwas vorweg! – Zurufe von der CSU: Schmarrn!)

– Ja natürlich! Wir wissen schon, dass er den Landtag angelogen hat. Sie, Herr Ministerpräsident, sind uns und der bayerischen Bevölkerung Auskunft darüber schuldig, warum Sie und die anderen Kabinettsmitglieder im Verwaltungsrat eben nichts getan haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, anders als die Menschen in Bayern haben die Regierung und die CSU den Ernst der Lage nicht erkannt. Niemand weiß, welche Folgen die Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten für Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Bayern haben wird. Aber der kluge Mann baut vor, Kolleginnen und Kollegen. Wir haben jetzt die einmalige Gelegenheit; der Staat hat Geld, und wir wissen, was zu tun ist. Sie müssen jetzt diese Chance nutzen. Sie, Kolleginnen und Kollegen, haben die größte Steuererhöhung aller Zeiten zu verantworten. Jetzt haben Sie auch die Verpflichtung, daraus das Beste zum Wohle unseres Landes zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen heute gezielt investieren, um die Leistungsfähigkeit unserer Bevölkerung zu erhöhen, damit sie morgen, wenn die schwierigen Zeiten kommen, besser darauf vorbereitet ist. Sie müssen heute gezielt die Kommunen stärken, damit sie ihre Arbeit als Auffangnetz für die tun können, die straucheln.

Sie müssen heute die Kommunen dabei unterstützen, ihre Gebäude zu sanieren und ihre Energieversorgung auf- oder auszubauen, damit sie morgen bei sinkenden Einnahmen Kosten sparen können und mehr Spielraum bekommen. Anstatt die Weichen für die kommenden schwierigen Zeiten zu stellen, denken Sie nicht weiter als bis zum Wahltag im September.

Die Ideenlosigkeit und die fehlende Kraft, die drängendsten Probleme anzupacken, prägen auch Ihren Nachtragshaushalt. Jetzt, vor der Wahl, sind Sie nur mit den Folgen Ihrer eigenen Fehler beschäftigt. Anstatt sie zu korrigieren, wollen Sie sie nur vertuschen. Deshalb haben Sie den Nachtragshaushalt missbraucht als Wahlhilfsprogramm,

(Beifall bei den GRÜNEN)

als Hilfsprogramm für CSU-Landtagsabgeordnete, die um ihre Wiederwahl zittern. Das sind Gott sei Dank genügend.

Die Schwerpunkte der CSU-Landtagsfraktion sprechen eine noch deutlichere Sprache. Sie erschöpfen sich in Kleinkläranlagen und Klein-Klein für Klientelpolitik. Mit ein paar Millionen hier und ein paar Millionen da wird es Ihnen aber nicht gelingen, Ihre Stammwählerschaft zu beruhigen. Auch wenn Sie das Füllhorn jetzt flächendeckend ausschütten wollen, reicht das trotzdem nicht, um alle Wunden zu heilen, die Sie selbst geschlagen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu nur drei Beispiele: Das erste Beispiel ist der sogenannte Abfinanzierungsstau. Das sind – Kollege Maget hat darauf hingewiesen – keine Wohltaten, sondern sie lösen fällige Verpflichtungen ein. Der Staat hat unter anderem bei den Kommunen Schulden gemacht. Eingestanden haben Sie mindestens 200 Millionen Euro. Diese Schulden haben die Kommunen für Schulbauten, Kindergärten oder Feuerwehrhäuser gemacht. Sie haben sich für das Land verschuldet, damit das Land die Schulden nicht machen muss. Jetzt tragen Sie einen Teil der Schulden bei den Kommunen ab. Das ist keine Wohltat, sondern das ist Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zweite Beispiel ist der Straßenbau. Auch hier geht es nur um die Reparatur langjähriger Versäumnisse. Nicht nur beim Straßenunterhalt, sondern beim ganzen Programm gilt: Die CSU wirft mit Millionen um sich, um die selbst aufgerissenen Löcher wenigstens notdürftig zu überdecken, weil sie Angst hat, am Wahltag hineinzufallen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittes Beispiel – Ganztagschulen. Für den Ausbau der Ganztagschulen stellen Sie 100 Millionen Euro in vier Jahren bereit. Aus dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ – IZBB – wissen wir, dass die Investitionskosten pro Schule zwischen 650 000 Euro und 1,2 Millionen Euro liegen. Mit 25 Millionen Euro im Jahr lassen sich bei hälftiger Finanzierung circa 50 bis 60 Schulen pro Jahr ausbauen. Aber es gibt heute schon einen Antragsstau. Letztes Jahr wurden für 177 Hauptschulen Investitionen beantragt, aber nur für 100 genehmigt. Das heißt, mit den 25 Millionen Euro können Sie noch nicht einmal den Überhang bei den Hauptschulen finanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kommunen wissen inzwischen, dass sie sich dabei nicht auf die Staatsregierung verlassen können. So beschreibt etwa der Bürgermeister von Puchheim in einem Brandbrief an den Kultusminister, wie sehr die Kommunen

bereits jetzt das Versagen der Staatsregierung ausgleichen müssen. – Ich zitiere:

Beispielhaft seien genannt: Mittlere-Reife-Züge, Pilotprojekte zur Leseförderung, Streitschlichtersysteme, eine Jobbörse für Schulabgänger, Schulsozialarbeit an der Hauptschule, ausgeweitete Deutschförderkurse für Migranten, Sprach- und Mathematikprojekte an den Grundschulen.

Er fordert mit Recht die bessere Finanzierung der Ganztagsgrundschulen. Er schreibt weiter:

Wegen des geltenden Konnexitätsprinzips kann sich der Freistaat Bayern auch nicht aus der Verantwortung stehlen. Ganztagsklassen sind an Haupt- und Grundschulen notwendig und werden deshalb mit Zustimmung des Ministeriums auch eingerichtet. Im zweiten Schritt die baulichen Notwendigkeiten aus der Förderung zu nehmen, ist ein Schildbürgerstreich.

Dass Sie die Kommunen mit dem von allen für notwendig erachtenden Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen alleine lassen, schadet nicht nur den Städten und Gemeinden, das schadet uns allen.

Ebenso schädlich wie die Mangelwirtschaft, mit der Sie die Kommunen kurz halten, ist für die Zukunft unseres Landes, dass Sie die Städte und Gemeinden nicht endlich in die Freiheit entlassen, sondern sie nach wie vor an der kurzen Leine halten. Deshalb fordern wir nicht lediglich mehr Geld, sondern wir fordern Strukturveränderungen und neue Konzepte, die den Kommunen das selbstständige Handeln ermöglichen und mehr Freiheiten einräumen.

Auch in der CSU wächst inzwischen die Erkenntnis, dass es grundsätzliche Änderungen braucht. So hat sich neulich der Städtetag für den verbindlichen Mindestlohn ausgesprochen, und ein anonymes Mitglied der CSU-Fraktion hat wiederum kürzlich erklärt, in den Schulen bräuchte es flexiblere Strukturen. In einem Dringlichkeitsantrag hat die Mehrheitsfraktion darauf gedrungen, dass gleichwertige Basisstrukturen wie zum Beispiel Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und die Gesundheitsversorgung in allen Landesteilen entsprechend dem Vorhalteprinzip für wohnortnahe Einrichtungen der Daseinsvorsorge aufrechterhalten bzw. geschaffen werden müssten. Nur, Kolleginnen und Kollegen der CSU, es ist höchste Zeit, dass Sie nicht nur reden und Anträge schreiben, sondern dass Sie endlich in die Gänge kommen und handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die neuen Konzepte der GRÜNEN orientieren sich an drei Leitlinien. Erstens. Es geht uns um Maßnahmen, die an den Ursachen der Probleme und Kosten ansetzen, also die bisher geübte „End of pipe“-Politik beenden. „End of pipe“ heißt auf Deutsch: Den Letzten beißen die Hunde.

(Georg Schmid (CSU): Das ist eine sehr freie Auslegung!)

– Das ist sehr gut ausgelegt.

Die Letzten, die Sie auf den Kosten sitzen lassen und die zusehen müssen, wie Sie mit den Problemen fertig werden, sind die Kommunen. Zwei Beispiele: Wir wollen Kinderbetreuung statt Kinderarmut, und wir fordern Mindestlohn statt Aufstockung durch Hartz IV.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Punkt ist die Regionalisierung und die Dezentralisierung. Die alten Rezepte aus dem letzten Jahrhundert wie Zentralisierung und Großprojekte sind nicht mehr erfolgreich. Deswegen setzen wir auf regionale Arbeitsplätze und auf Nahversorgung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch hier zwei Beispiele: Flächenbahn statt Transrapid und Regionalentwicklung nach oberösterreichischem Vorbild.

Drittens. Die Verlagerung von Verantwortung auf die Kommunen ist für uns der wichtigste Punkt. Niemand glaubt mehr, dass die Zentrale in München – und schon gar nicht Sie – alles besser weiß und die Existenzangelegenheiten der Kommunen für diese regeln kann. Deshalb fordern die GRÜNEN mehr Freiheit und Vielfalt in den Städten und Gemeinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Beispiel: Statt wie Sie Schulen zu schließen, lassen wir die Schule im Dorf.

Ich fange mit dem Beispiel Kinderbetreuung an. Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat jüngst auf eine aktuelle OECD-Studie zur Kinderarmut verwiesen. Obwohl unser Staat überdurchschnittlich viel für Familien ausgibt, ist bei uns die Kinderarmut im OECD-Vergleich überdurchschnittlich hoch. Anders ist das in Dänemark oder Schweden. Ich zitiere:

In den skandinavischen Ländern erhalten Familien weniger direktes Geld vom Staat. Sie profitieren aber von den kostengünstigen öffentlichen Einrichtungen für Kinder. Gerade für arme Familien ist es besonders wichtig, dass die Kinder wichtige soziale Einrichtungen nutzen können, wie etwa Kinderbetreuung, Spielplätze oder Sportvereine.

Soweit die OECD-Studie.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben im November 2007 auf der Fachmesse „ConSozial“ in Nürnberg angekündigt, den Schwerpunkt auf den Ausbau der Kinderbetreuung zu setzen. Bis heute warten die Menschen in Bayern darauf, dass Sie endlich Taten folgen lassen. Sie haben damals erklärt, die knappe Zahl an außerfamiliären Betreuungsangeboten und die damit verbundenen langen

Wartezeiten seien ein Armutszeugnis für Staat und Kommunen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit haben Sie wirklich recht, Herr Ministerpräsident, und es ist heute ein Armutszeugnis für Sie und die Regierung Beckstein.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Sie haben angekündigt, bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz wollten Sie die Kommunen stärker in die Pflicht nehmen. Herr Ministerpräsident, nehmen Sie endlich sich und Ihre Regierung stärker in die Pflicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern ist insbesondere bei der frühkindlichen Bildungsförderung nach wie vor ein Entwicklungsland. In den bayerischen Dörfern und Städten fehlen Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Krippen, ganztägig geöffnete Kindergärten und Ganztagschulen. Legen Sie endlich ein angemessenes Ausbautempo vor, Frau Stewens.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn nur frauen- und familienfreundliche Kommunen haben Zukunft. Zählen Sie einmal nach, wie viele das in Bayern sind.

Beispiel Mindestlohn. Der Städtetag hat Anfang des Monats einen gesetzlichen Mindestlohn gefordert. Ein Mindestlohn, sagt der Städtetag, entlastet Staat und Kommunen und hilft den Arbeitenden, ihre Würde zu wahren. Alle sieben Bürgermeister der CSU haben im Vorstand diesen Beschluss unterstützt, gegen die eigene Parteilinie und mit guten Argumenten. Der Präsident des Städtetages sagte, man handle nur aus kommunalpolitischer Betroffenheit. Für den, der arbeite, müsse ein Auskommen ohne Sozialleistungen möglich sein. Die Kommunen seien die Betroffenen, wenn Menschen nicht von ihrer Arbeit leben könnten; denn sie müssten die Zahlungen aus Hartz IV aufbringen. Der Städtetag erwarte deshalb vom Staat eine Regelung, die den Kommunen diese Ausgabe erspare.

Das erwarten auch wir von Ihnen, Herr Ministerpräsident. Setzen Sie sich endlich für einen Mindestlohn ein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern ist laut Statistischem Jahrbuch ein Niedriglohnland. Unser Land belegt mit einem Durchschnittsstundenlohn von 15,69 Euro unter den alten Bundesländern den vorletzten Platz. Aber wenn es um die Höhe des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner geht, würden wir, vorausgesetzt wir wären ein eigener Staat, deutlich vor allen anderen Bundesländern liegen, nämlich in Europa

auf dem fünften Platz hinter Luxemburg, Irland, Dänemark und Schweden. Dies sind alle Länder, die alle Bevölkerungsschichten am gemeinsam geschaffenen Reichtum teilhaben lassen. Nehmen Sie sich an diesen Ländern endlich ein Beispiel!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zum Thema „Flächenbahn statt Transrapid“. Herr Ministerpräsident, die Menschen sind überall im Land über Ihr borniertes Vorhaben empört. Zwei Drittel lehnen es ab. Auch von den selbsterklärten CSU-Anhängern ist die Hälfte dagegen, denn diese Menschen wissen, dass der Zustand der Flächenbahn in Bayern schon heute miserabel ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Bahnfahren wird immer teurer, aber die Leistungen werden immer noch schlechter. Überall sind Strecken gefährdet. In allen Regionen gibt es Kommunen, die gar nicht oder miserabel ans Netz des öffentlichen Nahverkehrs angeschlossen sind. In Neuötting beispielsweise fährt der letzte Zug nach München um 21.26 Uhr. Da muss man früh aufbrechen. In Weiden fährt er um 22.13 Uhr. Bis heute haben Sie es nicht geschafft, für eine vernünftige Zugverbindung zu unseren tschechischen und oberösterreichischen Nachbarn zu sorgen. Sie haben die Strecken noch nicht einmal für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet. So wenig tun Sie, so wenig setzen Sie sich für Bayern ein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber für eine Fahrzeitverkürzung zum Flughafen München haben Sie zwei Milliarden übrig. Das nehmen Ihnen die Menschen übel. Dabei geht es der Mehrheit nicht nur um die sinnlose Verschwendung von zwei Milliarden Euro; für sie ist es auch ein symbolisches Thema. Am Beispiel Transrapid erkennen sie die regionale Spaltung Bayerns und die soziale Spaltung Bayerns. Sie sehen, dass Staatsregierung und CSU immer mehr Menschen von der Entwicklung in Bayern buchstäblich abkoppeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Mehrheit ist Ihre Fixierung auf diese schöne Magenschwebebahn der Bankrott der Wirtschaftspolitik aus dem letzten Jahrhundert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Georg Schmid (CSU):
Den Zug gibt es seit 1837!)

– Herr Kollege Schmid, kaum jemand – außer Ihnen vielleicht – glaubt noch, dass solche glänzenden Großprojekte, solche technologischen Wunder von vorgestern mehr Arbeitsplätze und mehr Lebensqualität schaffen und unser Land wirklich voranbringen können. Stoppen Sie endlich den Transrapid. Kommen Sie heraus aus Ihrer ideologischen Sackgasse, sonst werden Sie Ihr blaues Wunder erleben.

Beispiel Regionalentwicklung nach oberösterreichischem Vorbild. Die alten Konzepte – das müssen Sie wirklich langsam einsehen – haben nichts gebracht. Sie geben jetzt wieder ein bisschen Geld für den Straßenbau und die Dorferneuerung aus, aber das sind nichts als Beschwichtigungsversuche. Sie helfen gar nichts.

Wir GRÜNEN haben ein Impulsprogramm für den ländlichen Raum vorgelegt. Wir setzen auf Selbstbestimmung, auf die Selbsterneuerungskraft, auf die großen Stärken des ländlichen Raums. Diese Stärken sind von Region zu Region unterschiedlich. Auch das ist ein Grund, warum die alten zentralistischen Rezepte nicht mehr funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den großen Stärken fast all dieser Regionen zählen unter anderem die weitgehend intakte Natur, eine starke Heimatverbundenheit und ein großes bürgerschaftliches Engagement. Wir GRÜNEN unterstützen die Regionen dabei, diese Stärken zu entwickeln, nicht nur beim Ausbau der Kinderbetreuung, bei den weichen Standortfaktoren. Wir setzen auf die Versorgung und Vernetzung in der Fläche. Wir schaffen neue regionale Arbeitsplätze durch erneuerbare Energien, Klimaschutz und Gebäudesanierung, Regionalvermarktung und Bioanbau, Breitbandanschluss und regionales Management. Wer wissen will, wie eine erfolgreiche Regionalentwicklung für Arbeitsplätze in der Region aussieht, der muss nur einen Blick ins grün regierte Oberösterreich werfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Greifen Sie endlich unsere grünen Konzepte auf. Reden Sie nicht nur, handeln Sie endlich!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie sagen jetzt wieder, Bildung sei die wichtigste Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gegenwart. Aber Sie ziehen erneut keinerlei Konsequenzen daraus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie reden so daher, aber ziehen keine Konsequenzen, steuern nicht um, setzen keine Profilschwerpunkte. Wo sind die entsprechenden Schwerpunkte? – Es gibt keine. Sie wurschteln einfach weiter. Aber die Kommunen haben nur eine Zukunft, wenn man nicht gezwungen ist, seine Heimat zu verlassen, und wenn man frei entscheiden kann, ob man gehen oder bleiben will. Das fängt für uns bei den Kindern an. Deshalb fordern wir: Lassen Sie die Schule im Dorf!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern die selbstständige Schule in kommunaler Verantwortung. – Damit komme ich zum letzten Beispiel. Überall im Land schließen Sie die Schulen, und ein Ende ist nicht abzusehen. Sie, Herr Ministerpräsident, haben

in der schriftlichen Fassung Ihrer Rede, die Sie mündlich kürzen mussten, weil Sie sich „verplappert“ haben, erklärt, von den rund 1050 Hauptschulen in Bayern seien rund 700 zwei- und mehrzünftig. Diese seien derzeit gesichert.

(Zuruf von den GRÜNEN: Derzeit!)

„Diese“ und „derzeit“. Das heißt, dass Sie nach dem Tod der zwei- und mehrzügigen Hauptschulen auch noch die einzügigen Hauptschulen sterben lassen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt auch, dass Sie für die anderen keine Bestandsgarantie übernehmen. Das bedeutet, dass künftig jedes zweite Dorf seine Hauptschule verloren haben wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie stellen sich immer hierhin und reden von der Bedeutung der Hauptschule. Aber Sie schaffen sie ab. Sie schaffen die Schulen im Dorf ab. Sie sind das!

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das hängt mit der Kinderzahl zusammen!)

– Jetzt ist er so schlau, mit der Kinderzahl daherzukommen! Ich weiß nicht, worüber wir hier eigentlich reden. Das ist Wahnsinn. Wenn die Schulen das Dorf verlassen, dann verlieren die Kommunen einen wichtigen Standortfaktor. Sie werden sozial und kulturell entkernt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Außerdem ist die zersplitterte Zuständigkeit, dass die Kommunen für die Gebäude zuständig sind und der Staat für den Rest zuständig ist, schon lange nicht mehr zeitgemäß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie viele Gemeinden haben schon Schulen gebaut oder saniert, und Sie haben sie dann kurz darauf geschlossen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem übernehmen vernünftige Kommunen – ich habe vorhin die Gemeinde Puchheim zitiert – heute schon freiwillig Aufgaben, die Sie und Ihre Regierung vernachlässigen, etwa bei der Schulsozialarbeit, bei der Nachmittagsbetreuung und bei der Hausaufgabenbetreuung. Besonders schädlich für die Zukunft unseres Landes aber ist, dass das bayerische Schulsystem extrem ungerecht ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In keinem anderen Land, das bei Pisa teilgenommen hat – Herr Ministerpräsident, Sie müssen einmal die gesamte Studie lesen –, hängen die Chancen der Kinder so sehr von ihrer Herkunft ab, und zwar von ihrer sozialen Herkunft und von ihrer regionalen Herkunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erstens: Je ärmer die Eltern, desto geringer die Chancen der Kinder. Das ist ein skandalöser Zustand in Bayern. Zweitens: Je weiter auf dem Land, desto niedriger die Bildungsabschlüsse. Auch das ist skandalös. Wo sind denn die Abgeordneten vom Land? Diese müssen sich doch einmal rühren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses überholte, dieses nicht leistungsfähige Schulsystem kann sich Bayern nicht mehr leisten.

Alle unsere Kinder brauchen beste Bildungschancen. Wir GRÜNEN wollen nicht länger warten, sondern wir wollen jetzt die Voraussetzungen schaffen für besseren Unterricht in allen Landesteilen. Deshalb setzen wir auf Bewegung von unten. Wir fordern die selbstständige Schule. Die Schulen müssen die Freiheit bekommen, Neues zu wagen. Es gibt viele positive Erfahrungen mit Modellprojekten wie zum Beispiel „Modus 21“. Da zeigen Schulen, was sie können, wenn sie endlich dürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese positive Erfahrung haben auch andere Länder gemacht. Die Verlagerung der Verantwortung auf die Schulen selber führt zu einem Innovationsschub und deshalb allein schon zu besserer Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern, das Schulforum, also Eltern, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und die Kommune, soll zukünftig selber über Personal, Budget und Profil der Schule entscheiden. Wir sagen, Kinder brauchen mehr Zeit für Lernprozesse. Deshalb fordern wir flächendeckend Ganztagschulen. Wir fordern, alle Kinder länger gemeinsam zu unterrichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen, dass sich die Bildungswege der Kinder erst nach neun Jahren trennen. Das ist heute internationaler Standard.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das müssen Sie endlich zur Kenntnis nehmen. Das, was Sie haben, ist ein Auslaufmodell.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber ich fürchte, Herr Ministerpräsident, Sie haben noch nicht einmal verstanden, was wir GRÜNEN eigentlich wollen. Sie haben noch nicht einmal die Idee verstanden, sonst würden Sie nicht immer alles in einen Topf werfen. Wir wollen nicht lediglich die Haupt- und Realschule zusammensetzen. Kapieren Sie das endlich: wir wollen eine Schule für alle. Das ist das, was wir wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur so, mit einer Schule für alle, wird das möglich, Herr Ministerpräsident, wovon Sie heute auch wieder gesprochen haben, nämlich individuelle Förderung, Differenzierung, Vielfalt. Das wird nur dann möglich, wenn man die Kinder eben nicht über drei Leisten schert, sondern wenn man allen eine Chance gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Otto Zeitler (CSU): Einheitlich!)

Aber unsere Kinder und unsere Kommunen können leider nicht warten, bis Sie das verstanden haben, Herr Ministerpräsident. Deshalb fordern wir jetzt sofort die Öffnungsklausel. Die Kommunen müssen sofort die Möglichkeit bekommen, die Schulstrukturen ihren Verhältnissen anzupassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kommunen sollen entscheiden können, ob sie, anstatt die Schulen zu schließen, ihre Kinder nicht lieber länger in gemeinsamer Schulzeit unterrichten wollen. Denn wir meinen, die Schulen müssen sich den Kindern anpassen, nicht umgekehrt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, das waren nur fünf Beispiele für wirklich innovative, zukunftsweisende Konzepte. Wir haben jüngst 20 solcher grünen Wege vorgestellt, Wege zu mehr Freiheit und Vielfalt und zu mehr Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden. Um die Konzepte umzusetzen, braucht es das, was die Mehrheit in diesem Hohen Hause nicht hat: Entschlossenheit, Tatkraft, Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit grünen Konzepten werden die Kommunen selbstständig und leistungsfähig. Wir GRÜNEN stärken die Leistungsfähigkeit unseres Landes. Wir machen Bayern zukunftsfest.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Herbert Ettengruber (CSU): Glauben Sie das selber?)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Kollege Dr. Dürr. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Georg Schmid.

(Alexander König (CSU): Georg, gib alles!)

Georg Schmid (CSU): Frau Präsidentin, Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es in einem Satz zusammenfassen: Das kommunalfreundlichste Land in ganz Deutschland, ja in ganz Europa ist der Freistaat Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Dürr, ich weiß nicht, ob Sie katholisch sind – ich habe keine Ahnung –, aber für den Fall, dass Sie katholisch sein sollten, wäre es gut, wenn Sie noch vor der Kommunalwahl zur Beichte gingen und Gewissensforschung betreiben würden. Ich glaube, Sie hätten einen weinenden Zusammenbruch, lieber Herr Dürr. Was Sie heute für ein Bild gezeichnet haben vom Zusammenwirken zwischen dem Freistaat Bayern und der kommunalen Familie, entspricht nicht der Realität dieses Landes, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Da brauchen wir überhaupt keinen Nachhilfeunterricht. Gott sei Dank ist es so, dass viele Kolleginnen und Kollegen aus unseren Reihen, Gott sei es gepriesen, entweder aus der Kommunalpolitik kommen oder noch in der Kommunalpolitik aktiv sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Sie wissen, wie sich Entscheidungen auswirken, die wir hier im Parlament treffen. Sie wissen, welche Entscheidungen wir in den letzten Jahren zum Wohle der kommunalen Familie getroffen haben. Ich werde dann die Beispiele auch aufzählen, damit das dokumentiert wird. An dieser Stelle brauchen wir weder von der SPD noch von den GRÜNEN Nachhilfeunterricht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

Wir wissen, was Selbstverwaltung bedeutet. Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes ist für uns Richtschnur. Wir wollen den Grundsatz der Subsidiarität stets beachten, wenn es darum geht, die Aufgaben dorthin zu geben, wo sie am besten erfüllt werden können.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Nur nicht bezahlen!)

– Und auch bezahlen. Dazu komme ich noch. Ich weiß nicht, wie lange Sie schon in einem kommunalen Gremium sind, Frau Kollegin.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ich bin schon lange drin!)

Ich sage Ihnen eines, in den nächsten zwei Monaten kann ich auf 24 Jahre Stadtratsmitgliedschaft zurückblicken.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Bei Ihnen ist es so, Herr Dürr, dass Sie vielleicht gar nicht gewählt werden, das ist auch gut so, das braucht es nicht. Es ist schon schlimm genug, dass Sie hier im Parlament sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Aus diesen 24 Jahren Erfahrung kann ich Ihnen sagen, dass es immer eine starke Schicksalsgemeinschaft in guten wie in schlechten Zeiten gab und dass die kommunale Familie – damit meine ich nicht nur die Städte und Gemeinden, ich meine an dieser Stelle ausdrücklich auch die Landkreise und die Bezirke – und der Freistaat Bayern exzellent zusammengearbeitet haben und Lasten wie die guten Seiten miteinander getragen und gestaltet haben.

So stelle ich mir Partnerschaft vor. Das heißt Schicksalsgemeinschaft, anstatt sich hinzustellen und dieses oder jenes noch zu fordern. Ich habe mir die Punkte der Opposition ein bisschen notiert: Ganztagschule sofort. Die Erhöhung der Anteile an den Verbänden sofort. Wir reden da über vier, fünf Milliarden Euro. Das spielt aber bei der Opposition keine Rolle. Die haben dafür auch keine Verantwortung, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das ist gut so,

(Beifall bei der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): Geld spielt doch bei Ihnen keine Rolle!)

dass die Opposition hier keine Verantwortung hat.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Siehe Landesbank!)

Wenn dem Ministerpräsidenten vorgeworfen wird, er habe an der Kommunalpolitik kein Interesse: Günther Beckstein war als Innenminister bei allen Finanzausgleichsverhandlungen der letzten Jahre dabei und hat als Kommunalminister Exzellentes für die kommunale Familie erreicht. Sie sollten dankbar sein, so wie es die Kommunen sind, und nicht anklagen und sagen, der Ministerpräsident habe kein Interesse an der Kommunalpolitik. Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CSU – Margarete Bause (GRÜNE): Sollen wir ihm die Füße küssen?)

– Das braucht's nicht. Das will er wahrscheinlich auch nicht von jedem haben, Frau Kollegin Bause, nein, das muss nicht sein. Sie können den Ministerpräsidenten fragen, ob er es gerne hätte, dass Sie ihm die Füße küssen. Wir als gläubige Menschen achten jeden auf gleicher Höhe.

Ich glaube, das muss nicht sein, Herr Ministerpräsident, wir können uns sachlich auseinandersetzen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Dann machen Sie mal! Wir sind gespannt!)

Wie war denn das? Wie sind denn diese Finanzausgleichsverhandlungen gelaufen? Wer war daran beteiligt? Herr Kollege Ach, Sie können es beurteilen, weil Sie mit dabei waren.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Hinter verschlossenen Türen!)

Die Situation war so, dass wir mit den kommunalen Spitzenverbänden auf Augenhöhe verhandelt haben. Wie sieht es in anderen Ländern aus? Da gibt es diese Verhandlungen gar nicht. Da sind die kommunalen Spitzenverbände gar nicht beteiligt. Ich nehme als Beispiel, weil es heute schon einmal gesagt wurde, Rheinland-Pfalz.

(Zuruf von den GRÜNEN: Vielleicht ist das Verfahren besser!)

Da wird einfach nur vorgegeben, wie es läuft, und die Kommunen haben das zu schlucken. Und das war's.

Das kann für uns kein Vorbild sein – ein Kandidat aus diesem Land, der Ministerpräsident werden will. Hoffentlich geschieht das niemals, meine sehr verehrten Damen und Herren. Er schafft es doch nicht einmal mit seinen Kommunen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Es wäre vielleicht ganz gut, an dieser Stelle einmal zu kommentieren, wie es in einem Land wie Rheinland-Pfalz aussieht,

(Zuruf von der SPD: Wir reden doch über Bayern!)

nur um einen Vergleichsmaßstab zu haben: Dort zum 17. Mal in Folge negativer Finanzierungssaldo der Gemeinden, in Bayern positive Entwicklung.

(Franz Maget (SPD): Wie viele Ganztagschulen?)

Von insgesamt 2493 Gemeinden können 1000 nicht einmal mehr ihren Haushalt ausgleichen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Und wie ist das in Bayern?)

Uns haben Sie es vorgeworfen, wenn es ein paar Dutzend waren. Da haben Sie eine große Debatte geführt, auch im Innen- und Kommunalausschuss. Die Kommunen dort haben eine Gesamtverschuldung von zwölf Milliarden Euro. Das Allerbeste aber – so etwas habe ich noch gar

nicht gehört, das ist etwas Raffiniertes, Herr Kollege Maget, hoffentlich fällt Ihnen nicht auch noch ein, sich ein Beispiel an Rheinland-Pfalz zu nehmen –: Die Landesleistungen zum FAG werden gar nicht ausbezahlt, sondern die Landesregierung sagt, so hoch müsste die Summe sein, und gibt dann den Kommunen ein rückzahlbares Verstehtungsdarlehen. Das heißt, man gibt denen gar keinen Finanzausgleich, sondern leiht ihnen ein bisschen Geld, und zwischenzeitlich stehen die Kommunen beim Staat mit einer Rückzahlungsverpflichtung von 688 Millionen Euro in der Kreide. Das ist natürlich kein Finanzausgleich, wie wir ihn in Bayern haben. Daran können sich die SPD-regierten Länder ein Beispiel nehmen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist vielleicht nicht so bürokratisch wie bei uns!)

Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz hat das auch gut erkannt: Aufgrund der hohen Defizite und des großen Schuldenberges in Höhe von zwölf Milliarden Euro ist eine umfassende und nachhaltige Konsolidierung der kommunalen Finanzen dringend geboten.

Da haben wir aber besser gewirtschaftet. Wir haben die kommunale Familie in die Diskussionen einbezogen, haben diese Verhandlungen mit ihnen und nicht gegen sie geführt. So verstehe ich Partnerschaft, so verstehe ich gutes Miteinander. Deswegen will ich auch zum Thema Konnexität einen Satz sagen. Das macht die Sache nicht einfacher, aber gerechter. Wenn neue Aufgaben zugeteilt werden, dann muss auch die entsprechende Finanzausstattung erfolgen. Das ist gut und richtig. Wenn das einmal in den vergangenen Jahrzehnten nicht so richtig gelaufen ist, dann läuft es jetzt richtig, weil wir es gemeinsam in die Verfassung geschrieben haben, und das ist auch gut so.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ab heute! – Franz Maget (SPD): Gegen Ihren Widerstand!)

– Gemeinsam in die Verfassung geschrieben haben.

Umgekehrt sage ich aber auch an dieser Stelle, dass es schon Entwicklungen gibt, die mir nicht gefallen, zum Beispiel wenn davon gesprochen wird, dass man, wenn eine gesetzgeberische Maßnahme nicht kommt, auch schon davon spricht, Konnexität könnte ausgelöst und wirksam werden durch Unterlassen. Ich meine, auch hier gilt der Grundsatz des guten, vernünftigen Miteinanders. Wenn die kommunale Familie und der Freistaat Bayern diesen in der Verfassung festgelegten Grundsatz der Konnexität weiterhin so im Sinne guter Konsultation miteinander besprechen, ist mir in dieser Frage auch nicht bange. Da brauchen wir in diesem Hohen Hause keine großen Debatten zu führen, weil wir diese Frage in einem guten Miteinander voranbringen und auch lösen.

Wie sieht es im Jahr 2008 konkret und in Zahlen aus? Ich habe heute bisher nur theoretische Diskussionen gehört. Wir müssen das auch mit Daten ganz konkret belegen. Die reinen Landesleistungen nach dem kommunalen Finanzausgleich betragen 2008 6,125 Milliarden Euro. Das ist ein Betrag, der sich sehen lassen kann. Das sind 6125 Millionen Euro. Das macht deutlich, wie sehr wir an

der Seite der kommunalen Familie stehen – eine erfreuliche Entwicklung.

Selbst wenn wir uns in den vergangenen Jahren in schwierigen Situationen befanden, dann war es immer so, dass die Zuwächse im kommunalen Finanzausgleich höher waren als die Zuwächse im Haushalt des Freistaats Bayern. Das heißt, selbst in Jahren, in denen wir Einsparungen vornehmen mussten – lieber Jakob Kreidl und lieber Manfred Ach, ihr habt das gemeinsam in euren Ausschüssen diskutiert –, haben wir stets gesagt: Die kommunale Familie verdient unsere besondere Begleitung und Unterstützung. Das zeigt auch an dieser Stelle die Kommunalfreundlichkeit des Freistaats Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zu den Investitionen. Ich habe auch mit Sorge betrachtet, dass in den letzten Jahren weniger investiert wurde. Das traf alle Haushalte. Wir haben im Freistaat Bayern zu Beginn der Neunzigerjahre noch eine Investitionsquote von über 20 % gehabt. In den letzten Jahren hatten wir elf und zwölf Prozent. Wir haben Gott sei Dank auch im Freistaat Bayern jetzt wieder eine Investitionsquote von 13,5 %, werter Manfred Ach, Gott sei Dank, und befinden uns in einer guten Entwicklung aus diesem Tal heraus wieder nach oben.

Aber wenn wir uns noch einmal die Investitionsquote der kommunalen Familie mit über 20 % anschauen, zeigt das auch, dass wir den Spielraum eröffnet haben für die Kommunen, für die Städte, für die Gemeinden, für die Landkreise, dass sie stärker investieren können. Andere westdeutsche Länder haben im Durchschnitt 14 %, der Freistaat Bayern 20 %. Da gibt es nichts zu kritisieren, das sollte man auch einmal lobend erwähnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Was bedeuten zusätzliche Investitionen im Haushalt des Freistaats Bayern und bei den Kommunen? Mehr Investitionen bedeuten mehr Aufträge. Mehr Aufträge, Herr Kollege Pschierer, bedeuten mehr Arbeitsplätze, und mehr Arbeitsplätze bedeuten mehr wirtschaftliches Wachstum, und mehr wirtschaftliches Wachstum bedeutet mehr wirtschaftliche Prosperität eines Landes. Deswegen gehen wir Seite an Seite mit den Kommunen einen guten Weg, nämlich durch Erhöhung der Investitionsquoten sowohl vonseiten des Staates als auch vonseiten der kommunalen Familie. Der Freistaat Bayern hat in diesem Jahr die Investitionen noch einmal um 800 Millionen Euro auf 5,1 Milliarden Euro erhöht. Die Kommunen können sich wieder mehr leisten, zum Beispiel im Schulhausbau durch eine Erhöhung um 25,6 Millionen auf 215 Millionen Euro; Straßenbau und Unterhalt um 32 Millionen Euro auf 46 Millionen Euro, Bau von Abwasseranlagen um 20 Millionen Euro auf 141 Millionen Euro.

Die Krankenhausfinanzierung ist von Ihnen, Herr Maget, am Rande erwähnt worden. Ich will auch dazu einen Satz sagen, um diese Bemerkung abzuarbeiten: plus 25 Millionen Euro auf 477 Millionen Euro.

(Franz Maget (SPD): Wie hoch war es 2003?)

– Ich kann Ihnen die Zahlen seit 1972 nennen. Seit 1972 hat der Freistaat Bayern zusammen mit der kommunalen Familie für das Krankenhauswesen insgesamt 18 Milliarden ausgegeben und zwölf Milliarden für den Bauunterhalt. Das spricht für sich, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da brauchen wir keine Belehrung.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Im Übrigen war der Freistaat Bayern – das berichte ich noch aus meiner Zeit als Staatssekretär im Sozialministerium, da vergleichen wir uns gerne mit anderen Ländern –

(Franz Maget (SPD): Vergleichen Sie es mal mit 2003!)

den anderen Ländern an dieser Stelle immer überlegen.

(Franz Maget (SPD): Nein, mit anderen Jahren!)

Sie haben gerade davon gesprochen, wie es ist, wenn sich die Abgeordneten der CSU um diese Anliegen kümmern. Ich glaube, dass wir in vielen Teilen des Landes in exzellenter Weise unser Gesundheitswesen, was die Krankenhausversorgung angeht, ausgebaut und gestärkt haben, dass wir sie vorbereitet haben auf die Veränderungen durch die DRGs. Ich glaube, dass der Freistaat Bayern hier beispielhaft gehandelt hat und dass es an dieser Stelle keine Kritik von Ihrer Seite braucht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sozialhilfeausgleich, Art. 15 FAG, ist ein wichtiges Thema für die kommunale Familie, weil es durchgängig die Bezirke trifft, Herr Kollege Imhof, herunter über die Landkreise, über die Kreisumlage, hinein in die Städte und Gemeinden. Auch in diesem Jahr wurde sie wieder um 15 Millionen Euro auf 580 Millionen Euro erhöht.

Der Wegfall der Solidarumlage, eine Entlastung für die kommunale Familie, wurde heute nicht erwähnt.

Wenn die Anhebung des Verbundsatzes beim Kfz-Steuerverbund auf 65 % gefordert wird, dann muss man natürlich auch wissen, was sie kostet: zusätzliche Millionenbeträge in dreistelliger Größenordnung. Natürlich kann ich sagen: Wir machen nicht 65 %, sondern 70 oder 75 %. Ich bin gerne bereit, da draufzusatteln. Nur muss ich wissen, was das kostet, und dafür die zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

– Lieber Manfred Ach, wir sind auch in dieser Partnerschaft den anderen Weg gegangen und haben gesagt: Wir stehen in guten und in schlechten Zeiten zusammen und gehen deswegen nicht in eine zusätzliche Verschuldung hinein, weil damit auf lange Sicht die Spielräume für die kommunale Familie eingeschränkt werden. Das bedeutet: solide Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden auch den kommunalen Finanzausgleich gemeinsam fortentwickeln. Die Arbeitsgruppe ist gegründet. Die ersten Ergebnisse liegen vor. Ich weiß, dass der eine oder andere kommunale Spitzenverband mit den Ergebnissen noch nicht zufrieden ist. Aber darüber wird geredet, das werden wir miteinander besprechen.

Reden wir doch einmal in einem Nebensatz – nur in einem Nebensatz – von der Kommunalfreundlichkeit der von SPD- und GRÜNEN-geführten Bundesregierung bei Hartz IV. Wer war es denn, der erreicht hat, dass wir auf einen Anteil von 29,1 % und auf 2,5 Milliarden Euro gekommen sind, als es um die Kosten von Unterkunft und Pflege ging?

(Franz Maget (SPD): Müntefering!)

Es gab einen Gesetzesvorschlag von SPD und GRÜNEN, den ich Ihnen, Herr Kollege Maget, noch zeigen werde. Dieser Gesetzentwurf hat nicht 2,5 Milliarden Euro, sondern 0,0 Euro vorgesehen. Das ist das wahre Gesicht von SPD und GRÜNEN an dieser Stelle, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

In einem Nebensatz reden wir noch von der Grundsicherung.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

– Entschuldigung, Herr Kollege Maget, ich bin Mitglied des Kreistages, da kann ich schon ein bisschen berichten, was da draußen los war. Da hat es zuerst geheißen: Ihr werdet alle groß entlastet, das ist eine tolle, wunderbare Sache. Die Kommunen sparen Geld, das trifft euch überhaupt nicht.

(Franz Maget (SPD): Und was ist jetzt?)

Und was war: Dreistellige Millionenbeträge fehlen. Fragen Sie doch einmal Ihren Landrat. Offensichtlich haben Sie zu den Landräten und Oberbürgermeistern keinen Kontakt, sonst wüssten Sie, was draußen los war.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD) Ist das gut oder nicht?)

– Wenn man sich in diesen Sachen auf die SPD verlässt, ist man verlassen. Das kann ich Ihnen sagen: definitiv verlassen.

(Beifall bei der CSU)

Darüber sollten Sie mal mit den Landräten reden.

(Franz Maget (SPD): Genau!)

Die Frage der Abfinanzierung ist heute kritisiert worden. Es ist sogar das kritisiert worden, Herr Ministerpräsident, dass wir im Haushalt zusätzlich 150 Millionen plus 50 Millionen Geld gegeben haben.

(Franz Maget (SPD): Nein, das ist nicht kritisiert worden! Das ist nicht kritisiert worden! – Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Bitte, hören Sie zuerst einmal zu. Ich weiß, was Sie meinen. Ich passe bei allen Reden gut auf. Ich bin jede Sekunde dagesessen.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Ich glaube, das ist eine gute und vernünftige Entscheidung. Herr Kollege Maget, ich bin dankbar, wenn wir uns bei einem Punkt einig sein können. Das freut mich sehr.

Wie kommt das zustande?

(Franz Maget (SPD): Das sind die Schulden, die Sie haben!)

Als einer, der aus der Kommunalpolitik kommt, will ich das kurz schildern: Es beantragt einer eine Baumaßnahme. Wir nehmen als Beispiel ein Feuerwehrhaus. Man sagt, wir haben in eineinhalb Jahren Jubiläum, da wäre es gut, wenn wir bis dahin das Feuerwehrgerätehaus fertig hätten. Ich bräuchte den vorzeitigen Baubeginn.

(Franz Maget (SPD): Nur in dem Fall stimmt's, bei der regulären Förderung! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Maget, ist es möglich, dass der Kollege noch zu Wort kommt? Das Temperament, ja. Ich bitte jetzt wirklich, dass man vom Rednerpult aus wenigstens ein paar zusammenhängende Sätze sagen kann.

Georg Schmid (CSU): Herr Kollege Maget, ich will Sie nicht beleidigen, sondern nur richtig stellen, was an Hauptungen in die Welt gesetzt wurde. Wir nehmen noch einmal das Beispiel mit dem Feuerwehrgerätehaus. Herr Kollege Jakob Kreidl kennt diese Situationen in ganz besonderer Weise als Vorsitzender des Innenausschusses. Es wird der Antrag gestellt und man sagt, es geht nicht, weil wir die finanziellen Mittel schon gebunden haben. Der Bürgermeister fordert aber trotzdem den vorzeitigen Baubeginn – ich verstehe das sehr wohl, das ist ein vernünftiges Verlangen – und sagt, ich nehme den vorzeitigen Baubeginn, bin aber zufrieden, wenn das Geld in drei Jahren kommt. Dann hat er den vorzeitigen Baubeginn, die Baustelle ist eröffnet, und es kommt nach drei Monaten die erste Anfrage, wo das Geld bleibt. Das ist verständlich, aber nicht so vereinbart. Das ist auch kein geschuldetes Geld, weil ausgemacht war: erst in drei Jahren. Deswegen sollte man sich auch im Finanzministerium einmal darüber Gedanken machen, eine Abfi-

nanzierungsvereinbarung zu schließen; denn so etwas zu unterschreiben, wäre eine gute Idee. Dann hat man das fest vereinbart.

(Franz Maget (SPD): Das wäre eine gute Sache!
Das macht ihr aber nicht!)

– Franz Maget, das machen wir doch. Da können wir eine fraktionsübergreifende Initiative starten.

(Franz Maget (SPD): Das machen wir sofort!)

– Da können wir doch so etwas machen. Diese Diskussion brächte aus meiner Sicht einen bedeutenden Fortschritt, wenn die Opposition an dieser Stelle zustimmen würde.

(Franz Maget (SPD): Da sind wir sofort dabei!)

– Herr Kollege Maget, deswegen war es umgekehrt, gerade bei dem Beispiel der Feuerwehr, der richtige Weg, zu sagen: Wir machen es noch viel besser, indem wir sagen: Wir machen dir ein Angebot. Du bekommst das Geld sofort. Wir legen auch ganz konkret fest, was es für dieses Feuerwehrauto gibt und was für das Feuerwehrhaus pro Stellplatz bezahlt wird. Wir gehen hier mit den Beträgen lieber ein bisschen runter, bezahlen aber das Geld sofort aus. So hat es die Staatsregierung an dieser Stelle gemacht. Auch das war eine gute und vernünftige Entscheidung. Wer über das Thema Abfinanzierung redet, muss auch darüber reden, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Wenn heute ein Feuerwehrgerätehaus gebaut oder ein Auto gekauft wird, wird das Geld sofort ausbezahlt. Es ist kein Problem mehr.

(Zuruf von der SPD)

– Entschuldigung, Sie haben gar keine Ahnung. Das kann ich Ihnen definitiv sagen.

Ich will auch ein Beispiel für eine gute Zusammenarbeit zwischen der kommunalen Familie und dem Freistaat Bayern herausgreifen, nämlich den Krippenausbau. Darüber wurde nur die halbe Wahrheit erzählt. Wenn, dann müssen wir an dieser Stelle über die ganze Wahrheit reden: Erstens, Beteiligung des Bundes für Bayern: 340 Millionen Euro; zweitens, Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden darüber: Bayern stockt als einziges Land in Deutschland um 100 Millionen – 100 Millionen Euro zusätzlich! – auf. Da bitte ich nicht um Kritik, sondern um den Beifall der Opposition.

(Beifall bei der CSU)

Außerdem vereinbaren wir bei den förderfähigen Investitionsaufwendungen einen Fördersatz von 60 %, in besonders angespannten Situationen von 80 %.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Schmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Maget?

Georg Schmid (CSU): Ich brauche meine Zeit ebenso wie der Herr Kollege Maget. – Vielen Dank, Herr Kollege Maget. Sie wissen, dass ich Fragen immer gerne zulasse, aber auch Sie haben es vorher so gemacht.

(Franz Maget (SPD): Das stimmt jetzt nicht!)

– Doch, Herr Kollege Maget.

Wir haben zusätzlich gesagt: Wenn wir bis 2013 weitere Mittel brauchen, um diese 60 000 Plätze, die wir uns als Ziel gesetzt haben, zur Verfügung stellen zu können, werden wir weitere Finanzmittel zusagen. Wie könnte man es denn noch besser machen, als es hier die Bayerische Staatsregierung zum Wohle der Kinder, zur Betreuung der Kinder unter drei Jahren, gemacht hat?

(Beifall bei der CSU)

Besser hätte man es gar nicht machen können.

(Franz Maget (SPD): Wie hoch ist der Investitionsanteil des Freistaats Bayern? 10 %, 15 %?)

– Der Fördersatz liegt bei den Kinderkrippen zwischen 60 und 80 % des förderfähigen Investitionsaufwands.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Herr Kollege Maget, wir sollten Ihnen das vielleicht nachher in einem gemeinsamen Gespräch nochmals mitgeben, damit Sie es draußen bei den Kommunen richtig sagen, keine Fehler machen und nicht zu wenig erzählen.

(Beifall bei der CSU)

Schauen wir noch einmal die Betriebskostenförderung an. Auch darüber sollten wir sprechen.

(Franz Maget (SPD): Sehr gut!)

Was geben wir für Kindergärten, Horte und Krippen im Jahr aus? – Da haben wir nochmals um 30 Millionen auf 618 Millionen aufgesattelt; ich sage es gerne auch in D-Mark, weil dann für Sie die Zahl noch plastischer wird: Das sind 1,236 Milliarden DM. 618 Millionen Euro ist eine beeindruckende Zahl. Ich weiß, dass für die SPD Geld natürlich etwas anderes ist als für die CSU, weil wir damit besser umgehen können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE)
– Zuruf von der SPD: Landesbank!)

Ich kann Ihnen an dieser Stelle sagen: 618 Millionen ist eine beeindruckende Zahl.

Sie haben natürlich über das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz – BayKiBiG – gesprochen und gesagt, das BayKiBiG sei der falsche Weg.

(Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben natürlich auch versucht, durch das BayKiBiG eine gewisse Gerechtigkeit zu schaffen. Ich war damals, als wir mit dieser Diskussion begonnen haben, selbst dabei.

Wir haben gesehen, dass die Zahl der Kinder abnimmt. Es war jedoch Absicht der damaligen Sozialministerin und heutigen Landtagsvizepräsidentin, die vorgesehenen Finanzmittel weiterhin für die Betreuung der Kinder zu erhalten und sie nicht in die Hände des Finanzministers zu geben.

(Franz Maget (SPD): Waren Sie dabei?)

– Ich war dabei. Als Mitglied eines Stadtrats bin ich selbst für fünf Kindergärten verantwortlich, lieber Herr Kollege Maget. Insofern brauche ich keinen Nachhilfeunterricht.

(Franz Maget (SPD): Fragen Sie einmal nach den Erfahrungen!)

– Da brauchen wir keinen Nachhilfeunterricht. Ich kann Ihnen das genau sagen.

Deshalb war es richtig, auch diese neue Förderung vorzusehen. Letztlich handelt es sich auch um eine gerechte Förderung. Das Problem der vermehrten Bürokratie ist auch dadurch entstanden, dass man eine besonders gerechte Lösung hat erreichen wollen. Das Problem liegt darin: Wenn die Lösung ganz gerecht sein und alle Eventualitäten ausgleichen soll, hat man letztlich mehr Bürokratie, aber natürlich auch mehr Gerechtigkeit.

Deswegen darf ich festhalten: Gerade beim Ausbau der Kinderkrippen zeigt sich, dass wir den sich aus den gesellschaftlichen Veränderungen ergebenden Auftrag angenommen und damit dokumentiert haben, dass es sich für uns um ein wichtiges Thema handelt. Wir wollen – Sie haben darauf besonderen Wert gelegt – eine Ausgeglichenheit, wonach derjenige, der den Wunsch hat, seine Kinder in eine Betreuungseinrichtung zu geben, dies auch tun kann. Wenn – der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen – jemand aber seine Kinder selbst zu Hause erziehen will, damit diesen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag wahrnimmt und somit einen großartigen Dienst als erziehende Mutter oder erziehender Vater leistet, muss man bezüglich des Betreuungsgeldes andere Argumente in der Debatte anführen. Die Frauen und Männer leisten zu Hause bei der Erziehung einen großartigen Dienst.

(Beifall bei der CSU)

Es ist beschämend zu sehen, welche Diskussion wir in Bezug auf die sogenannte „Herdprämie“ und andere Begriffe geführt haben.

(Franz Maget (SPD): Ach Gott!)

– Ja, ach Gott. Auch ich sage: Ach Gott, dass ihr euch zu einer solchen Diskussion habt hinreißen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Die Entscheidung bezüglich der Erziehung der Kinder treffen die Eltern und nicht der Staat, nicht die SPD und nicht die GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, dass wir auch ohne große Belehrungen bezüglich der Kindergärten gute Ergebnisse erreicht haben.

Sie fordern ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr. Ich wäre dafür, dass alles von anderer Seite bezahlt wird. Nur muss ich fragen: Wer soll es bezahlen, und was kostet es? Wenn es einen dreistelligen Millionenbetrag kostet, dann muss ich auch fragen: Woher kommt das Geld dafür? Ich muss auch feststellen, dass 98 % aller Kinder einen Kindergarten besuchen. In der Landeshauptstadt München funktioniert es typischerweise nicht, aber dafür trägt nicht die CSU die Verantwortung.

(Beifall bei der CSU)

Zur Schule will ich eine Bemerkung machen: Es werden zu diesem Thema viele Diskussionen geführt. Bayern hat bei allen auf deutscher und europäischer Ebene durchgeführten Wettbewerben nicht schlecht abgeschnitten. Wir waren bei vielen Parametern ganz vorne.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): So ist es!)

Das kommt, lieber Herr Kollege Prof. Waschler, auch nicht von ungefähr. Das gegliederte Schulwesen hat sich über viele Jahre hinweg bewährt. Dabei wollen wir auch bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Reden wir doch mit Vertretern der Länder, die die Gesamtschule eingeführt haben, die zusammengelegt haben. Reden wir doch einmal mit Vertretern von Bremen und anderen Bundesländern, die das alles schon hinter sich haben. In diesen Ländern hat ein Schüler, der eine Realschule besucht, das gleiche Niveau wie ein Schüler, der bei uns die Hauptschule besucht.

(Zuruf des Abgeordneten Otto Zeitler (CSU))

– Herr Kollege Zeitler, Sie sollten an dieser Stelle nicht übertreiben. Ich will nur sagen, dass diese Vergleiche zu Recht gezogen worden sind, und zwar nicht nur von der Politik, sondern auch von Fachleuten. Die Fachleute haben ausdrücklich bestätigt, dass wir in den Vergleichen sehr gut aussehen.

Ich komme nicht aus der Bildungspolitik, habe aber selbst Kinder zuhause und kann daher feststellen: Nicht alle Kinder haben die gleichen Fähigkeiten, müssen aber

entsprechend ihren Fähigkeiten begleitet und gefördert werden. Alle in eine Schule zu schicken und zu fordern, sie zehn, neun oder acht Jahre zusammenzulassen, um sie zu nivellieren, kann nicht im Sinne des Erfinders sein. Das ist der falsche Weg. Das ist definitiv klar.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen die Kinder nach ihren Fähigkeiten und Begabungen begleiten und fördern. Das macht das gegliederte Schulwesen. Wenn Sie, Herr Kollege Dürr, das vorhin ein bisschen ins Lächerliche gezogen haben, indem Sie auf die Schlagworte „kurze Wege, kurze Beine“ oder „kein Abschluss ohne Anschluss“ angespielt haben, dann muss ich sagen: Diese Durchlässigkeit ist vernünftig. Ich weiß aus meiner eigenen Erfahrung, dass es gut ist, diese Durchlässigkeit zu haben, weil sich nicht jeder Mensch gleich entwickelt. Nach der vierten Klasse ist nicht alles entschieden. Wenn heute jemand einen guten Hauptschulabschluss und einen guten Berufsabschluss macht, sich in seinem Beruf bewährt, damit zeigt, dass er in besonderer Weise praktisch begabt ist, und dann später weitermachen will, dann kann er über die Berufsoberschule mit einer weiteren Fremdsprache das normale Abitur ablegen und jeden Studiengang wählen. Ist das nicht eine tolle Sache? Das ist durch das Schulwesen in Bayern möglich und insofern ist Kritik fehl am Platze. Wir sollten diesen Aspekt in den Vordergrund rücken und das Schulsystem loben.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte es für falsch, dass vor dem Hintergrund des Vergleichs mit anderen Ländern und der Gegebenheiten gesagt wird, Reiche organisierten sich das Abitur. Ich komme aus einer Arbeiterfamilie.

(Zuruf von der SPD: Ach ja!)

– Das war eine klassisch starke Bemerkung! Ich bin auch stolz darauf. Ich hatte die Möglichkeit und habe diese auch genutzt – es waren drei Kinder zu Hause, die Mutter war daheim –, das Abitur zu machen und zu studieren.

Die Formulierung, Reiche organisierten sich das Abitur, halte ich für schädlich. Das hört sich so an, wie wenn man sich Begabungen oder das Abitur kaufen könnte. Wenn wir unser Schulwesen so beurteilen, sind wir auf dem Holzweg. So etwas wollen wir Ihnen niemals in die Hand geben.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): 60 % Übertritt!)

Wir müssen dafür Sorge tragen, die Hauptschule, die Realschule und das Gymnasium zu stärken. Es geht darum, die Starken zu stärken und die Schwachen zu fördern, wenn entsprechende Schwächen festgestellt werden. Das ist das Ziel. Wenn wir gemeinsam gespürt haben, dass wir beim G 8 den Lernstoff reduzieren und die Lehr-

pläne durchforsten müssen, dann ist das doch ein guter Weg.

(Franz Maget (SPD): Da hättet ihr früher drauf kommen können!)

Bis Ostern ist dieses Thema dank der Zusage des Ministerpräsidenten, des Kultusministers und seines Staatssekretärs auch erledigt. In der Politik gehört auch dazu, den eingeschlagenen Weg korrigieren zu können.

(Franz Maget (SPD): Wahnsinn!)

– Herr Kollege Maget, das ist nicht Wahnsinn, sondern gute und vernünftige Politik.

Zu den Hausärzten und der Konvergenzklausel: Ich habe noch nicht davon gehört, dass sich jemand von der SPD dafür eingesetzt hätte, eine Konvergenzklausel zu erreichen. Diese Konvergenzklausel wurde vom damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber verhandelt.

(Franz Maget (SPD): Wie bitte?)

Bezüglich der 100 Millionen muss man einmal schauen. Daran war die SPD wahrlich nicht beteiligt. Ulla Schmidt sollte nicht als Beispiel für eine gute Gesundheitspolitik genommen werden. Das wäre der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen erfolgt die Bezahlung der Ärzte im Rahmen der Selbstverwaltung. Heute ist der Eindruck erweckt worden, alles werde von der Politik gestaltet. Das ist nicht richtig. Es wird darüber diskutiert, ob die Versorgung im ländlichen Raum aufgrund der schlechten Bezahlung der Hausärzte noch optimal ist. Der Ministerpräsident hat diese Frage zu Recht aufgeworfen und auch Christa Stewens hat diese Frage immer in den Mittelpunkt gestellt. Richtig ist, dass wir uns dieser neuen und aktuellen Sorge annehmen. Der Herr Ministerpräsident wird morgen ein Gespräch mit dem Präsidenten des Hausärzterverbandes, Herrn Hoppenthaller, führen. Ich halte das für richtig und notwendig. Sie von der Opposition sollten den Ministerpräsidenten in diesem Punkt nicht kritisieren, sondern sagen: Das ist richtig, und wir begleiten Sie mit guten Wünschen für dieses Gespräch und eine gute Lösung.

(Beifall bei der CSU)

So sollten wir die Themen miteinander diskutieren.

Eine letzte Bemerkung zum Thema „ländlicher Raum“. Ich kann mich noch an den Minister – ich glaube, er war Raumordnungsminister – Hans-Jochen Vogel erinnern, der einmal in der Wahnvorstellung, dass wir die Städte und die Kernorte stärken müssten, gesagt hat: Was ist schon, wenn im Bayerischen Wald ein paar Bäume mehr wachsen? – So haben wir den ländlichen Raum noch nie verstanden. Eine ganz große Kraft kommt aus dem ländlichen Raum in Parallelität zu den Ballungsräumen. Die

CSU hat in den letzten 40 Jahren den ländlichen Raum noch in keiner Sekunde vernachlässigt und das Allheil-mittel nie in den Städten gesehen. Meine Damen und Herren, da brauchen wir keine Nachhilfe.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Unruhe)

Die ländlichen Räume haben sich durch gute Infrastrukturanlagen exzellent entwickelt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ach ja?)

Wer war es denn, der in den letzten 60 Jahren hier die Akzente gesetzt hat? – Das waren die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, es waren die Vereine, die sich in hervorragender Weise engagiert haben, und es war der Freistaat Bayern unter der CSU-Staatsregierung, der all diese Maßnahmen begleitet, unterstützt und gefördert hat, sonst gar niemand.

(Beifall bei der CSU)

Anton Jaumann hat in den Siebziger- und Achtzigerjahren noch gesagt, dass wir auch in den ländlichen Räumen Arbeitsplätze brauchen.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Sein Credo war: Wir müssen die Arbeit zu den Menschen bringen, nicht umgekehrt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben dann auch in den kleinen Orten Gewerbegebiete ausgewiesen. Das war eine gute und vernünftige Entscheidung, damit die Leute nicht jeden Tag eineinhalb Stunden mit dem ÖPNV oder dem Zug unterwegs sein müssen, sondern den Arbeitsplatz unmittelbar vor Ort, in den kleinen Städten und Dörfern, haben. Das war eine wegweisende Entscheidung von der CSU-Staatsregierung zugunsten des ländlichen Raums, sonst von niemandem.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Wer heute behauptet, wir hätten die ländlichen Räume vernachlässigt, lebt entweder nicht in Bayern, oder er will die Realitäten nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CSU)

Die große Kraft und die große Stärke dieses Freistaats Bayern kommen aus den Kommunen, aus den kleinen Gemeinden und den kleinen Städten, von dort, wo wir zusammen mit einem starken Ehrenamt das Gemeinwesen gestalten. Was die kommunale Familie in den letzten Jahren geleistet hat, ist großartig. Der Freistaat Bayern stand in dieser Zeit immer an der Seite der kommunalen Familie. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen

eines sagen: Der Freistaat Bayern wird diesen Auftrag auch in den kommenden Jahren in ganz besonderer Weise wahrnehmen – zum Wohle der kommunalen Familie und damit zum Wohle unseres Landes.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Kamm hat jetzt noch ums Wort gebeten. Eine Minute und 45 Sekunden, Frau Kollegin!

(Franz Josef Pschierer (CSU): Ersparen Sie es uns doch!)

Christine Kamm (GRÜNE): Das geht leider nicht. – Sehr geehrter Herr Schmid, sehr geehrter Herr Beckstein! Ihre Märchen von der kommunalen Familie und vom gedeihlichen Miteinander von Kommunen und Landesregierung veranlassen mich zu einer Korrektur. Sie scheinen schon vergessen und völlig ausgeblendet zu haben, dass Ihnen durch höchststrichterliche Rechtsprechung aufgrund der Klage von über 260 bayerischen Kommunen aufgetragen worden ist, das Finanzausgleichsverfahren spätestens bis zum nächsten Doppelhaushalt auf ein transparentes Gesetzgebungsverfahren umzustellen und sich von dem Geschachere hinter verschlossenen Türen in der Vergangenheit zu verabschieden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Georg Schmid (CSU): Das stimmt doch nicht!)

Wir erwarten, dass der Finanzausgleich in Bayern ab dem kommenden Doppelhaushalt in einem transparenten Verfahren erarbeitet wird. Die bayerischen Kommunen brauchen mehr finanzielle Gerechtigkeit. Die bayerischen Kommunen dürfen bei sehr wichtigen Aufgaben nicht länger allein gelassen werden – ich denke da an das Beispiel Jugendhilfe –, und die bayerischen Kommunen brauchen eine solide Förderpraxis. Die derzeitige Investitionsförderpraxis ist ein großes Problem für die Kommunen. Neben den vielen Bildungs-, Sozial- und Kultur-einrichtungen möchte ich nur noch das Beispiel der Krankenhausförderung ansprechen. Hier warten Kommunen oft Jahre. Bis zu neun Jahren dauert es, bis Investitionen getätigt werden können.

(Georg Schmid (CSU): Andere Länder geben gar nichts!)

Das weiß ich vom Beispiel des Augsburger Zentralklinikums. So kann man keine Einrichtung wirtschaftlich führen; hier haben wir ein ernsthaftes Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Herr Kollege Ach hat sich noch zu Wort gemeldet. Ich glaube, es sind noch gute drei Minuten.

(Georg Schmid (CSU): Er hat nur eine Minute!)

Manfred Ach (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur noch auf Frau Kollegin Kamm eingehen, weil das, was sie gerade zum Urteil gesagt hat, eigentlich ein Blödsinn ist. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat in seinem Urteil vom 28. November die Ausstattung, den Ausgleichsmechanismus und die Ausgestaltung der einzelnen Leistungen in inhaltlich-materieller Hinsicht nicht beanstandet, Herr Kollege Maget.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Was Sie gesagt haben, ist insofern nicht ganz korrekt; ich will das nur berichtigen. Wir müssen in Zukunft lediglich für mehr Transparenz sorgen und den Ausgleich zum Schutz des kommunalen Selbstverwaltungsrechts verfahrenstechnisch absichern und entwickeln. Nicht mehr und nicht weniger besagt das Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. Insofern ist Ihre Aussage zum Thema nicht korrekt. Ich habe mich gemeldet, um das klarzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Ach. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich darf jetzt den Herrn Ministerpräsidenten für eine abschließende Stellungnahme ans Rednerpult bitten. Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich – ich hoffe, in der gebotenen Kürze – zu den Fragen Stellung nehmen,

(Franz Maget (SPD): Und etwas zur Landesbank sagen!)

zuerst zur Frage der Landesbank.

(Franz Maget (SPD): Das wäre hilfreich!)

– Herr Kollege Maget, die Kommunalpolitik ist für sich ein wichtiges Thema, das man auch gesondert behandeln sollte. Ihr Versuch, die Debatte ständig auf dieses Thema zu bringen, obwohl Sie wissen, dass die Landesbank als Thema nachher ausführlich und in dieser Woche noch weiter behandelt wird,

(Beifall bei der CSU)

zeigt erstens, dass Sie Kommunalpolitik ganz bewusst nicht als ernsthaftes Thema anerkennen,

(Franz Maget (SPD): Das sagen Sie!)

und zweitens, dass Sie ein mieses Spiel betreiben und die Landesbank als Wahlkampfmunition verwenden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Ach-Rufe von der SPD – Große Unruhe)

Ich verweise auf Ludwig Kamprath, den Vorstandsvorsitzenden der Kreissparkasse München-Starnberg, der in der „Süddeutschen Zeitung“ von heute zum Thema Landesbank und deren Bedeutung für die Sparkassen befragt wurde. Auf die Frage der „Starnberger Zeitung“, ob auch seine Sparkasse betroffen sei, da Bayerns Sparkassen zur Hälfte Träger der Landesbank seien, antwortete Kamprath, der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse und das Verwaltungsratsmitglied in der Landesbank: Die Kreissparkasse ist in keiner Weise von der Krise betroffen, die Dividende ist gesichert.

(Franz Maget (SPD): Aha! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Hören Sie sich das an, auch wenn es Ihnen wehtut, weil Sie dabei erkennen müssen, dass Sie ein mieses Spiel betreiben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Jeder weiß, dass man mit dem Ansehen einer Bank nicht ungestraft spielen kann.

(Franz Maget (SPD): Das sagen Sie! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie aber schädigen aus Wahlkampfinteressen ganz bewusst die Bank.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Thomas Kreutzer (CSU): Bravo! – Unruhe – Franz Maget (SPD): Sie haben der Bank geschadet! – Glocke der Präsidentin)

Ich zitiere noch einmal Herrn Kamprath, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse München-Land/Starnberg und Verwaltungsrat. Ich zitiere wörtlich:

Die Kreissparkasse ist in keiner Weise von der Krise betroffen.

(Franz Maget (SPD): Das sagt er heute!)

Die Dividende ist gesichert. Es werden sogar Rücklagen dotiert. An diesen Indikatoren sehen Sie, dass wir als Landesbank-Miteigentümer ruhig schlafen können.

(Franz Maget (SPD): Schon wieder schläft einer! – Dr. Thomas Beyer (SPD): Genau wie der Verwaltungsrat!)

Ende des Zitats. Ich selbst halte die Situation für schwieriger und problematischer. Das sage ich ganz offen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Endlich!)

Ich sage jedoch: Dass Sie dieses Thema zum Inhalt einer kommunalpolitischen Bilanz gemacht haben, zeigt, dass

Sie für die Kommunalpolitik nichts übrig haben. Das hat man an Ihrer ganzen Rede gemerkt.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Maget, ich bitte Sie um Ihre Erklärung, was Oberbürgermeister und Stadträte in der Frage des Mindestlohns entscheiden sollen.

(Franz Maget (SPD): Ich habe meine Meinung geäußert!)

– Natürlich können Sie diskutieren, wie jeder am Stammtisch diskutieren kann.

(Franz Maget (SPD): Das war ein Beschluss des Städtetages! Das ist mehr als ein Stammtisch!)

Das ist aber sicher nicht für die Kommunalpolitik entscheidend. Herr Kollege Maget, Sie müssen sich meine Argumente anhören. Sie haben sich aufgeregt, als ich dazwischengeredet habe. Selbstverständlich dürfen Sie Zwischenrufe machen. Sie müssen es sich aber anhören, wenn ich sage: Wer solche Themen in den Mittelpunkt stellt, zeigt damit, dass er von Kommunalpolitik wenig Ahnung hat.

(Beifall bei der CSU)

Auch die Art, wie Sie meine Aussagen zu den Themen Konnexität und Konsultation behandelt haben, war nicht sachgerecht. Richtig ist, dass ich gegen die ursprünglichen Vorschläge zur Konnexität Einwendungen hatte. Ich denke, es ist offensichtlich, dass Konnexität nicht automatisch mehr Geld bedeutet. Ich räume aber auch ein, dass wir bei den Verhandlungen, die ich über Monate hinweg geführt habe, zu einem Ergebnis gekommen sind, das ich uneingeschränkt als richtig vertreten und als einen Fortschritt empfunden habe. Dieses Ergebnis hat in den Jahren 2003 und 2004 zu den entsprechenden Gesetzesänderungen geführt, die nicht alle Probleme gelöst, aber uns weitergebracht haben. Deshalb war es sinnvoll, dass ich dies hier herausgestellt habe.

Herr Kollege Maget, es war durchaus amüsant, Ihre Ausführungen über das Verfahren zur Beantragung von Zuschüssen und zu den Bewilligungen zu hören.

(Franz Maget (SPD): So ist die Lebenswirklichkeit!)

Vergessen haben Sie, welche massive Mitwirkung dabei die SPD-Abgeordneten für sich beanspruchen. Ich hätte in diesem Zusammenhang Herrn Dr. Beyer angesprochen, der bei vielen Projekten, von denen ich nicht einmal wusste, dass er sich um sie gekümmert hat, in der Zeitung erklärt hat, er hätte sie herbeigeführt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sie hören uns nicht zu!)

Herr Kollege Maget, Ihre Karikatur war nicht schlecht. Am Donnerstagvormittag werden wir vielleicht noch bessere und härtere Karikaturen bekommen. Sie sollten aber nicht so tun, als ob es hier ausschließlich um CSU-Abgeordnete ginge.

(Franz Maget (SPD): Das habe ich eingeräumt!)

Sie müssen dazu sagen, dass sich ein Ministerpräsident bei einer Grundsteinlegung oder bei einem ersten Spatenstich kaum dagegen wehren kann, von den SPD-Abgeordneten ein Stück aus dem Bild gedrängt zu werden.

(Beifall bei der CSU)

In aller Regel helfen hier die Fotografen.

Zur Kinderbetreuung: Wir wollen die Kinderbetreuung in dem Maße ausbauen, wie das Frau von der Leyen wünscht, die dieses Thema auf die Tagesordnung der Politik gesetzt hat. Sie wissen aber, dass es sich hierbei nach der Zuständigkeitsverteilung in erster Linie um eine kommunale Aufgabe handelt. Wir wissen, dass es dafür eine Förderung durch den Bund hart am Rande der Föderalismuskommission I gibt. Selbstverständlich nehmen wir dieses Geld, wenn es uns vom Bund angeboten wird. Es wäre außerordentlich dumm, wenn wir das nicht tun würden.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Da haben Sie jetzt recht!)

Wir legen aber als Land eine Menge drauf. Gestern war Herr Brandl, der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, bei mir und sagte, er hätte es auch nicht ansatzweise für möglich gehalten, was im Nachgang zu den Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich draufgelegt worden sei. Herr Brandl ist kein ganz einfacher Mensch. Sie haben ihn wiederholt zitiert, auch gegen uns. Das ist so bei Präsidenten von kommunalen Spitzenverbänden. Trotzdem hat das Land Bayern für die Kinderbetreuung mehr ausgegeben, als sich das Herr Brandl erträumt hätte. Deshalb können in Bayern die außerfamiliäre Kinderbetreuung und die Kinderkrippen massiv ausgebaut werden. Vor 15 Jahren waren wir das Schlusslicht, heute sind wir das Land in Deutschland, in dem die Kinderkrippen am meisten gefördert werden.

(Franz Maget (SPD): Oh Gott! Das stimmt doch nicht!)

Ich bin ein sachlicher Mensch. Deshalb räume ich ein, dass auch in München die Betreuungseinrichtungen ausgebaut werden. Allerdings meine ich schon, dass es in München bei der Kindergartenversorgung noch massive Lücken gibt.

(Franz Maget (SPD): 50 % der Kinderkrippen sind in München!)

Das ist für die reichste Kommune in Deutschland ein Skandal. Hier muss sich Rot-Grün massive Versäumnisse vorhalten lassen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget, Sie haben gefragt, warum es Versäumnisse beim Thema Deutsch für Kinder gebe. Lieber Herr Maget, wie war es denn vor fünf oder sechs Jahren? Wer hat denn damals immer von einer „Zwangsgermanisierung“ gesprochen?

(Franz Maget (SPD): Wer hat das gesagt? Ich nicht! Wer, wann und wo?)

Das wurde uns entgegengehalten, wenn wir verlangt haben, dass jemand, der hier leben will, Deutsch lernen muss. Sie fragen, wer das gesagt hat. Ich nicht.

(Franz Maget (SPD): Ich auch nicht!)

In weiten Teilen der SPD wurde das gesagt. Herr Kollege Maget, Sie haben in dieser Diskussion nie eine Rolle gespielt. Es hat aber viele in der SPD gegeben, die das gesagt haben.

(Franz Maget (SPD): Das ist einfach gelogen!)

Viele haben von Multikulti gesprochen. Bei den GRÜNEN ist das heute noch der Fall.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Der Ministerpräsident hat das Wort.

(Franz Maget (SPD): Aber er müsste was sagen: Wer, wann, wo?)

Der Ministerpräsident hat das Wort. Hören Sie ihm bitte einen Moment zu.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Ich sage: Auch die SPD hat der Philosophie von Rot-Grün, Multikulti, viel zu lange nachgehangen. Sie hat sich damit schuldig gemacht, dass die Integration von Ausländern in Deutschland nicht genügend vorangebracht worden ist.

(Beifall bei der CSU)

Ein letztes Beispiel: Herr Kollege Maget, Integrationskurse werden mit dreistelligen Millionenbeträgen gefördert.

(Franz Maget (SPD): Das ist glatt gelogen! Sie stellen Behauptungen auf und erbringen dafür keinen Beweis!)

– Hören Sie zu, Sie bekommen den Beweis. Wenn Sie nicht so undiszipliniert dazwischenrufen würden, hätte ich Ihnen Ihre Schande schon längst gesagt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist Bierzeltniveau!)

Otto Schily und ich haben bei den Verhandlungen über das Zuwanderungsgesetz über Integrationskurse gesprochen. Dabei ging es um die Förderung. Ich wollte immer erreichen, dass ein erfolgreicher Besuch verpflichtend vorgeschrieben wird. Otto Schily hat dazu erklärt, dies sei mit der SPD nicht zu machen. Das Präsidiumsmitglied Maget oder der Münchner Oberbürgermeister haben in ihrem Zuständigkeitsbereich nicht die Möglichkeit wahrgenommen, Ausländereltern zu einer Teilnahme an Integrationskursen zu verpflichten.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was hat Bayern gemacht? – Zuruf des Abgeordneten Rainer Volkmann (SPD))

– Herr Kollege Volkmann, Sie haben immer noch nicht verstanden, dass wir wollen, dass Kinder, wenn sie in die Schule kommen, Deutsch können.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das sagen wir seit vielen Jahren!)

Wir sind das einzige Land in Deutschland, das bei der Kinderbildung Kinder mit Migrationshintergrund mit um 30 % erhöhten Zuschüssen fördert. Auf diese Weise wollen wir die Sprachförderung im Kindergarten voranbringen.

Zur Gesundheitsreform möchte ich nur zwei Bemerkungen machen: Die Staatsregierung ist nicht für die Gesundheitsprämie. Wir wollten immer eine anteilige Beteiligung erreichen, sodass derjenige, der einen hohen Lohn hat, einen höheren Anteil bezahlt als derjenige, der einen niedrigeren Lohn hat.

(Franz Maget (SPD): Keine Kopfpauschale?)

Ich spreche von der Staatsregierung.

Bei allen Themen, die Sie angesprochen haben, haben Sie, die SPD, mitgestimmt. Die Gesundheitsreform ist doch nicht von der CDU/CSU verabschiedet worden. Die Gesundheitsreform ist im Bundestag von den beiden Koalitionsparteien gemeinsam verabschiedet worden.

(Franz Maget (SPD): Und warum? Weil Sie die Kopfpauschale wollten!)

Ich halte es nicht für anständig, dass Sie den Eindruck erwecken, das sei nur unsere Entscheidung gewesen. Es stimmt, dass Sie die Bürgerversicherung wollten.

(Franz Maget (SPD): Seehofer auch!)

Ich kenne bei den Hausärzten niemanden, der die Bürgerversicherung und damit die Verstaatlichung des Gesundheitssystems wollte.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen keine Verstaatlichung.

(Franz Maget (SPD): Wir auch nicht!)

Die Bürgerversicherung ist aber eine Verstaatlichung.

(Franz Maget (SPD): So ein Schmarrn! –
Dr. Thomas Beyer (SPD): So ein Quatsch!)

Fragen Sie doch, wie weit mit der Bürgerversicherung die Abschaffung der Privatversicherung zwangsläufig verbunden ist. Das ist doch Ihr Wille.

(Franz Maget (SPD): Nein! Die Privatversicherungen müssen Bürgerversicherungen anbieten!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte darum, dass es hier zu keinem Dialog kommt. Herr Kollege Maget, Zwischenrufe sind das längst nicht mehr. Der Herr Ministerpräsident hat das Wort. Ich bitte jetzt um mehr Disziplin und darum, wieder ein bisschen zuzuhören. Wenn Sie Ihre Bemerkungen noch als Zwischenrufe bezeichnen, weiß ich nicht mehr, was Zwischenrufe sind.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Wir wollen eine flächendeckende qualifizierte Gesundheitsversorgung insbesondere über das System der Hausärzte. Ich räume ein, wir sind Gegner der Bürgerversicherung und fürchten, dass mit der Bürgerversicherung die Verstaatlichung des Gesundheitssystems verbunden ist.

Ich will ganz kurz auf die Beiträge der Kollegen Dürr und Frau Kamm eingehen. Zuvor möchte ich mich aber beim Kollegen Schmid sehr herzlich dafür bedanken, dass er in gebührender Weise unter anderem auch zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Dürr Stellung genommen hat, soweit man diese überhaupt verstanden hat. Ich sage dir, Georg Schmid, dafür ein herzliches Dankeschön.

Wir wollen noch einmal Folgendes herausstellen: Die GRÜNEN wollen, dass alle Kinder neun Jahre lang gemeinsam unterrichtet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Bravo! Sie haben es verstanden!)

Ich sage aber, nach allen Umfragen der Staatsregierung ist die überwältigende Mehrzahl der Eltern und Bürger in Bayern der Meinung, dass dies eine dramatische Verschlechterung des Schulsystems bedeuten würde.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dadurch würden die mehr theoretisch begabten Kinder in ihrer Entwicklung massiv zurückgeworfen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Keine Ahnung!)

Die bayerischen Kinder würden ihre Spitzenstellung verlieren und von Pisa genauso schlecht bewertet wie die Kinder in anderen Ländern. Die Kinder, die eine mehr praktische Begabung haben, würden wir auch nicht in

angemessener Weise fördern. Auch Kollege Maget denkt, Bildung sei nur Abitur.

(Franz Maget (SPD): Jetzt geht das schon wieder los!)

– Sie gehen immer nur von der Übertrittsquote aus. Ich habe auch Respekt, wenn ein junger Mensch mit Unterstützung seiner Eltern ganz bewusst auf die Hauptschule geht,

(Franz Maget (SPD): Ich auch!)

weil sie praxisnäher ist. Wer eine Handwerksausbildung oder eine sonstige Fachausbildung hat, verdient genauso Respekt und Anerkennung wie jemand, der auf die Realschule oder das Gymnasium geht.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Natürlich!)

Sie werden das aber nie lernen.

(Franz Maget (SPD): Verleumden Sie nicht!)

Ein letzter Punkt. Frau Kollegin Kamm, Sie haben recht. Wir müssen beim Finanzausgleich ein Verfahren entwickeln, das den Anforderungen des Verfassungsgerichtshofs entspricht. Ich habe darüber gestern mit Herrn Brandl gesprochen. Er sagte mir, dass es gut wäre, wenn wir das Verfahren gesetzlich so normierten, wie wir es bisher gehandhabt haben. Er hat ausdrücklich gesagt, dass die bisherige Verfahrensweise die Einflussmöglichkeiten der kommunalen Spitzenverbände in bundesweit einmaliger Weise gesichert habe. Allerdings sei diese Verfahrensweise durch die Finanzminister ohne gesetzliche Fixierung gehandhabt worden.

Diese Frage müssen wir in den nächsten Monaten auf der Arbeitsebene besprechen. Wir werden das Verfahren im nächsten Jahr gesetzlich verankern. Ich kenne niemanden, der dieses Thema in dieser Legislaturperiode noch auf die Tagesordnung setzen wollte, weil die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen sind. Ich sage Ihnen aber zu, dass es ein faires Verfahren geben wird, das auch die Kommunen einbezieht. Das bedeutet nicht, dass noch mehr Geld an die Kommunen gehen muss. Das kann nicht der Fall sein. Der Verfassungsgerichtshof hat in diesem Zusammenhang die materiellen Forderungen ausdrücklich und vollständig zurückgewiesen. Er hat damit die materiellen Regelungen des bayerischen Finanzausgleichs bestätigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine abschließende Bemerkung. Auch nach dieser Debatte können wir selbstbewusst sagen, dass die Verhältnisse in Bayern und in seinen Kommunen gut sind. Herr Kollege Dürr hat ein Zerrbild dargestellt. Wenn nur ein Zehntel von dem stimmen würde, was Herr Dürr dahergefaselst hat, müssten die Menschen in großer Zahl aus Bayern davonrennen.

(Beifall bei der CSU)

In Wahrheit sagen die Menschen in ganz Bayern: Gott sei Dank leben wir in diesem Land. Diejenigen, die außerhalb Bayerns leben, geben als Wunsch an, am zweitliebsten in Bayern leben zu wollen. Das zeigt, dass wir im Zusammenspiel zwischen dem Land, der Staatsregierung, dem Landtag und der kommunalen Familie auf einem guten Weg sind. Es ist nicht alles hundertprozentig gut. Wir sind aber auf einem guten Weg, und auf diesem Weg werden wir weitergehen können. Herr Maget ist Prophet. Wir werden die Ergebnisse aber erst am 2. März abends sehen.

(Franz Maget (SPD): Nürnberg!)

Dann wollen wir miteinander darüber reden. Wer dann zuletzt lacht, lacht am besten. Ich bin zuversichtlich, weil wir gute Leistungen vorzeigen können und qualifizierte Kandidaten im ganzen Land haben. Darum werden wir auch am 2. März ein ordentliches Ergebnis erzielen. Darüber werden wir in den nächsten Tagen im Landtag diskutieren. Heute kann ich als Bilanz ziehen, dass wir auf einem guten Weg sind und dass wir den gemeinsam weiter beschreiten wollen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Ministerbefragung

Die vorschlagsberechtigte Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat als Thema benannt: „**Die Krise der Landesbank und die Verantwortung der Staatsregierung**“.

Zuständig für die Beantwortung ist der Herr Staatsminister der Finanzen, Herr Staatsminister Huber.

(Unruhe)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Sitzung fortfahren können.

Als Erster hat der Kollege Mütze das Wort. Ich bitte ihn, sich an die Redezeiten zu halten.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, Herr Minister Huber! Ist es richtig, dass der Vorstand der BayernLB den Verwaltungsrat seit Herbst 2007 wöchentlich über die aktuelle Entwicklung der Subprime-Krise informiert hat? Ist Ihnen bekannt, dass der Sparkassenverband schon vor mehreren Wochen für Ende Februar Sitzungen anberaumt hat, um Sparkassenvorstände und Kommunalpolitiker zu informieren? Wenn nein, wie erklären Sie es sich, dass der Sparkassenverband Zahlen hatte, deren Existenz Sie zu diesem Zeitpunkt noch leugneten? Ist dem

Finanzminister ein Schreiben des Sparkassenverbandes vom 14. Februar bekannt, in dem der Sparkassenverband konkrete belastbare Zahlen über mögliche Verluste nennt?

Gab es Absprachen zwischen Vorstand und Verwaltungsrat der BayernLB über den Zeitpunkt von Veröffentlichungen von Zahlen, über mögliche Verluste aus Wertpapiergeschäften, und wurde eine gemeinsame Sprachregelung dazu vereinbart?

Nun zu den Zahlen insgesamt: Das Engagement der BayernLB beträgt, wie wir hören durften, jetzt vier Milliarden Euro. Ist es ausgeschlossen, dass weitere Wertberichtigungen notwendig werden und Zahlungsausfälle realisiert werden müssen, die über die von Ihnen und von der BayernLB genannte Gesamtsumme von 1,9 Milliarden Euro hinausgehen? In welcher Höhe sind Erhöhungen des Eigenkapitals über die Aufstockungen hinaus geplant, die wir im Nachtragshaushalt in Höhe von 500 Millionen Euro – davon sind 250 Millionen Euro vom Freistaat zu zahlen – beschließen werden? Wenn ja, wie hoch wird diese Eigenkapitalerhöhung sein? Bestätigen Sie die kolportierte Summe von 650 Millionen Euro, die im März beschlossen werden soll? Ist diese Eigenkapitalerhöhung abhängig von der künftigen Strategie der BayernLB?

(Beifall bei den GRÜNEN – Engelbert Kupka (CSU): Das kann man sich gar nicht alles auf einmal merken! – Zuruf von den GRÜNEN: Er hat mitgeschrieben!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, bitte schön.

Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gebe jetzt zum sechsten Mal in meiner Zeit als Finanzminister Auskunft über die Zusammenhänge von Wertanlagen der Landesbank. Zum Teil sind die Fragen, die Sie gestellt haben, von mir im Plenum in der letzten Woche bereits ausführlich beantwortet worden.

(Zurufe von den GRÜNEN – Werner Schieder (SPD): Meistens haben Sie nichts gesagt!)

Ich habe deshalb den Verdacht, dass es Ihnen nicht darum geht, Informationen zu sammeln, sondern Munition für den Kommunalwahlkampf.

(Beifall bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie haben nichts gesagt, deshalb haben wir Fragen! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Jetzt gehe ich auf die einzelnen Punkte ein.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es trifft natürlich zu, dass sich der Verwaltungsrat seit Bekanntwerden der Subprime-Krise im Juli und August des letzten Jahres regelmäßig hat informieren lassen. Das

bezieht sich, insgesamt gesehen, auf die Auswirkungen dieser Krise auf die Welt, auf Europa und auf die Bankenwelt in Deutschland. Wir haben uns auch immer berichten lassen, wie es mit der Situation der Landesbank und mit ihren Anlagen aussieht. Ich darf darauf verweisen, dass ich am 23. Januar 2008 auf eine Anfrage im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt 2008 vor der Presse gesagt habe, es wird über die von der Landesbank bis Dezember 2007 genannten 100 Millionen Euro hinaus weiterer Korrekturbedarf notwendig sein. Damit habe ich dem Grunde nach die Risiken bestätigt.

(Margarete Bause (GRÜNE): So können Sie sich nicht rausreden! – Werner Schieder (SPD): Sie haben gesagt: „Alles Spekulation!“)

Am letzten Dienstag habe ich im Haushaltsausschuss von mir aus die Informationsstrategie dargestellt. Am Donnerstag habe ich erklärt, um welche Zahlen es sich handelt, die der Vorstand der Landesbank am Mittwoch dem Verwaltungsrat dargelegt hat. Sie kennen die Zahlen, ich darf sie in Erinnerung rufen: Seinerzeit waren es 150 Millionen Euro mit der Gefahr des unmittelbaren Ausfalls, mit der entsprechenden Wertberichtigung. Bei Zahlungsausfällen sind es 450 Millionen Euro Wertberichtigung aufgrund der Marktsituation. Als Neubewertungsrücklage, die nicht gewinnbelastend ist, sind es 1,3 Milliarden Euro. Das waren die Informationen, die ich auch im Verwaltungsrat am 13. Februar 2008 bekommen habe.

Am 14. Februar 2008 habe ich diese Zahlen dem Hohen Hause mitgeteilt. Dass der Sparkassenpräsident in einem Schreiben vom 14. Februar 2008 seiner Sparkassenorganisation die gleichen Informationen weiterleitet, das ist doch das Natürlichste der Welt. Ich habe für den Freistaat Bayern dem Bayerischen Landtag die Zahlen genannt, und der Präsident des Sparkassenverbandes hat das für seine Organisation getan. Wir haben einen Tag nach der Verwaltungsratssitzung die Informationen weitergegeben.

Die Frage, ob es ausgeschlossen ist, dass weitere Wertberichtigungen erforderlich sein werden, kann man nur mit „Nein“ beantworten. Das hängt nämlich sehr stark von der Marktentwicklung ab. Diese Marktentwicklung ändert sich nahezu täglich, jedenfalls aber wöchentlich. Deshalb werden selbstverständlich ständig weitere Überprüfungen vorgenommen. Die Landesbank wird diese Zahlen bei der Vorlage der Bilanz auch veröffentlichen.

Was eine mögliche Kapitalerhöhung angeht, so stelle ich fest: Die 650 Millionen Euro, die im Verwaltungsrat im Herbst des letzten Jahres angesprochen waren, stehen in keinem Zusammenhang mit diesen Wertberichtigungen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich habe in der letzten Woche die Vorlage des Vorstands zitiert. Bitte lesen Sie das nach. Unter Nummer 5 steht, dass eine Kapitalerhöhung im Zusammenhang mit den Wertberichtigungen nicht notwendig ist. Ich habe hier festgestellt, dass der Steuerzahler in Bayern aufgrund dieser Wertberichtigungen nicht belastet ist. Wir werden

für das Jahr 2007 eine Dividende in Höhe von sieben Prozent bekommen. Das hat der Vorstand bestätigt. Wir brauchen dafür kein Kapital nachzuschießen. Die 650 Millionen Euro kommen aus Überlegungen des Vorstands für die künftige Geschäftspolitik. Wir haben seinerzeit im Verwaltungsrat gesagt: Um hier überhaupt eine Beratung und Beschlussfassung herbeiführen zu können, muss zunächst das Konzept vorgelegt werden. Wir haben dann, nach den Diskussionen im Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags, im Dezember gesagt, die künftige Strategie ist die bayerische Lösung. In dieser Frage stimmen CSU und SPD überein. Erst dann haben wir den Vorstand beauftragt, auf dieser Grundlage ein Konzept vorzulegen. Das wird am 4. März 2008 im Verwaltungsrat der Fall sein. Dann werden die weiteren Beratungen stattfinden. Das heißt, diese Zahl steht in keinem Zusammenhang mit einer Wertberichtigung.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie auch über die heutige Sitzung des Verwaltungsrates informieren. Wir haben drei wesentliche Entscheidungen getroffen. Erstens. In der heutigen Sitzung hat der bisherige Vorstandsvorsitzende Werner Schmidt sein Amt mit Wirkung zum Ende Februar 2008 niedergelegt.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das wissen wir doch schon! – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Warum?)

– Das hat er im Verwaltungsrat nicht näher begründet.

(Lachen bei der Opposition)

Ich gebe das nur wieder. Sie wollten doch Informationen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Reine Vermutungen! – Werner Schieder (SPD): Wir glauben Ihnen alles!)

Er hat gesagt, er macht von seinem vertraglichen Recht Gebrauch, zum Ende eines halben Jahres zu kündigen. Er wird aber schon zum 1. März 2008 die Bank verlassen.

(Werner Schieder (SPD): Ist das Ihr Bauernopfer oder was?)

Das haben die Miteigentümer, der Freistaat Bayern und der Sparkassenverband, einmütig zur Kenntnis genommen und ihm Respekt und Dank gezollt für seine siebenjährige Tätigkeit. Herr Schmidt hat den Vorsitz im Vorstand im Jahr 2001 unter schwierigen Bedingungen übernommen. Es gab eine ganz gravierende Veränderung der Rechtssituation. Die Bank war in keiner einfachen Lage. Er hat in diesen nahezu sieben Jahren, wie ich glaube, eine gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Von einer Krise zur nächsten!)

Der Verwaltungsrat hat dann gleich die weitere Situation beraten. Wir sind wieder einstimmig und einmütig – Sparkassenseite und Freistaat Bayern – übereingekommen, Herrn Dr. Michael Kemmer mit Wirkung zum 1. März 2008 zum neuen Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Landesbank zu berufen. Auch das ist, wie gesagt, einmütig erfolgt. Das sind die personellen Änderungen, die eingetreten sind.

Zweitens. Wir haben die Informations- und Kommunikationspolitik der Bank beraten, und zwar mit unterschiedlicher Bewertung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Vorher oder nachher?)

Wir haben festgestellt und festgelegt, dass die BayernLB künftig entsprechend den internationalen Gepflogenheiten quartalsweise über die aktuelle Geschäftsentwicklung der Bank berichten soll. Damit erhalten die Öffentlichkeit und auch der Landtag regelmäßig die aktuellen Informationen auf gesicherter Basis. Die BayernLB wird erstmals für das erste Quartal 2008 Ergebniszahlen veröffentlichen. Das ist im Übrigen eine Praxis, wie sie auch bei anderen Banken üblich ist. Ich halte dies für gut, obwohl es für die Landesbank nicht vorgeschrieben ist, weil sie keine Aktiengesellschaft ist.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist!)

Damit ist auch eine Bemerkung zu der Frage notwendig, ob es nötig ist, jede Woche einen Bericht über mögliche Wertberichtigungen zu machen.

Man kann natürlich jede Woche die Marktzahlen vergleichen. Aber das sind, wie ich im Haushaltsausschuss gesagt habe, keine belastbaren Zahlen. Deswegen macht das auch niemand. Ich glaube, die jetzige Regelung, quartalsweise zu berichten, ist ein geordneter, vernünftiger und guter Vorgang.

Das Dritte: Die BayernLB wird Anfang April 2008 auf der Basis des von den Wirtschaftsprüfern testierten Jahresabschlusses ihre Zahlen für das Geschäftsjahr 2007 veröffentlichen. Die Feststellung erfolgt dann im Verwaltungsrat Ende April. Die Veröffentlichung der Zahlen für das Geschäftsjahr 2007 wird aber vorgezogen, und zwar nach der Information, die wir bekommen haben, auf den frühestmöglichen Zeitpunkt. Das Ganze muss ja von den Wirtschaftsprüfern testiert werden. Zum frühestmöglichen Zeitpunkt wird der Jahresabschluss veröffentlicht werden. Damit ist, glaube ich, nicht nur ein geordnetes Vorgehen, sondern auch eine frühestmögliche Information der Öffentlichkeit und auch des Freistaates Bayern, vertreten durch die Staatsregierung und den Bayerischen Landtag, sichergestellt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben eine Frage nicht beantwortet, und zwar die Frage, ob es eine Absprache zwischen Vorstand und Verwaltungsrat gab, den Zeitpunkt zu bestimmen, wann eine Veröffentlichung der möglichen Verluste aus Wertpapiergeschäften geschehen soll, und ob es dazu eine gemeinsame Sprachregelung zwischen Vorstand und Verwaltungsrat gab. Genauso wenig haben Sie die Frage beantwortet, wie Herr Naser – von ihm reden wir nämlich – dazu kommt, seine Sparkassen-Vorstände zu Gesprächen zu einem Zeitpunkt einzuladen, zu dem Sie noch gesagt haben, Sie wüssten von nichts außer den 100 Millionen Euro. Dazu kommt, dass Sie gesagt haben, Sie haben sich – das entnehme ich Ihrer Antwort – regelmäßig informieren lassen, wussten aber nicht von mehr als von den 100 Millionen. Am 14. Februar wussten Sie aber auf einmal von 1,9 Milliarden Wertberichtigungsbedarf. Dieser Sprung von 1,8 Milliarden dürfte nicht innerhalb einer einzigen Woche geschehen sein. In diesem Zusammenhang möchte ich nach der Aufsicht über die BayernLB fragen. In welchen Intervallen muss die BayernLB an die BaFin inzwischen berichten? Hat sich da etwas geändert? Ist dieses Intervall verkürzt worden? Wenn ja, möchte ich gerne wissen, wann und weshalb es verkürzt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, bitte.

Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium): Ich habe am letzten Dienstag im Haushaltsausschuss dargestellt, dass es im Prinzip zwei Informationsstrategien gibt.

(Werner Schieder (SPD): Sie sollten letzten Dienstag besser nicht ansprechen!)

Die eine ist, vorläufige pauschale Zahlen zu schätzen und sie vorzulegen. Dann ist man natürlich wie andere Banken in der Situation, dass man solche Zahlen relativ häufig korrigieren muss, weil sie Schätzungen sind.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Das sind jetzt auch nur Schätzungen!)

– Ich erkläre das schon. Die andere Strategie ist, jede Zahl im Detail festzulegen und jeden einzelnen Fall zu prüfen. Ich habe im Haushaltsausschuss gesagt, dass etwa 1200 einzelne Anlageentscheidungen zu prüfen sind. Daraus ergibt sich dann natürlich eine belastbare Zahl. Eine belastbare Zahl dieser Art ist mir am 12. Februar nicht vorgelegen. Ich habe auch am 14. Februar hier im Hohen Hause erklärt, wie es war. Nach der Sitzung des Haushaltsausschusses ist mir gesagt worden, dass man in der Vorstandssitzung der Landesbank zu der Meinung gekommen ist, man solle jetzt doch hinreichend belastbare Zahlen nennen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Was heißt „jetzt doch“?)

Dann haben Herr Naser und ich sofort eine Sitzung des Verwaltungsrats anberaumt, die am Mittwoch um 13.00 Uhr stattgefunden hat.

Ich muss den Faden in der Tat noch darstellen: Das eine Verfahren ist, geschätzte Zahlen zu nennen, das zweite ist, zu warten, bis belastbare Zahlen da sind.

(Werner Schieder (SPD): Das glauben Sie doch selber nicht! – Zuruf von den GRÜNEN: Oder vielleicht jetzt doch die Wahrheit zu sagen!)

Der Vorstand der Landesbank hat am Dienstag diese Strategie eigentlich für mich wie auch für Herrn Naser, das können Sie in seinen Interviews lesen, überraschenderweise verändert und gesagt: Aufgrund der Lage an den Finanzmärkten will man jetzt doch mit einer Zahl an die Öffentlichkeit gehen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): War das belastbar oder geschätzt?)

Zu diesem Zeitpunkt waren etwa zwei Drittel der Anlagen individuell bewertet. Der Rest ist dazu geschätzt worden. Diese Zahlen sind dem Verwaltungsrat am 13. Februar vorgelegt worden, und ich habe sie dem Hohen Hause aufgrund eigener Anregung am 14. Februar um 9.00 Uhr vorgelegt.

(Franz Maget (SPD): Kannten Sie da die geschätzten Zahlen?)

Ich habe einen Teil dieser geschätzten Zahlen am Dienstag nach der Sitzung des Haushaltsausschusses bekommen.

(Franz Maget (SPD): Vorher nicht?)

Aber die Zahl am Mittwoch war in einem wesentlichen Punkt eine andere Zahl.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): War die belastbar?)

In der Zwischenzeit habe ich hier im Bayerischen Landtag die vom Vorstand dem Verwaltungsrat vorgelegte aktuellste Zahl vorgelegt: Die erste Information, die ich am Dienstag am späten Nachmittag bekommen habe, und die Zahlen von Mittwoch waren nicht deckungsgleich, sondern eine wesentliche Zahl war anders. Das heißt: Der Vorstand der Landesbank hat im Verwaltungsrat die Position vertreten, man sollte nicht frühzeitig mit geschätzten Zahlen an die Öffentlichkeit treten, sondern man solle erst belastbare Zahlen erarbeiten und dann an die Öffentlichkeit gehen. Diese Strategie des Vorstandes hat der Verwaltungsrat akzeptiert. Eine Sprachregelung kann es da natürlich nicht geben.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist doch gemauschelt!)

Denn der Vorstand kann uns keine Vorgaben machen. Ich möchte aber noch einmal daran erinnern, dass ich am 23. Januar von mir aus gesagt habe: Es wird einen höheren Korrekturbedarf geben. Ich wiederhole die Aussage vom Donnerstag: Ich war der Erste aus dem Verantwortungsbereich der Landesbank, der einen höheren Wertberichtigungsbedarf auch öffentlich genannt hat. Deshalb braucht man mir keine Vorwürfe zu machen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch! – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die Vorwürfe sind belastbar!)

Die 100 Millionen sind im Dezember von der Landesbank genannt worden. Sie wissen, dass diese 100 Millionen auch in der Sitzung vom 13. Februar auf 150 Millionen erhöht worden sind und dass zusätzlich 450 Millionen genannt worden sind als ertragswirksamer Wertberichtigungsbedarf. Ich wiederhole hier aber gerne, wenn Sie wollen: Das ist der Stand vom 13. Februar. Die Entwicklung der Märkte kann im Grunde jederzeit etwas anderes ergeben. Das ist aber dann nicht die Informationslücke der Staatsregierung, sondern das ist die Entwicklung der internationalen Märkte, vor allem auch des Markts in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Dann möchte ich deutlich machen: Ich habe sowohl im Haushaltsausschuss wie hier im Plenum des Bayerischen Landtags die belastbaren Zahlen genannt, die mir verfügbar waren.

Zur Aufsicht: Sie wissen, dass am Montag Vertreter der Landesbank mit Vertretern der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – BaFin – gesprochen haben. Ob es hier eine Weisung gibt, in kürzeren Abständen zu berichten, ist mir nicht bekannt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ist das dem Verwaltungsrat nicht bekannt?)

Dem Verwaltungsrat ist, jedenfalls nach meiner Erinnerung, von verkürzten Berichtspflichten bei der BaFin nichts mitgeteilt worden. Ich muss sagen: Die Bayerische Landesbank ist auch in einer völlig anderen Situation als die Banken, von denen jetzt häufig die Rede ist. Ich stelle noch einmal fest: Die Landesbank wird für das Jahr 2007 einen Gewinn erwirtschaften. Sie wird eine Dividende bezahlen, und sie hat aus diesen Geschäften heraus zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls ganz klar keinen Kapitalbedarf. Das ist ganz etwas anderes als das, was Bundesminister Steinbrück letzten Freitag im Deutschen Bundestag darstellen musste, nämlich mehr als eine Milliarde für die Sanierung, überhaupt für die Absicherung der IKB zahlen zu müssen.

(Beifall bei der CSU)

Die Behauptung, die vorher aufgestellt wurde, der bayerische Steuerzahler werde durch die Anlagepolitik der Landesbank in irgendeiner Form belastet, ist falsch und irreführend.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Hohlmeier.

Monika Hohlmeier (CSU): Zwischenbemerkung für Herrn Dürr: Manchmal ist es schwer, ihn zu ertragen.

Herr Staatsminister, wie ist die aktuelle Einschätzung der Rating-Agenturen der Bayerischen Landesbank vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise und ihrer Stellung im nationalen und internationalen Markt – –

(Zuruf von den GRÜNEN: Das hat er schon erzählt!)

– Das hat er nicht komplett erzählen können, weil Sie andauernd dazwischenschreiben. Es wäre schön, das in Ruhe vom Staatsminister hören zu dürfen. Sie müssen nicht andauernd dazwischenquaken.

Wie schädlich wirken sich in diesem Zusammenhang die stark parteipolitisch motivierten und öffentlich zur Schau gestellten Angriffe der SPD und der GRÜNEN auf die Reputation der Landesbank und insbesondere

(Zurufe von den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesbank aus? Denn die öffentlichen Angriffe sind für eine Landesbank normalerweise nicht zuträglich. Ich möchte von Ihnen gerne hören, was das für die Arbeitsplätze bedeutet.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Herr Minister.

Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium): Frau Kollegin, ich darf Ihnen die neuesten Bewertungen der Rating-Agenturen kurz darstellen. Die Rating-Agentur Standard & Poor's hat wie bisher auch die Landesbank eingestuft mit A flat Outlook Stable.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Ist das die gleiche Agentur, die die Kredite bewertet hat?)

– Standard & Poor's ist eine international anerkannte Rating-Agentur, an deren Reputation nicht der geringste Zweifel bestehen kann.

(Franz Maget (SPD): Ist das die gleiche Rating-Agentur? – Wissen Sie nicht, wer die Kredite bewertet hat?)

Standard & Poor's hat die BayernLB zum 30. Januar 2008 bewertet. Das ist also allerneuesten Datums. Moody's bestätigte das Rating der Bank zuletzt am vergangenen Freitag mit Aa 2, Frau Kollegin, und die Rating-Agentur Fitch betrachtet die Bank als gut aufgestellt. Das heißt, drei unabhängige Rating-Agenturen geben der Bayerischen Landesbank ein gutes Zeugnis.

Jetzt zur Frage, wie sich das auf die Reputation der Landesbank auswirkt, was SPD und GRÜNE im Bayerischen Landtag an Fragen, Kritik und Vorwürfen bringen. Förderlich ist das Ganze nicht, meine Damen und Herren.

(Franz Maget (SPD): Das, was Sie gemacht haben, wohl schon? – Sind etwa wir schuld? – Dr. Heinz Kaiser (SPD): Sind wir schuld? – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Keiner von uns wird die Verluste, die dadurch entstehen, und die Wertberichtigungen beschönigen. Ich habe am Donnerstag ausdrücklich gesagt, dass das schmerzliche Verluste sind und wir sie nicht beschönigen. Sie aber stellen die Zukunft der Bank in Frage. Sie reden permanent von einer Krise der Landesbank.

(Werner Schieder (SPD): Wir stellen Sie in Frage!)

Ich stelle fest: Es gibt keine Krise der Bayerischen Landesbank.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Das Krisengerede ist für die Refinanzierung der Bank nicht förderlich. Es verunsichert auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Werner Schieder (SPD): Sie werden in Frage gestellt und nicht die Bank!)

Deshalb möchte ich SPD und GRÜNE auffordern, bei allem berechtigtem Kontrollrecht die Rückwirkung auf das Ansehen und die Stellung der Bank zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Frau Kollegin Hohlmeier.

Monika Hohlmeier (CSU): Herr Staatsminister, da es sinnvoll ist, die sachlich-inhaltlichen Fragen, die für die Öffentlichkeit interessant sind, im Parlament zu stellen, frage ich Sie: Auf welcher Grundlage wurden von der Bayerischen Landesbank die Anlage- und Kreditentscheidungen im Zusammenhang mit ihrem ABS-Engagement getroffen?

Hört man SPD und GRÜNE, gewinnt man den Eindruck, dass entsetzliche Verluste gemacht würden. Deshalb frage ich: Gab es im Geschäftsbereich „Verbriefungen“ überhaupt keine Gewinne, sondern ausschließlich Verluste?

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Herr Minister.

Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das einschlägige Engagement der Landesbank geht auf Mitte 1993 zurück, ist also seit langer Zeit Bestandteil des Geschäftsgebarens der Landesbank und ist rechtlich vom Landesbankgesetz gedeckt.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Auch das Geschäft in Amerika?)

Darüber wurde immer wieder öffentlich berichtet. Ich habe bereits dargestellt, dass in den Geschäftsberichten der Landesbank darauf ausdrücklich hingewiesen wurde.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Auch auf die Verbrieftungen in Amerika?)

Die Bankenaufsicht BaFin wie auch die Deutsche Bundesbank, die Agenturen und die Wirtschaftsprüfer haben den Verwaltungsrat der Landesbank zu keinem Zeitpunkt eine Warnmeldung gegeben. Der Verwaltungsrat hat von den professionellen, gesetzlich dafür eingesetzten Institutionen der Bankenaufsicht keinen entsprechenden Hinweis bekommen, über den er sich hinweggesetzt hätte.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das ist sehr wichtig. Das ist, Frau Kollegin, ein langjähriges Engagement. Man hat sich auf die entsprechenden Ratings der Investitionen gestützt. Die Landesbank hat zusätzliche eigene Risikoabschätzungen gemacht, und sie hat in der Tat in der gesamten Zeit – das war Ihre Frage – einen sehr guten Gesamtertrag erwirtschaftet, nämlich eine Milliarde Euro. Die Landesbank hat aus diesen Anlagen bisher über eine Milliarde Euro bekommen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Deshalb ist der Vorstand gegangen – weil er so toll war!)

Ein Teil der Gewinnabführung an den Freistaat Bayern geht sicherlich auch auf diese Erträge zurück. Ich darf auch darauf hinweisen, dass das ABS-Portfolio Ende Dezember 2007 der Landesbank zu 77,9 % in den Ratingklassen AAA und AA ist und weitere 20,6 % in der Ratingklasse A. Das heißt also, dass 98 % der Investitionen sehr gut geratet wurden.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): A ist doch nicht sehr gut!)

– A ist jedenfalls eine positive Anlageempfehlung. Ich stelle nur fest, dass das eine Entscheidungsgrundlage für den Vorstand der Bank ist. Wenn 98 % mindestens in A geratet sind, kann man nicht behaupten, man habe sich Hals über Kopf in spekulative Anlagen gestürzt.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Schieder.

Werner Schieder (SPD): Herr Staatsminister, wir unterscheiden uns hier grundsätzlich in der Einschätzung der strategischen Ausrichtung der Politik der Landesbank. Sie verstehen nicht, dass für eine öffentlich-rechtliche Bank der Grundsatz gilt: Nicht alles, was erlaubt ist, ist auch geboten.

(Beifall bei der SPD)

Ich will das an einer Fragestellung zu den sogenannten Zweckgesellschaften konkretisieren. Die sogenannten Zweckgesellschaften, von denen meines Wissens nach die Landesbank drei hat, dürfen – abgesehen von einer juristischen Bewertung – finanzmarktpolitisch als unseriös gelten, weil sie Bankgeschäfte machen ohne eine entsprechende Eigenkapitalunterlegung und die Gläubiger gegebenenfalls die Betroffenen sein können. Das ist nicht im Geiste einer öffentlich-rechtlichen Bank.

(Beifall bei der SPD)

Meine Frage lautet: Warum haben Sie der Landesbank nicht schon lange den Betrieb von Zweckgesellschaften untersagt, und welche Risiken liegen noch heute oder in absehbarer Zeit in diesen Zweckgesellschaften?

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Herr Minister, bitte.

Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium): Wenn Sie sagen, Sie hätten eine grundsätzlich andere Auffassung von der strategischen Ausrichtung und vom Geschäftsmodell der Landesbank, verweise ich auf die gesetzliche Grundlage, die der Bayerische Landtag geschaffen hat. Das ist eine Universalbank ohne Begrenzung.

(Franz Maget (SPD): Im öffentlichen Auftrag!)

– Das ist richtig.

(Werner Schieder (SPD): Sie wollen das nicht verstehen!)

– Ich habe im Moment nur den Gesetzestext wiedergegeben.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Amerika ist also öffentlicher Auftrag? – Werner Schieder (SPD): Sie wollen also so weitermachen wie bisher!)

– Sie haben mich noch gar nicht antworten lassen. Ich habe bisher nur den Gesetzestext dargestellt.

Es geht doch darum, dass der Vorwurf erhoben wurde, dies sei illegal.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Unseriös, nicht illegal! Das ist ein Unterschied!)

Ich sage: Das bewegt sich im Rahmen des Landesbankgesetzes, und das Engagement ist jährlich von den Wirtschaftsprüfern genau geprüft und testiert worden. Die Investments sind einschließlich des Jahresabschlusses 2006 von den Wirtschaftsprüfern ohne Beanstandungen testiert worden. Das ist für Sie wichtig. Ich muss auch sagen: Sie dürfen sich nicht nur auf den Verwaltungsrat beziehen, sondern auch auf die, die dazu berufen sind, die Bilanzen zu prüfen.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Und wer bestellt die Prüfer? Wer hat die Prüfer bestellt? Sie! – Glocke des Präsidenten)

– In den letzten Jahren haben das zwei unterschiedliche Wirtschaftsprüfungsgesellschaften gemacht. Natürlich werden sie von der Generalversammlung auf Vorschlag des Verwaltungsrats bestellt. Aber Sie werden doch nicht unterstellen, dass sie etwas aus Gefälligkeit testieren. So etwas würde ich Wirtschaftsprüfungsgesellschaften an Ihrer Stelle nicht unterstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das heißt also: Diese Engagements sind den Wirtschaftsprüfern, der Bankenaufsicht und der Bundesbank bekannt gewesen. Ich wiederhole noch einmal, dass nicht nur in Deutschland, sondern weltweit in diese Papiere investiert worden ist. Das waren für die Landesbank Anlagen von Liquidität, die ertragreich waren. Dass man heute, nach der Subprime-Krise in den Vereinigten Staaten, einen anderen Kenntnisstand hat, ist klar. Aber ich muss deutlich sagen: Ich höre bei Ihnen einen Vorwurf der Unredlichkeit heraus. Sie unterstellen uns, wir hätten den Wissensstand vom Februar 2008 schon in den vergangenen Jahren haben können. Wenn Sie das von uns erwarten, dann frage ich Sie: Warum haben Sie ihn nicht selber gehabt? Sie geben sich jetzt als die Siebengescheiten, aber auch Sie hatten diese Informationen nicht.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Wir haben Sie ja gefragt! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser (SPD))

– Sie haben es nicht gewusst? Nein, nein. Darauf können Sie sich nicht zurückziehen; denn in den Geschäftsberichten war dieses Engagement deutlich dargestellt.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Nein! Dann sagen Sie, wo!)

Ich komme auf Ihre Frage zurück, Herr Schieder. Diese Geschäfte sind also zulässig, und sie waren über lange Zeit für die Landesbank auch ertragreich. Ohne diese Liquiditätsanlage und ohne die Erträge daraus hätte sie möglicherweise die Ausschüttungen nicht tätigen und den öffentlichen Auftrag nicht erfüllen können.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Schieder, Sie haben noch eine Frage.

Werner Schieder (SPD): Herr Staatsminister, ich habe verstanden, dass Sie schlicht und einfach nicht verstehen wollen, worin die Grundlagen, die Ursachen dieser Fehlentwicklung bei der Landesbank bestehen, und ich prophete Ihnen: Sie werden in einiger Zeit, sofern Sie noch im Amt sein dürfen, mit denselben Ergebnissen so weitermachen.

Ich habe aber noch eine Frage. Sie haben heute noch einmal erklärt, dass Sie im Haushaltsausschuss am letzten Dienstag um 15.00 Uhr nur berichtet hätten, was Sie wussten. Sie wussten praktisch nichts. Sie haben nichts berichtet. Eine Stunde später, hört man jetzt, hätten Sie es dann gewusst. Jetzt weiß doch wohl jeder: Wenn es der Vorstand der Landesbank um 16.00 Uhr wusste, dann hat er es sicherlich am Dienstagvormittag auch schon gewusst. Es wird ihm nicht beim Kaffeetrinken um 15.00 Uhr eingefallen sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Infolgedessen muss ich Sie jetzt wirklich fragen: Haben Sie denn nicht in Ihrer Verantwortung als Finanzminister gegenüber dem Parlament, als Sie um 15.00 Uhr in das Parlament kamen, und in der Vorbereitung darauf noch einmal ausführliche Rücksprache mit dem Vorstand der Landesbank gehalten? Offenbar nicht, denn sonst hätten Sie so nicht berichten können. Wenn Sie das nicht getan haben, dann haben Sie in diesem Punkt gegenüber dem Parlament schwerwiegend versagt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister.

Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium): Das ist die Methode Schieder: Er stellt eine Frage und beantwortet sie selbst mit einem Angriff auf denjenigen, der die Antwort geben soll.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Ich nehme all jene ernst, denen es wirklich um die Bank geht und denen es um die Information geht. Aber ich sage Ihnen, Herr Schieder, auf den Kopf zu: Ihnen geht es nur um eine kleinkarierte parteipolitische Auseinandersetzung.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Werner Schieder (SPD): Das müssen ausgerechnet Sie sagen!)

Sie, Herr Schieder, nehmen dabei hemmungslos in Kauf, dass der Ruf der Bank geschädigt wird, nur deshalb, weil in zwölf Tagen Kommunalwahlen stattfinden.

(Beifall bei der CSU – Werner Schieder (SPD): Den haben Sie doch schon längst beschädigt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Jetzt muss ich wirklich einmal sagen: Die politische Inhaltsleere der SPD und der GRÜNEN wird nicht dadurch aufgefüllt, dass Sie, meine Damen und Herren, eine hemmungslose Polemik gegen die Landesbank veranstalten.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Seien Sie vorsichtig!)

Jetzt komme ich zurück auf die

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Zweckgesellschaften!)

Strategie. Erstens. Der Vorstand der Landesbank hat bereits im März letzten Jahres, nachdem erste Anzeichen in den Ratings erkennbar waren, den Ankauf solcher Papiere gestoppt. Natürlich werden sie nicht weiter angekauft. Das heißt: Man hat die Geschäftspolitik natürlich zum frühestmöglichen Zeitpunkt geändert, und man macht nicht einfach weiter so, wie Sie es unterstellen.

Zweitens. Am letzten Dienstag war der „Leipziger Volkszeitung“ eine Spekulation zu entnehmen, der zufolge ein angeblicher Wertberichtigungsbedarf bis zu 2,5 Milliarden besteht. Das habe ich zum Anlass genommen, dem Kollegen Ach anzubieten: Ich komme in den Haushaltsausschuss. Selbstverständlich haben die Mitarbeiter des Finanzministeriums am Vormittag dieses Tages mit den Vertretern der Landesbank gesprochen.

Wenn Sie das nehmen,

(Werner Schieder (SPD): Jetzt bin ich gespannt, was Sie sagen!)

so hat die Landesbank an diesem Tag über ihre Sprecher geäußert: Das ist eine Spekulation, zu der wir nicht Stellung nehmen.

(Franz Maget (SPD): Ihnen gegenüber auch?)

– Nein, in der Öffentlichkeit. – Jetzt sage ich Ihnen auch den Ablauf.

(Werner Schieder (SPD): Die haben Sie offenbar an der Nase herumgeführt!)

– Herr Schieder, dass Sie nicht zuhören können, wissen wir. Sie wollen auch gar nicht zuhören.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Wie ich es im Nachhinein erfragt habe – das wollen Sie ja von mir wissen –,

(Zurufe von der SPD: Nein, vorher!)

ist es so gewesen, dass an diesem Tag Vorstandssitzung der Landesbank war und dass man im Laufe des Vormittags beraten hat, wie man auf diese neuen Spekulationen

reagiert. Dabei gab es die Befürchtung, dass sich damit in der Refinanzierung der Landesbank Entscheidendes ändert. Dann hat man während der Sitzung des Vorstands gefragt: Sind wir mit der Detailprüfung schon so weit, dass wir belastbare Zahlen vorlegen können?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

– Entschuldigung. Wollen Sie jetzt etwas hören oder nicht?

(Zuruf von der SPD: Die Wahrheit, Herr Minister! – Dr. Heinz Kaiser (SPD): Sie ist traurig, diese Wahrheit!)

Ich gebe jetzt nur wieder, wie diese Vorstandssitzung der Landesbank gelaufen ist. Dann hat man gesagt:

(Simone Tolle (GRÜNE): Wer ist „man“?)

Man gibt sofort den Auftrag, wenn es möglich ist, im Laufe der Sitzung belastbare Zahlen zu beschaffen. Das ist dann erfolgt.

Ich habe wie der Präsident des Sparkassenverbandes etwa um 16.00 Uhr den Hinweis bekommen, dass die Bank jetzt in der Lage ist und belastbare Zahlen bekannt geben will.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das gibt es ja nicht!)

Das heißt also – das ist ja Kern Ihrer Frage –: Zu dem Zeitpunkt, als ich am Dienstag um 15.00 Uhr freiwillig in den Haushaltsausschuss gekommen bin, konnte ich diese Zahl nicht wissen.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD) und Karin Radermacher (SPD): Haben Sie nichts gewusst? – Dr. Thomas Beyer (SPD): Dilettantismus!)

Es ist vorher gefragt worden, und eine solche belastbare Zahl ist uns vorher nicht genannt worden.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Die führen Sie an der Nase herum! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Jetzt muss ich einmal fragen: Warum erheben Sie denn Vorwürfe gegen mich? Ich habe die Informationspolitik nicht geändert, sondern der Vorstand der Landesbank hat am Dienstag, dem 12. Februar, seine Informationspolitik geändert, und ich habe dann, nach der Sitzung, dem Bayerischen Landtag unverzüglich davon Mitteilung gemacht. Für mich ist nicht erkennbar, dass auch nur der geringste Spielraum zu Vorwürfen an mich und meine Amtsführung wäre.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Letzte Frage: Herr Kollege Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Minister, ich habe Sie also richtig verstanden: Für das Bankgeschäft sind Sie nicht zuständig. Meine Frage lautet: Wozu sind Sie dann stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender, wenn Sie für das Bankgeschäft und die Kontrolle des Bankgeschäfts nicht zuständig sind?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine zweite Frage lautet: Ihr Vorgänger hat dem Herrn Kollegen Dupper und mir berichtet, dass Mitglieder der BaFin und der Bundesbank schon im letzten Jahr zur besseren Kontrolle bei Sitzungen des Verwaltungsrats anwesend gewesen seien. Können Sie das bestätigen?

Des Weiteren: Gibt oder gab es informelle Gespräche über eine mögliche Zusammenarbeit der BayernLB mit der LBBW? Wenn ja: Wann und auf welcher Ebene wurden diese Gespräche geführt?

Sind Sie bereit, auf das Angebot des Sparkassenverbandes einzugehen, der die Staatsanteile der BayernLB aufkaufen möchte?

Meine letzte Frage: Herr Minister, Ihre Antworten machen die Fragen eigentlich überflüssig. Sind Sie der Meinung, dass Sie mit der Entlassung des Herrn Schmidt die Krise bei der Landesbank sozusagen erledigt haben und die Probleme mit den Belastungen aus Immobilienkrediten gelöst sind?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Herr Minister.

Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Aufgabenverteilung der Gremien der Landesbank müsste Ihnen eigentlich gut bekannt sein.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ihnen anscheinend nicht! Kontrolle!)

Aber ich sage es Ihnen gerne noch einmal. Der Vorstand der Landesbank führt die Geschäfte und verantwortet auch die Geschäfte. Der Verwaltungsrat ist zuständig für die Überwachung.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Eben!)

– Ja natürlich. Auch für strategische Entscheidungen. Natürlich. Aber ich habe doch schon einmal lange dargestellt, dass wir dazu natürlich auf die Information der professionellen Begleiter und Kontrolleure der Landesbank angewiesen sind:

(Zuruf von der SPD: Wie überprüfen Sie das?)

Wirtschaftsprüfer, BaFin, Bundesbank. Ich wiederhole noch einmal die Aussage vom Donnerstag. – Ich muss immer wiederholen, weil Sie offenbar eine Informationsverweigerung in Ihren Ohren haben. Denn die Aufnahme von Information würde den strategischen Ansatz im Kampf gegen Huber stören. Deshalb betreiben Sie Informationsverweigerung.

(Beifall bei der CSU)

Ich bitte den Rest des Hohen Hauses um Verständnis, wenn ich immer wieder Wiederholungen bringen muss. Nicht einmal neue Fragen fallen Ihnen ein. Darum werden immer wieder die gleichen Fragen gestellt.

(Zuruf von der CSU: Ein hoffungsloser Fall! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Der Verwaltungsrat, der einmal im Monat tagt, wäre doch nie und nimmer in der Lage, alleine Millionen und Abermillionen von Geschäftsvorgängen zu kontrollieren.

(Werner Schieder (SPD): Reden Sie vorm Kindergarten?)

Dazu hat man eine riesige Kontrollabteilung. Dazu hat man entsprechende Risikoabschätzungen in der Landesbank selber. Dazu hat man – ich wiederhole es – die Wirtschaftsprüfer, die Rating-Agenturen, die BaFin und die Bundesbank.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Was tun Sie?)

Von keiner dieser Institutionen – von keiner – ist über die vielen Jahre hinweg auch nur der geringste Hinweis auf die besonderen Risiken dieses Geschäftes gekommen. Und sie sind auch erst eingetreten im Juli, August letzten Jahres in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ich wiederhole, was ich vorhin gesagt habe: Die Erträge aus diesen Geschäften haben sich auf eine Milliarde Euro summiert. Das heißt, es war über lange Zeit ein sicheres und ertragreiches Geschäft. Nicht nur für die Bayerische Landesbank allein, sondern für viele.

(Werner Schieder (SPD): Wie bei jeder Blase, die dann platzt!)

Dass das im letzten Jahr so zusammengebrochen ist – Sie werden doch wohl die Immobilienkrise in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht dem Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank anlasten. Ich habe allmählich den Eindruck, das wäre Ihnen auch noch am liebsten.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Mitglieder der BaFin und der Bundesbank sind nach meiner Einschätzung des Öfteren, wenn nicht sogar regelmäßig zu Gast bei Sitzungen, ohne dass ein besonderer

Anlass gegeben wäre. Sie können auch von uns befragt werden. Das ist ja auch zum Vorteil dieser Tätigkeit.

Nun zu den Gesprächen mit der LBBW. Sie wissen, dass die Landesbank Baden-Württemberg im Herbst letzten Jahres Signale ausgesandt hat, sie würde eine Fusion begrüßen. Sie wissen auch, dass sich der Vorstand der Landesbank damit beschäftigt hat und dort die Mehrheit der Vorstandsmitglieder die Meinung vertreten hat, entweder diese Fusion oder als Zweites die bayerische Lösung. Dazu, muss ich sagen, habe ich im November letzten Jahres ausführlichst den Haushaltsausschuss informiert. Herr Kollege Ach, Sie können es bestätigen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Bei Ihnen ändert sich von einem Tag auf den anderen alles!)

Und Herr Mütze, Sie waren doch dabei. Da muss ich fragen: Wozu rede ich denn eigentlich stundenlang im Haushaltsausschuss, wenn Sie mir zwei Monate später im Februar wieder die gleichen Fragen stellen? Das ist für mich der Beweis dafür, dass es Ihnen nicht um Information, sondern um Polemik geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

SPD und CSU oder besser gesagt CSU und SPD sind in dieser Sitzung übereinstimmend zu der Meinung gekommen, dass wir die bayerische Lösung befürworten.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie ist es heute?)

Wir haben dann aufgrund dieser Entscheidung in einer Sitzung des Verwaltungsrats vom Dezember einvernehmlich den Vorstand beauftragt, ein Geschäftsmodell zu erarbeiten und dem Verwaltungsrat vorzulegen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und das steht noch?)

– Das wird– wenn Sie richtig zugehört hätten – am 4. März dieses Jahres kommen. Das heißt, ich habe in Sachen Fusion mit der LBBW, mit Vertretern der Landesbank von Baden-Württemberg, zu keinem Zeitpunkt Gespräche geführt. Und sie hatten sich übrigens, weil andere in Gesprächen waren, mit der Entscheidung vom Dezember erledigt.

Nun zu den zwei letzten Fragen. Herr Schmidt hat aufgrund der bekannten Situation seine Position niedergelegt. Natürlich sind damit die bekannten Probleme im Zusammenhang mit diesen Anlagen – mögliche Zahlungsausfälle und Wertberichtigungen – nicht erledigt. Ich wiederhole, dass es auch von der Marktentwicklung abhängt, dass es rauf- oder runtergehen kann. Wertberichtigungen sind keine endgültigen Ausfälle, sondern eine Reaktion auf die Marktsituation. Wenn sich die Marktsituation weiter verbessert, wird es andere Zahlen geben.

Ich fasse noch einmal zusammen, meine Damen und Herren.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Wie hoch ist die Abfindung für Herrn Schmidt? – Gegenruf Manfred Ach (CSU): Das geht Sie in der Öffentlichkeit nichts an!)

– Es gibt keine Abfindung. Ich habe gesagt, dass er eine halbjährliche Kündigungszeit hat. Er wird sein Gehalt bis Ende August bekommen. Das ist Vertrag. Es gibt daneben keine Abfindung. Nur, damit Sie nicht weiter Gerüchte oder Spekulationen anheizen.

Ich darf noch einmal zusammenfassen, meine Damen und Herren, auch aus der heutigen Sitzung des Verwaltungsrats: Der Landesbank sind Zahlungsausfälle und Verluste entstanden. Wertberichtigungen sind notwendig. Aber die Liquidität und die Kapitalausstattung der Landesbank sind gegeben. Sie ist voll aktionsfähig. Sie ist auch nicht auf Zuwendungen aus Steuergeldern angewiesen, wie das bei anderen Banken in Deutschland der Fall ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser (SPD))

Es ist deshalb falsch und rufschädigend, von einer Krise der Landesbank zu reden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Zwei Milliarden!)

Wir werden auch diese schwierige Situation bewältigen. Ich möchte SPD und GRÜNE herzlich bitten, auch bei ihren Aktivitäten, die parteipolitisch motiviert sein wollen, doch immer auch die Zukunft, die Reputation und das Standing der Landesbank selber zu berücksichtigen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, vielen Dank. Die Ministerbefragung ist damit beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde beantragt zum Thema „**Bayern, aber gerechter: Mindestlohn in Bayern bekämpft Armut und entlastet die Kommunen.**“

Ich mache darauf aufmerksam: Die ersten Redner haben jeweils zehn Minuten, alle anderen Redner fünf Minuten Redezeit.

Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Steiger. Bitte schön. – Darf ich bitten, vor der Regierungsbank die Gespräche einzustellen. Vielen Dank.

Christa Steiger (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe recht in der Annahme, dass der Themenbereich Mindestlohn für Sie nicht ganz so ein Reizthema ist wie das vorhergehende Thema, aber ähn-

lich. Ich sage Ihnen, das ist selbstverschuldet. Sie sollten die Argumente für einen Mindestlohn ernst nehmen, und Sie sollten vor allen Dingen diejenigen ernst nehmen, die mit guten Gründen für den Mindestlohn sprechen. Und das werden immer mehr,

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

vor allem auch in Ihrer Partei, in der Union. Es ist nicht nur der Chef der Jungen Union. Es ist nicht nur der Kollege Kobler – ich sehe ihn gerade nicht –, und es ist nicht nur Herr Blüm von der CDU, der in seinem sehr bemerkenswerten Gastkommentar in der „SZ“ im April letzten Jahres mit der Überschrift „Der Mindestlohn muss her“ gesagt hat: „Die Neoliberalen ramponieren das Leistungsprinzip, indem sie Arbeitnehmer nur noch mit Almosen abspeisen wollen.“

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Oder Herr Seehofer, der zu Recht meint: „Bei Löhnen, die staatlich aufgestockt werden, wird der Sozialstaat zum Sozialhilfestaat.“

Sie hören das nicht gerne, das wissen wir. Aber hören Sie doch bitte auch einmal auf Ihre Kommunalpolitiker.

Hören Sie auf den Oberbürgermeister von Ingolstadt, der Ihrer Partei angehört und gesagt hat:

Wenn jemand den ganzen Monat arbeitet und danach noch zum Sozialamt gehen muss, dann stimmt etwas nicht.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Das können wir nur unterschreiben!

Abschließend forderte er bei einem Neujahrsempfang den Ministerpräsidenten Beckstein und alle Parteioberen auf, intensiv darüber nachzudenken, ob es noch christlich und sozial sei, Familienvätern Löhne zu zahlen, die nicht zum Überleben reichen. Die 1200 Zuhörer im Theaterfestsaal applaudierten, und Beckstein staunte. Ich ergänze noch: nicht nur die Familienväter, sondern auch die Familienmütter.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Wenn er dann noch nachlegt und sagt, als Wirtschaftswissenschaftler bezweifle er, dass ein Mindestlohn Arbeitsplätze koste, dann können wir das nur unterstreichen. Wir wissen das aus den einschlägigen Untersuchungen.

Wenn der Oberbürgermeister und Präsident des Städtetages, Herr Schaidinger, der ebenfalls Ihrer Partei angehört, sagt „Wenn es die Tarifparteien nicht schaffen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können, dann muss der Staat einen Mindestlohn gewährleisten“, dann ist das ein deutliches Zeichen, Kolleginnen und Kollegen.

Wenn dann noch dazukommt, dass die OECD vor der zunehmenden Altersarmut in Deutschland warnt – denn Deutschland hat die niedrigsten Renten für die Geringverdiener –, dann ist das auch ein deutliches Zeichen, wohin es läuft. Warum fordern denn wohl namhafte Kommunalpolitiker der CSU Mindestlöhne? Sind Ihre Kommunalpolitiker für die Planwirtschaft, nachdem Minister Glos gemeint hat, dass Mindestlöhne der erste Schritt dorthin wären? Da frage ich Sie, wo die 20 Länder in der Europäischen Union, die Mindestlöhne haben, eine Planwirtschaft haben. Das ist doch Ideologie, was hier verbreitet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das hilft keinem der Menschen, die dringend ordentliche Löhne brauchen, um davon mit ihrer Familie noch leben zu können.

Wenn wir uns anschauen, dass wir eine zunehmende Zahl von Aufstockern haben, 500 000 Vollzeitbeschäftigte in Deutschland, und die Kommunen diese Pflichtleistungen übernehmen und Armutsrenten dann die Folge von Armutslohnen sind, dann können Sie so nicht weitermachen, Kolleginnen und Kollegen. Bis jetzt werden aus dem Bundeshaushalt allein 1,5 Milliarden Euro für die Aufstocker in Deutschland aufgewendet. Wenn der Lohn nicht ausreicht, um bei 40 Stunden Arbeit eine Familie zu ernähren, dann ist das ein Skandal. Und sagen Sie nicht, was sehr oft von Ihrer Seite kommt, dass das alles Geringqualifizierte sind. Das ist schlichtweg falsch. 60 % haben eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Die Gehälter der Topmanager sind deutlich gestiegen, wie in den Zeitungen zu lesen war. Gleichzeitig arbeiten 2,5 Millionen Menschen in Deutschland für Armutslohne. Das kann nicht sein. Hier werden die Gewinne privatisiert und die Kosten sozialisiert. Damit müssen wir ein Ende machen.

Es kann nicht die Aufgabe des Staates sein, aus seinem Haushalt Lohndumping zu fördern. Es ist die Aufgabe des Staates, für eine gute öffentliche Infrastruktur zu sorgen, für eine gute Bildung aller Kinder und für eine gute Gesundheitsversorgung. Gleiches gilt auch für die Kommunen.

Kolleginnen und Kollegen, in diesem Haus haben wir die Situation der Kinder in Bayern diskutiert, und wir haben feststellen müssen, dass 160 000 Kinder in Bayern an oder unter der Armutsgrenze leben. Wenn wir uns darüber einig sind, dass wir einen Weg finden müssen, in den Kindertagesstätten und Schulen ein Mittagessen zu finanzieren, weil die Kinder hungrig in diese Einrichtung

gehen, dann hat das mit der finanziellen Lage der Familien und auch, wenn auch nicht ausschließlich, mit den Armutslöhnen zu tun. Wenn die Kommunen, die kommunalen Spitzenverbände und vor allen Dingen auch die Oberbürgermeister aus Ihrer Ecke Alarm schlagen und mit ihnen die Wohlfahrtsverbände und die Gewerkschaften, dann tun sie das zu Recht, und sie haben uns von der SPD an ihrer Seite.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Die deutlichen Worte des Städtetages zum Mindestlohn und der für notwendig gehaltenen Einführung sollten Ihnen zu denken geben. Viele von Ihnen, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, sind auch in kommunalen Parlamenten. Es kann Ihnen doch nicht gleichgültig sein, wie die soziale Situation der Menschen vor Ort ist, es kann Ihnen nicht egal sein, wie die Haushaltslage und die Ausgabenlage im sozialen Bereich auf der kommunalen Ebene ist, wo Sie tätig sind. Dank der Hartnäckigkeit der SPD-Bundestagsfraktion, des Bundesministers, der Gewerkschaften und auch mancher verantwortlich handelnder Unternehmer haben wir es Gott sei Dank geschafft, dass einige Branchen in das Entsendegesetz gekommen sind und dass jetzt ein anständiger Lohn für eine anständige Arbeit gezahlt wird. Aber es müssen mehr werden. Das Ziel ist der gesetzliche Mindestlohn. Wenn neuerdings zwei Zeitarbeitsgeberverbände bei Bundesminister Olaf Scholz die Aufnahme in das Entsendegesetz beantragt haben, ist das ein weiterer Schritt zur Lohngerechtigkeit. Die wissen genau, warum: weil sie diesen Druck des Dumpings nicht aushalten und weil sie die Verantwortung tragen, ihren Arbeitnehmern einen ordentlichen Lohn zu zahlen.

Der Skandal bei dieser ganzen Geschichte ist, dass es christliche Gewerkschaften gibt, die mit anderen Arbeitgebern aus der Zeitarbeitsbranche Tarifverträge abschließen und abgeschlossen haben, die auf allerunterster Lohnebene sind. Das ist ein Skandal, und das können wir nicht mitmachen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wenn der Herr Finanzminister und Chef der CSU sagt: „Die Expansion des Niedriglohnsektors ist zwingend notwendig“ und fortfährt, „dass Mindestlöhne eine schwere Sünde gegen die Marktwirtschaft sind“, dann ist das auch skandalös. Ich sage Ihnen: Dumpinglöhne sind eine schwere Sünde gegen die Menschen und den Sozialstaat. Wir werden nicht nachlassen, für gerechte Löhne zu kämpfen, wir werden nicht nachlassen, für Mindestlöhne zu werben, und wir werden nicht nachlassen, uns dafür einzusetzen, dass wir zu einem gesetzlichen Mindestlohn kommen.

Hören Sie bitte auf Ihre erfahrenen Kommunalpolitiker, sprechen Sie mit ihnen, und wenn Sie nicht auf Ihre Kommunalpolitiker hören, dann hören Sie wenigstens auf die Pöple, die sich zum Thema „gerechter Lohn für eine

gerechte Arbeit“ einschlägig geäußert haben. Das war Papst Leo und das ist Papst Benedikt.

Sie – nicht wir – haben nach der Hessenwahl angekündigt, Sie wollten im Wahlkampf die soziale Karte spielen. Fangen Sie doch bitte mit dem Mindestlohn an. Dazu braucht es keinen Wahlkampf und auch keine Hessenwahl. Im Grunde genommen wissen Sie, dass Sie sich in Ihrer Ablehnung verrannt haben. Tun Sie etwas. Seien Sie endlich bereit, sich für einen gesetzlichen Mindestlohn einzusetzen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Jetzt habe ich an die Herren aus dem Finanzministerium, an ihrer Spitze Finanzminister Huber, eine Bitte: Ich verstehe, dass in Ihrem Haus im Augenblick die Arbeit sehr schwierig ist und auch im Parlament stattfinden muss. Es wäre aber doch sehr nett, wenn Sie sie auf dem Wandelgang erledigen würden.

Nächster Redner: Philipp Graf von und zu Lerchenfeld.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben vorhin gefragt, ob ich weiß, was Lohn ist. Ich habe als Student genügend nebenher gearbeitet.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist aber schon lange her!)

– Das ist schon länger her, aber man erinnert sich gern an diese Zeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen flächendeckenden Mindestlohn für Deutschland zu fordern, ist ökonomischer Unsinn und politisch eine Dummheit. Mit großem Getöse hat man voriges Jahr bei der Post den Mindestlohn für Briefzusteller eingeführt. Wie ist das abgelaufen? Die Post hat gemerkt, dass das Monopol bei den Briefzustellungen ausläuft und dass sich neue Konkurrenten bereit machen, das Geschäft der Post teilweise zu übernehmen.

Dann hat sich Herr Zumwinkel zunächst hinter die Gewerkschaften und die SPD geklemmt und darauf hingewirkt, dass man einen Mindestlohn für die Briefzusteller bräuchte. Das einzige Ziel der Post war es dabei, sich vom lästigen Konkurrenzdruck zu befreien. Dieses Spiel von Herrn Zumwinkel ist aufgegangen, man hat sich von der privaten Konkurrenz tatsächlich ganz gut absetzen können. Herr Zumwinkel hat das auch noch dadurch entlarvt, dass er sich darüber beklagt hat, dass der vereinbarte Mindestlohn viel zu niedrig wäre, nämlich zwischen 8 Euro und 9,80 Euro.

Liebe Kollegen von der SPD, war es das wert, sich von Herrn Zumwinkel einwickeln zu lassen, um die unliebsame private Konkurrenz der Post auszuschalten, auf dem privaten Sektor Tausende von Arbeitsplätzen zu vernichten und geplante Arbeitsplätze in privaten Unternehmen zu

verhindern? Der einfache Arbeitnehmer profitiert sicherlich nicht davon. Aber manche Manager werden durch hohe Gewinne für ihren Erfolg entsprechende Tantiemen bekommen. Letztlich ist das Briefmonopol, das entfallen soll, durch die Hintertüre wieder eingeführt worden. Ich zitiere:

Wettbewerber der Deutschen Post AG werden massiv bedrängt und verdrängt und neue Konkurrenten abgewehrt. Die Arbeitsplätze bei der Deutschen Post AG werden geschützt, die bei ihren Konkurrenten gefährdet, und das Entstehen neuer Arbeitsplätze wird gefährdet.

Soweit das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom November 2007. Die Herren werden auch die „fünf Weisen“ genannt.

Vorhin wurde in der Debatte der Städtetag angeführt. Auch das ist ein ähnlich durchsichtiges Manöver wie das von Herrn Zumwinkel. Wenn wir Mindestlöhne einführen, werden sicherlich zunächst die Städte entlastet. Aber wer soll dann die Zeche zahlen, wenn Arbeitsplätze wegfallen und wieder mehr Arbeitslose vorhanden sind? Die fünf Weisen haben in ihrem Gutachten den Mindestlohn einen „Irrweg“ genannt. Warum? Natürlich muss gute Arbeit auch gut bezahlt werden. Es wird immer von gerechter Bezahlung gesprochen. Ist es denn gerecht, einen zu hohen Mindestlohn, aber dafür keinen Arbeitsplatz zu haben? Nein, das ist nicht gerecht, das ist höchst ungerecht.

Die fünf Weisen gehen davon aus, dass ein Mindestlohn nur dann auf die Beschäftigung in Deutschland ohne Auswirkung ist, wenn er deutlich unter dem heute diskutierten Niveau von 7 bis 9 Euro liegt: Ich erinnere daran, der Postmindestlohn liegt bei 9,80 Euro. Die fünf Weisen stellen fest, dass ein beschäftigungsneutraler Mindestlohn nur bei 4 Euro liegen dürfte. Wird der Mindestlohn aber zu hoch angesetzt, werden dadurch bei uns in Deutschland Arbeitsplätze gefährdet. Die Unternehmen können es sich nicht leisten, Mitarbeiter zu beschäftigen, die mehr als das, was sie erwirtschaften, bezahlt bekommen. Die Grenzkosten der Arbeit werden von der Produktivität bestimmt und nicht von der gesetzlichen Festlegung eines Mindestlohns. Wird die Arbeit zu teuer, werden Arbeitsplätze eben abgebaut.

Warum gibt es denn so viele Arbeitslose, die schlecht ausgebildet sind oder überhaupt keine Ausbildung haben? Schauen Sie sich doch einmal an, wie sich die Arbeitslosigkeit entwickelt. Je geringer die Ausbildung ist, desto höher ist die Arbeitslosenquote. Bei denen, die keine Ausbildung haben, liegt sie bei 20 Prozent. Bei anderen, die eine höhere Ausbildung haben, liegt die Arbeitslosigkeit nur bei 5 Prozent, 3 Prozent oder sogar darunter.

Der Sachverständigenrat hat zur Lösung ein vernünftiges Kombilohnmodell vorgestellt, das den Arbeitslosen eine realistische Chance gibt, wieder in das Arbeitsleben einzusteigen. Das kann dazu führen, dass im Niedriglohnbereich Arbeitsentgelte gezahlt werden, die für eine Exis-

tenzsicherung nicht ausreichen. Dann ist es sicherlich die Aufgabe des Staates, hier auszugleichen. Ich zitiere wieder aus dem Gutachten des Sachverständigenrates: „Es ist Aufgabe des Staates und nicht Aufgabe der Unternehmen, für existenzsichernde Einkommen zu sorgen.“ Zu hohe Mindestlöhne sind Gift für die Beschäftigung, zu niedrige Mindestlöhne bringen überhaupt nichts. Werden die Mindestlöhne zu niedrig angesetzt, verfehlen sie ihre Wirkung. Ein Mindestlohn von 4 Euro pro Stunde – ich erinnere daran, dass das der beschäftigungsneutrale Mindestlohn ist – würde bei einer 38-Stunden-Woche ein Einkommen von 608 Euro im Monat bedeuten, bei einer 42-Stunden-Woche 672 Euro im Monat. Im Gutachten führen die fünf Weisen aus:

Selbst gegen einen solchen beschäftigungsneutralen Mindestlohn sprechen gewichtige Gründe. Würde die Regierung zum Beispiel die Einführung eines Mindestlohns in dieser Größenordnung vorschlagen, wäre sie aller Voraussicht nach dem Vorwurf ausgesetzt, Hungerlöhne zu fordern. Der mediale Druck der Öffentlichkeit würde die Regierung dann sehr wahrscheinlich zu einer Anhebung des Mindestlohnniveaus veranlassen, und zwar so weit, dass dann doch negative Beschäftigungswirkungen auftraten.

Soweit der Sachverständigenrat.

Es ist nachgewiesen, dass die Einführung des Mindestlohns in Frankreich zu einem deutlichen Abbau von Arbeitsplätzen geführt hat. Die Erhöhung des Mindestlohns in Frankreich 2004 und 2005 hat zu einer deutlichen Erhöhung der Jugendarbeitslosigkeit geführt. Schauen Sie sich doch bitte die Situation in den Banlieues an. Schauen Sie sich die Situation in den Vorstädten von Paris an!

(Zuruf der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

– Auch ich war dort, liebe Kollegin. Machen Sie die Augen auf, schließen Sie sie nicht vor der Wirklichkeit! Die Arbeitslosigkeit steigt durch den Mindestlohn, und das ist die Folge des Mindestlohns. Sie führen immer England und die USA an. Wunderbar, fabelhaft, dort gibt es Mindestlöhne. Aber dann möchte ich bitte für den deutschen Arbeitsmarkt ähnliche Verhältnisse haben. Dann entriegeln wir doch den Arbeitsmarkt in Deutschland genauso.

(Zuruf von der SPD)

Dann machen wir doch einfach ein Ende mit unserem Kündigungsschutz. Dann machen wir ein Ende mit unserem Mutterschutz. Das wollt ihr anscheinend, wenn ihr die Einführung des Mindestlohns fordert. So geht es aber nicht.

Es ist viel wichtiger, die Abgabenlast für die Arbeitnehmer zu senken, als einen Bruttomindestlohn zu fordern.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

Damit hätten die Arbeitnehmer ein auskömmliches Nettoeinkommen. Deshalb müssen wir alles dafür tun, dass Sozialabgaben und Lohnsteuer gesenkt werden. Wer dann noch kein ausreichendes Einkommen erwirtschaften kann, muss staatliche Unterstützung erhalten.

Durch gesetzliche Mindestlöhne greifen Sie außerdem massiv in die Tariffreiheit der Tarifparteien ein.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich frage mich, ob unsere Gewerkschaften inzwischen so schwach geworden sind, dass sie selber nicht mehr in der Lage sind, vernünftige Tarifverträge abzuschließen. Ich halte es politisch für sehr dumm zu versuchen, Forderungen zu erheben, die gegen ökonomische Wahrheiten verstoßen und dann zu Arbeitsplatzverlusten in Deutschland führen werden. Das führt zu weiterer Armut. Das führt zu stärkerer Belastung der Kommunen und der öffentlichen Haushalte. Das macht Bayern ungerechter; denn gerecht ist nur, was Arbeit schafft.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Beste, fand ich, war das Vorletzte: Da hat der Kollege von und zu Lerchenfeld gesagt, wir müssten die Abgabenlast und die Steuern senken, dann gäbe es nicht mehr soviel Armut. Meines Wissens zahlen jene, die im Aufstockerbereich liegen, längst keine Steuern und Sozialabgaben mehr. Das heißt, mir ist bei allem, was Sie an Unsinn gesagt haben, ein bisschen der Faden verloren gegangen. Sozial ist nicht, was Arbeit schafft – sozial ist, was Arbeit schafft, die zum Leben reicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, warum tun Sie sich das eigentlich an, was Guido Bohsem in der „SZ“ mit Recht die „chinesische Tropfenfolter“ nennt? Warum sträuben Sie sich weiter gegen die Einführung von Mindestlöhnen, wissend, dass Sie damit politisch nicht durchkommen und inhaltlich falsch liegen?

Sie wissen doch, dass es gesellschaftlich nicht akzeptabel ist, dass in unserem Land 3,6 Millionen Vollerwerbstätige für einen Niedriglohn arbeiten – Tendenz steigend – und dass über zwei Millionen Erwerbstätige Anspruch auf ergänzendes ALG II hätten?

Das nehmen tatsächlich über 500 000 in Anspruch. Sie wissen, dass Armut trotz Arbeit in Deutschland bittere Realität ist.

Sie wissen auch, dass Ihre Behauptung nicht zutrifft, wonach Mindestlöhne in relevantem Umfang Arbeitsplätze kosten würden; zumindest dann nicht, wenn sie nicht zu hoch sind. Mindestlöhne kosten keine Arbeitsplätze; etwas anderes trifft nur unter ganz spezifischen

Voraussetzungen zu, wie sie in Frankreich in manchen Bereichen gegeben waren. Im Großen und Ganzen kosten sie in der Regel keine Arbeitsplätze.

Sie wissen auch, dass es unredlich ist, Herr Kollege – vielleicht sind Sie lernfähig und hören zwischendurch einmal zu –, sich auf die Behauptung zurückzuziehen, wir hätten im Gegensatz zu den Ländern in der EU, in denen es Mindestlöhne gibt, eine funktionierende Tariffautonomie. Sie ist falsch, jedenfalls auf den Berufsfeldern, in denen wir die Mindestlöhne dringend brauchen und für die wir die Mindestlöhne fordern, – entweder, weil die Schutzwirkung der Tarifabschlüsse versagt oder weil für die Betroffenen gar keine Tarifbindung existiert. Sie müssen das zur Kenntnis nehmen.

Sie wissen auch, dass Sie falsch liegen, wenn von Ihrer Seite darauf verwiesen wird, wir hätten in Deutschland einen Schutz vor sittenwidrigen Löhnen. Denn die Berufung auf die Sittenwidrigkeit verhindert nur solche Löhne, die deutlich unter dem Normalmaß der Branchenentgelte liegen. Es verhindert aber nicht, dass das Normalmaß langsam nach unten abdriftet.

Sie wissen auch, dass die Behauptung, wir hätten durch ALG II bereits eine Art gesetzlichen Mindestlohn, ein ausgewiesener Schmarrn ist. Tatsache ist, dass der Empfang von ALG II eine Bedürftigkeitsprüfung voraussetzt und deshalb weder bei eigenem Vermögen noch bei Doppelverdienern vor Lohndumping schützt. Tatsache ist auch, dass es sich bei ALG II um einen Sozialtransfer und um kein Entgelt für geleistete Arbeit handelt. Die Menschen, die sich abrackern, wollen am Ende des Tages aber einen gerechten Lohn in der Lohntüte und keine Almosen vom Staat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wissen, dass es ein verheerendes Signal ist – das müsste auch Ihnen als großen Apologeten der Marktwirtschaft klar sein –, wenn Sie nichts gegen solche Unternehmen tun, die sich alleine dadurch einen Vorteil gegenüber ihren Konkurrenten verschaffen, dass sie ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schlechtere Arbeitsbedingungen bieten und geringere Löhne zahlen.

In diesem Zusammenhang können Sie auch im eigenen Bereich etwas tun, Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Es handelt sich nämlich nicht nur um ein bundespolitisches Thema. Sie können beispielsweise bei Ausschreibungen auf einer Tariftreueerklärung bestehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch nicht einmal dazu sind Sie bereit, wie die von BeNEX gewonnene Ausschreibung des Regionalverkehrs um Regensburg zeigt. Dabei hat die Staatsregierung einmal mehr bewiesen, dass sie völlig unfähig ist, die Problematik der Hungerlöhne wirklich zu begreifen.

Unsere soziale Demokratie ist am Ende, wenn es immer mehr Unternehmer gibt, die sich durch Armutslöhne

Wettbewerbsvorteile verschaffen und damit gleichzeitig – das ist das wettbewerbspolitische Problem – die Unternehmer, die vernünftige Löhne zahlen, vom Markt drängen.

Herr Kollege von und zu Lerchenfeld, ich höre nicht, was Sie sagen – das ist sicher interessant –, ich nehme aber zur Kenntnis, dass Sie überhaupt nicht zuhören. Das macht Sie möglicherweise immun gegen Argumente und gibt Ihnen die Möglichkeit, beim nächsten Mal genau den gleichen Unsinn wie eben zu verzapfen. Bleiben Sie sitzen und reden Sie weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen, dass diese Ausbeuterunternehmen, die selber zum Teil Millionen verdienen und deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Löhne durch ALG II aufstocken müssen, die wirklichen Sozialschmarotzer in unserem System sind. Das sind die Kollegen, die Kollege von und zu Lerchenfeld mit seinen Reden und politischen Ansätzen fördern will. Das sind die Sozialschmarotzer in unserem System – die Ausbeuterunternehmen, die keine vernünftigen Löhne zahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus all diesen Gründen sagen wir Ja zu Mindestlöhnen, und zwar im Interesse der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, im Interesse der meisten Unternehmen, im Interesse eines fairen Wettbewerbs und damit auch im Interesse einer sozialen Marktwirtschaft.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wird unser Einsatz und der Einsatz der SPD für Mindestlöhne so lange weitergehen, bis Sie sich endlich bewegen oder eine neue Bundesregierung diese drängende Aufgabe endlich umsetzt.

Daher nochmals, liebe anwesende Kolleginnen und Kollegen von der Regierungsfraktion: Folgen Sie den klugen Köpfen aus Ihren eigenen Reihen. Folgen Sie dem Ingolstädter Oberbürgermeister Lehmann oder den Vertretern des Städtetags, in dem alle sieben CSU-Vorstandsmitglieder die gleiche Position pro Mindestlohn vertreten. Die Genannten haben doch recht, wenn sie feststellen – Zitat Lehmann –: Es stimmt etwas nicht, wenn man den ganzen Monat arbeitet und dann noch zum Sozialamt gehen muss. – Ihre eigenen Leute haben doch nicht deshalb unrecht, weil sie als Verantwortliche ihrer Städte bezüglich der Finanzierung von Leistungen nach Hartz IV ein Interesse an der Vermeidung von Mindestlöhnen haben. Sie haben auch inhaltlich recht.

Deshalb nochmals: Vollziehen Sie die richtige Position Ihrer eigenen Leute endlich nach und sagen Sie Ja zu Mindestlöhnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die heute noch mit Hungerlöhnen abgespeist werden, werden es Ihnen

danken. Ganz nebenbei erzielen Sie auch noch einen erheblichen politischen Nutzen. Sie entkämen nämlich künftig der chinesischen Tropfenfolter, die Ihnen sonst bis nach der Bundestagswahl droht und die für Sie, wenn Sie so wie bisher weitermachen, in der Opposition enden wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Volkmann.

Rainer Volkmann (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss offen gestehen, dass ich bezüglich der Ausführungen des Kollegen von der CSU etwas überrascht war. Ich hatte eigentlich erwartet, dass Sie in dieser Frage etwas flexibler sind. Ich hatte das erwartet, weil man die Hoffnung nie aufgeben darf.

Es ist offenkundig – man muss dabei an Ihr christliches Selbstverständnis appellieren –, dass es nicht angehen kann, dass Menschen den ganzen Tag arbeiten und dann auf öffentliche Hilfen angewiesen sind, weil sie ihren eigenen Lebensunterhalt nicht selbst erwirtschaften können. Der Vergleich des Kollegen Lerchenfeld, der diese Sitzung in für mich völlig unverständlicher Weise zwei oder drei Minuten nach Beginn der Rede des Kollegen Hallitzky verlassen hat, mit seiner Studentenzeit geht völlig daneben. Wir hatten damals völlig andere Bedingungen; man muss das ganz offen sagen. Wir haben uns die Arbeitsplätze aussuchen können. Das ist bei den heutigen Arbeitnehmern und bei denen, die sich Jobs suchen, völlig anders.

Ich möchte etwas zu der Frage sagen, inwieweit Kommunen durch Mindestlöhne entlastet werden. Ich finde, das passt sehr gut zu dem Thema der heutigen Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Beckstein. Er hat dazu leider nicht Stellung genommen, was ich ausgesprochen schade finde. Es ist keine Frage, dass Menschen von ihren Löhnen leben können müssen. Es ist ein wichtiger Nebeneffekt, dass auch Kommunen eine Entlastung erfahren können. Ich darf in diesem Zusammenhang auf den Brief des Bayerischen Städtetages vom 30. Januar dieses Jahres hinweisen. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass im Präsidium des Städtetags sieben Mitglieder sitzen, die Ihrer Partei angehören und die sich einstimmig für die Einführung von Mindestlöhnen und gegen die Einführung von Kombilohnmodellen ausgesprochen haben.

Die Kommunen hätten einen doppelten Vorteil. Im Rahmen der Aufwendungen für die Unterkunft bei der Gewährung von ALG II sind die Kommunen in Bayern mit einem deutlichen dreistelligen Millionenbetrag belastet. Wenn es gelänge, Mindestlöhne generell durchzusetzen, dann würden für die Kommunen ganz erhebliche Entlastungseffekte entstehen. Sie müssen die Kosten für die Unterkunft zunächst alleine tragen, bekommen dann einen Ersatz durch den Bund, der sich auf etwa 30 % beschränkt, sodass immerhin 70 % bei den Kommunen hängen bleiben. Das ergibt den genannten deutlichen

dreistelligen Millionenbetrag. Ich finde, es wäre aller Ehren wert, zu versuchen, auf diesem Wege auch den Kommunen eine Entlastung zuteil werden zu lassen.

Daneben ergibt sich ein mittelbarer Effekt. Wenn Gemeinden und Städte Eigenbetriebe, eigene Unternehmungen, unterhalten – auch wenn es in privater Rechtsform geschieht, wie bei der GmbH oder der Aktiengesellschaft –, dann werden dort natürlich, wie es sich auch moralisch gehört, anständige Löhne bezahlt, von denen die Menschen leben können. Die genannten Unternehmen sind einer Konkurrenz mit Unternehmen ausgesetzt, die ihre Mitarbeiter durch ein schäbiges Verhalten zu Löhnen beschäftigen, die weit unter dem liegen, was ein Mensch zum Leben braucht.

Wenn Mindestlöhne auf gesetzlicher Basis verankert würden, dann würde das dazu führen, dass eine derartig schmutzige Konkurrenz, die die Menschen nicht so fair behandelt, wie sie es verdienen würden, zurückgedrängt würde und es erschwert würde, auf diese Weise auf dem Markt mit den städtischen und gemeindlichen Unternehmen zu konkurrieren.

Dann würde auch insoweit eine größere Fairness geschaffen. Das wäre, wie gesagt, ein Nebeneffekt des Mindestlohns, der unsere Kommunen etwas entlasten würde. Das sollten auch Sie unterstützen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich darf zunächst die Vorwürfe, die aus Ihren Kreisen gegen Kollegen von Lerchenfeld gekommen sind, was die wirtschaftspolitische Argumentationslinie anbelangt, entschieden zurückweisen. Uns allen geht es darum, dass durch eine möglichst optimale wirtschaftliche Förderung Arbeitsplätze geschaffen werden, wie dies im Freistaat Bayern auch geschieht. Arbeit ist der beste Schutz vor sozialer Armut. Wir sollten allgemein, unabhängig von Parteigrenzen, anerkennen, dass jeglicher wirtschaftlicher Sachverstand diese Argumentationslinie verfolgt, und der sollten wir uns anschließen.

Gestatten Sie, dass ich Gemeinsamkeiten hervorhebe, die wir schon haben sollten. Ich verweise auf das CSU-Grundsatzprogramm. Ich zitiere:

Wir wollen Voraussetzungen schaffen, damit alle Menschen ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien selbst erarbeiten oder dazu beitragen können.

Hier haben wir sicher einen Konsens.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

Menschen im erwerbsfähigen Alter müssen in der Regel ihre Existenz durch ihre eigene Arbeit sichern können. Meine Damen und Herren, es ist bemerkenswert, dass derzeit zwei Drittel der Beschäftigten im Niedriglohnbereich über einen qualifizierten Abschluss verfügen.

(Christa Steiger (SPD): Eben!)

Niedriglöhne sind also nicht mehr automatisch Beschäftigungschancen für gering Qualifizierte oder Unqualifizierte. Was bedeutet das in der Konsequenz? – Nicht eine pauschale Forderung nach dem Mindestlohn, sondern eine stärkere Differenzierung, wie Sie bereits in der Vergangenheit vorgenommen worden ist, ist dabei der richtige Weg. Die Art, wie Notwendigkeiten im Postzustelldienst geregelt wurden und wie Vereinbarungen über das Entsendegesetz geregelt worden sind, zeigt in diesem Bereich den richtigen Weg auf.

Als Sozialpolitiker sehe ich schon einen Skandal darin, dass Niedriglöhne, zum Beispiel im Postzustelldienst Stundenlöhne von 1,50 Euro, gezahlt werden. Ich frage mich in der Tat, wohin solche Entwicklungen führen sollen.

(Zurufe von der SPD: Ja!)

In diesem Zusammenhang müssen wir uns Gedanken machen. Das ist aber keine Aufgabe, die der Gesetzgeber lösen kann, sondern das ist eine Aufgabe für die Tarifvertragsparteien. Da muss man sich auch einmal fragen, wo die Verantwortung denn liegt.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Ich plädiere für die Umsetzung der jetzigen Koalitionsbeschlüsse, über die Sie überhaupt nicht gesprochen haben. Sie fordern nur pauschal den Mindestlohn. Die Große Koalition hat im Juni 2007 vereinbart, dass Branchen mit einer Tarifbindung von mindestens 50 % das Angebot erhalten, in das Arbeitnehmerentendengesetz aufgenommen zu werden und tarifliche Mindestlöhne zu vereinbaren. Im Falle der Allgemeinverbindlichkeitserklärung solcher Mindestlohntarifverträge gelten diese für alle in- und ausländischen Arbeitnehmer der Branche.

Des Weiteren hat die Große Koalition beschlossen, das Mindestarbeitsbedingungsgesetz aus dem Jahr 1952 zu aktualisieren. Damit sollen für Wirtschaftszweige oder einzelne Regionen, in denen es entweder keine Tarifverträge gibt oder eine Tarifbindung nur für eine Minderheit der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber besteht, Regularien für die Festsetzung von Mindestlöhnen geschaffen werden. Ich plädiere dafür, diese Regelung offensiv umzusetzen, auch in Branchen, über die wir noch zu diskutieren haben.

Der Flächentarifvertrag – das habe ich bisher von Ihnen überhaupt noch nicht gehört – ist zwar ein Erfolgsmodell,

(Zuruf der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

aber es wäre der falsche Weg, daraus die Konsequenz eines flächendeckenden Mindestlohns zu ziehen; das sage ich jetzt aus der Sicht des sozialpolitischen Arbeitskreises meiner Fraktion. Ein gesetzlicher Mindestlohn für alle Branchen ist eine bisher kaum diskutierte Gefahr, deren Existenz Sie anerkennen sollten. Warum soll ein Arbeitgeber denn noch eine Tarifbindung akzeptieren und höhere Löhne bezahlen, wenn der Gesetzgeber seinerseits einen politisch und gesellschaftlich akzeptierten Lohn festlegt? Tendenziell würde damit eine hoch problematische Abwärtsspirale in Gang gesetzt.

Lassen Sie mich zusammenfassend feststellen: Das Gesamtkonzept der Großen Koalition in Berlin bietet den richtigen Ansatz. Es gibt eine Verantwortung von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Soweit es notwendig ist, muss die Politik das in dem beschriebenen Sinne unterstützen. Das ist der richtige Weg, nicht ein flächendeckender Mindestlohn.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Unterländer, mich fasziniert schon, welchen Eiertanz Sie hier aufführen. Sagen Sie doch, dass Sie für den Mindestlohn sind, und dann ist das Thema vom Tisch! Sie können sich als Sozialpolitiker – und ich glaube Ihnen, dass Sie in Teilen einer sind – vielleicht nicht durchsetzen, aber Sie sollten doch sagen, wofür Sie wirklich sind.

Wir sind für Flächentarifverträge, jawohl.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Unterländer (CSU))

Ich frage Sie: Wer hat denn die ganzen Flächentarifverträge kaputt gemacht, sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern? War das nicht irgendeine CGB-Gewerkschaft, die, um den Fuß in die Tür zu bekommen, sämtliche Tarifverträge mit den Arbeitgebern unterlaufen hat? Ist das so, oder ist das nicht so? Wir hatten bei Siemens schon einmal so eine gepflegte Gewerkschaft, die dann unter großem Getöse aufgefliegen ist. Ich weiß nicht, wer für den CGB, den Christlichen Gewerkschaftsbund, Geld gibt.

Wer, wie die wirtschaftspolitische Koryphäe der CSU, Herr von und zu Lerchenfeld, behauptet, dass Mindestlöhne Arbeitsplätze vernichten, sollte sich einmal überlegen, wie denn Arbeitsplätze geschaffen werden können, wenn die Menschen, die von einem Gehalt nicht leben können,

zwei oder drei Arbeitsplätze brauchen. Das müssen Sie mir einmal erklären.

Sofern es in unserer Gesellschaft außerhalb des Bankkontos noch Werte gibt, gilt schon der Grundsatz: Eigentum verpflichtet. Die Schmuddelkonkurrenzen, welche die Löhne dumpen, schaden den sozialen Systemen. Weil die Löhne so niedrig sind, dass davon fast nichts mehr bezahlt werden kann, fehlt das Geld in den Rentenkassen, den Krankenkassen und in vielen anderen Kassen. Dann klagen wir darüber.

Es ist faszinierend zu hören – das kann man belegen –, dass am Flugplatz – Boomtown! – die Zahl derer steigt, die staatliche Zuschüsse zu ihren Löhnen bekommen müssen, damit sie leben können, und das alles, damit man für 28 Euro spazieren fliegen kann. Ich verstehe nicht, wie jemand, der in einem Staat lebt, der nicht zu den ärmsten dieser Welt gehört, solche Zustände dulden und auch noch unterstützen kann, wie Sie das tun.

(Zurufe von der CSU)

– Natürlich, Sie brauchen doch nur dem Mindestlohn zustimmen. Herr Unterländer, wir beide wissen doch, dass ein Lohn von 7,50 Euro für München ohnehin schäbig ist; das wissen wir beide. Ich gebe Ihnen recht, dass wir da möglicherweise differenzieren müssen. Das hat man mit der Ballungsraumzulage schon gemacht. Man hat sie aber wieder beerdigt, weil die CSU der Meinung war, dass man sie nicht mehr braucht.

(Joachim Unterländer (CSU): Die ist doch nicht beerdigt worden!)

– Natürlich haben Sie die Zulage zu großen Teilen beerdigt. Es gibt wissenschaftliche Untersuchungen, die besagen: Wer Löhne dumpst und Arbeitnehmer in Konkurrenz gegeneinander schickt, sorgt dafür, dass in dieser Gesellschaft ein Rechtsrutsch passiert. Wer über ein bisschen Geschichtskennntnis verfügt, müsste das wissen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das war ein Linksrutsch, Herr Kollege!)

Wollen Sie sich wirklich schuldig machen, dass sich wieder ein System entwickelt, das wir vor einiger Zeit schon gehabt haben? Wollen Sie das wirklich? Meine Bitte wäre: Überlegen Sie sich das gut. Es mag sein, dass wir im Moment aufgrund der sozialen Debatte eher einen Linksruck haben. Herr Kollege Kreuzer, Sie wissen aber so gut wie ich, dass dieser Weg auf Dauer nach rechts führt. Die Unsicherheit von Menschen führt in der Regel nach rechts. Allein diese Erkenntnis müsste für Sie Grund genug sein, zusammen mit uns dafür Sorge zu tragen, dass Menschen für ihre Arbeit so entlohnt werden, dass sie davon auch leben können, und zwar von einem Job, nicht von drei oder vier.

Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe Sie sowieso nicht. Warum tun Sie sich so hart? Es geht um 7,50 Euro. Vielleicht müssten einige von Ihnen wieder einmal von

7,50 Euro leben, um zu wissen, was das bedeutet. Offensichtlich haben sich für manche Politiker die Maßstäbe verschoben. Von diesen 7,50 Euro müssen nämlich auch noch Abgaben bezahlt werden. Diese 7,50 Euro landen nicht in der Tasche der Arbeitnehmer. Noch einmal: Wer solche Löhne zahlt, zerstört die sozialen Systeme. Das ist genauso schmutzig wie Geld, das nach Liechtenstein transferiert wird. Vielleicht ist dies sogar noch schmutziger, weil dadurch alles kaputt gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Zeller.

Alfons Zeller (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Steiger, ich denke, wir müssen differenzieren. Ihre Sorge über die Entwicklung, die Sie vorgetragen haben, können wir absolut akzeptieren. Die Frage ist nur, wie wir dieses Problem lösen sollen. Hier gibt es unterschiedliche Ansätze. Unser Ansatz, den Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld erläutert hat, ist nicht aus der Luft gegriffen, sondern stammt von den fünf Weisen. Diese sprechen sich ganz klar und eindeutig gegen Mindestlöhne aus. Das kommt nicht von ungefähr.

(Christa Steiger (SPD): Herr Prof. Dr. Bofinger nicht!)

Wenn Sie die Aussagen von Wirtschaftsexperten verfolgen, werden Sie feststellen, dass Mindestlöhne dem Arbeitsmarkt schaden.

Herr Kollege Hallitzky, es wundert mich, wie Sie so daherreden können. Als Sie noch in der Bundesregierung Verantwortung hatten, gab es pro Tag 1000 Arbeitslose mehr. Seit die jetzige Bundesregierung im Amt ist, haben wir pro Tag 2000 Arbeitslose weniger. Dies ist entscheidend für die Frage, ob wir einen Mindestlohn brauchen oder nicht. Ich halte es für unglaublich, wie Sie hier Herrn Kollegen Graf von und zu Lerchenfeld in dieser Weise attackieren. Nebenbei bemerkt: Ich könnte mir vorstellen, dass Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld mehr Leute beschäftigt und in Lohn und Brot gebracht hat als Sie.

Kolleginnen und Kollegen, heute wurden Vergleiche mit den anderen europäischen Ländern gezogen. Wir müssten dann auch den gesamten Kündigungsschutz und die Arbeitsrechte gleichstellen. Dann könnten wir mit diesen Ländern möglicherweise gleichziehen. Ich sage nicht, dass ich das möchte. Wir können aber nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Das geht einfach nicht. Faktum ist, dass Mindestlöhne gerade bei jungen Menschen, die nicht gut ausgebildet oder unqualifiziert sind, zur Arbeitslosigkeit führen. Die Schwarzarbeit wird dagegen zunehmen. Das ist eine ganz klare und nüchterne Feststellung, die wir hier treffen müssen.

Mindestlöhne würden außerdem zusätzliche Bürokratie bedeuten. Darüber reden wir schon gar nicht mehr, weil

es in diesem Lande modern geworden ist, alles staatlich zu begleiten und anschließend über die Bürokratie zu jammern.

Meine Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich noch kurz eine Bemerkung machen: Ich hätte es mir nie vorstellen können, dass wir nach 60 Jahren sozialer Marktwirtschaft nach dem Muster von Prof. Ludwig Erhard in diesem Lande wieder über die Marktwirtschaft schädigende Elemente in diesem Hause diskutieren. Wir diskutieren über ein Element aus dem ehemals anderen Teil Deutschlands, der 40 Jahre bestanden hat. Ich spreche von der DDR, in der der Staat die Löhne und Gehälter vorgegeben und einen Teil Deutschlands ins Chaos geführt hat. Die Menschen dort wollten die Freiheit. Wer einigermaßen logisch denkt, kann nicht dafür sein, dass der Staat Löhne und Gehälter festlegt.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Kollege, der Mindestlohn steht in der Verfassung!)

Ich möchte eines ganz deutlich sagen: Über die Löhne entscheiden letztlich die Produktivität und der Markt. Alle Länder, die diese beiden Faktoren ausgeklammert haben, haben riesige Probleme. Dort gibt es keine soziale Marktwirtschaft. Dort gibt es Armut und verheerende Verhältnisse. Ich halte es ordnungspolitisch für falsch, wenn wir einen solchen Weg beschreiten würden.

Eine letzte Anmerkung: Ich bin verwundert über die außerordentliche Schwäche, die die Gewerkschaften in diesem Zusammenhang an den Tag legen. Es ist doch ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass entsprechende Tarifvereinbarungen zustande kommen. Wo sind die Gewerkschaften? Da nehme ich keine aus. Sie sagen, der CGB hätte alles unterlaufen. Dazu sage ich sehr deutlich: Auch bei den Gewerkschaften schadet es nicht, wenn eine Konkurrenz und ein Wettbewerb entstehen. Sie wollen Konkurrenz immer beiseite schieben, um ja nicht irgendwo in einer Konkurrenzsituation antreten zu müssen.

Mindestlöhne wären aus ordnungspolitischer Sicht zweifellos ein absoluter Fehler. Für Kommunalpolitiker, die die Forderung nach Mindestlöhnen aufgestellt haben, habe ich großes Verständnis. Sie sagen: Wenn wir Mindestlöhne haben, kann es sein, dass wir bei der Sozialhilfe deutliche Einsparungen in unseren Haushalten verzeichnen können. Deshalb ist es legitim, dass die Kommunen derartige Festlegungen formuliert oder solche Beschlüsse gefasst haben. Ordnungspolitisch wären Mindestlöhne jedoch eindeutig der falsche Weg. Dieses Land sollte nicht wieder in die sozialistische Mottenkiste zurückfallen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Zeller. Für die Staatsregierung darf ich jetzt Frau Staatsministerin Stewens das Wort erteilen.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Steiger, selbstverständlich wollen auch wir, dass

ein gerechter Lohn für gute Arbeit bezahlt wird. Das ist überhaupt keine Frage. Der Lohnfindungsprozess – je nach Produktivität der einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – war in Deutschland bislang den Tarifvertragsparteien vorbehalten. Mit großer Sorge beobachte ich übrigens, dass in vielen Bereichen der Selbstverwaltung die Tarifvertragsparteien nicht mehr in der Lage sind, entsprechende Tarifverträge abzuschließen.

(Ludwig Wörner (SPD): Wenn selbst der Freistaat Bayern droht, aus dem Tarifvertrag auszuscheiden!)

Ich möchte ganz klar sagen, dass ich dies mit großer Sorge betrachte. Die Bayerische Staatsregierung steht natürlich hinter einer gerechten Lohnfindung; denn jeder Einzelne – gerade, wenn er erwerbstätig ist – sieht durchaus, dass es in unserem Staate nicht mehr so ganz gerecht zugeht. Wir können eine starke Steigerung der Einkünfte aus Kapital feststellen. Wir haben außerdem eine starke Steigerung bei den Managergehältern, so die heutigen Pressemeldungen in den Zeitungen. Wir haben aber eine sehr geringe Steigerung der Einkommen bei der arbeitenden Bevölkerung.

(Ludwig Wörner (SPD): Deshalb steigt der Freistaat aus dem Tarifvertrag aus!)

Deshalb glaube ich, dass wir sehr genau hinsehen müssen. Frau Kollegin Steiger, wir spielen übrigens nicht nur im Wahlkampf die soziale Karte. Sozialpolitik hat bei uns immer Vorrang. Das möchte ich ganz klar sagen.

Vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten, die ich soeben geschildert habe, haben sich die beiden Parteien der Großen Koalition an einen Tisch gesetzt und überlegt, wie man bei diesem Thema weiterkommen könnte. Dass Arbeitnehmerentendengesetz war ursprünglich nur dafür da, Lohndumping über entsandte Arbeitnehmer aus anderen Staaten zu verhindern. Das Stichwort lautet: „Tariftreue“. Über das Entsendegesetz wurde nun ein Weg gefunden, in den Branchen, wo wir Tarifverträge mit einer Tarifierbindung von über 50 % haben, gleichzeitig zu sagen:

Hier kann ein Mindestlohn festgesetzt werden, aber immer nach den Konditionen des Arbeitnehmerentendengesetzes und des Tarifvertragsgesetzes. Wenn sich hier die Sozialpartner, die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber, im Tarifausschuss einig werden, kommt die Verantwortung der Politik ins Spiel. Dann kann die Politik handeln. Ich meine, das ist ein guter Kompromiss, auch im Sinne der Tarifvertragsparteien. Zu diesem Kompromiss stehe ich ohne Wenn und Aber.

Dann haben wir noch Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt. Das sind die sogenannten weißen Flecken, oder es sind Branchen – hier streitet man sich zurzeit auf Bundesebene über die Begrifflichkeiten –, die unterhalb der 50 % liegen. Dafür hat man das Mindestarbeitsbedingungsgesetz von 1952 – abgekürzt MiA – wieder ausgegraben. Hier geht man einen gemeinsamen Weg, indem man einen Hauptausschuss bildet, der mit unabhängigen Experten besetzt ist, und dieser entscheidet dann über

das „Ob“. Ein branchennaher Fachausschuss kann dann einen branchenspezifischen Mindestlohn festsetzen. Hier haben die Sozialpartner und die Tarifvertragsparteien wieder Vorrang. Wenn die sich nicht einig werden, kommt die Politik ins Spiel. Ich halte diese beiden Wege für richtig.

Sie führen hier noch einmal eine Diskussion über einen flächendeckenden Mindestlohn. Ist er zu niedrig, nützt er niemandem. Ist er zu hoch – das hat die Diskussion schon ergeben – würde er dazu beitragen, Arbeitsplätze aus Deutschland zu verlagern. Das sind die Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich für diejenigen, die niedrig qualifiziert sind.

Schauen wir uns einmal genau an, was bei den 1,25 Millionen Aufstockern in Deutschland, die Sie in der Diskussion genannt haben, passiert. 50 % davon sind geringfügig Beschäftigte. Das sind die Minijobs. 380 000 von den Aufstockern haben vollzeitige sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen. Mit der aufstockenden Grundsicherung kommen sie im Schnitt auf einen Stundenlohn von 10,40 Euro. Denen würden Sie mit Ihrem flächendeckenden Mindestlohn überhaupt nicht helfen. Von den 1,25 Millionen Aufstockern gehen 47 000 Menschen in Deutschland ausschließlich einer Vollzeitbeschäftigung nach und sind alleinstehend. Das Haushaltseinkommen nach dem Arbeitslosengeld II beträgt bei einem Ehepaar mit zwei Kindern 1578 Euro. Bei einem Ehepaar mit drei Kindern kommen Sie dann auf einen Nettostundenlohn von 12 Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie merken schon, dass Sie mit Ihrer Diskussion über einen flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland im Urwald sind. Sie sollten nicht den Linken nachlaufen. Es kostet Sie lediglich Stimmen und bringt kein bisschen mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland.

(Beifall bei der CSU – Ludwig Wörner (SPD): Muss ich das alles glauben?)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes (Drs. 15/9806)
– Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. – Frau Kollegin Rütting, bei mir ist bereits angekommen, dass Sie die Aussprache gleich anschließen wollen. Deswegen haben wir für Sie schon zehn Minuten eingestellt.

Barbara Rütting (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um unseren Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes. Immer noch werden Fälle von Haustierabschüssen bekannt, bei denen Revierinhaber und/oder Jagdschutzberechtigte willkürlich und grundlos Hunde und Katzen abschießen, die nicht gewildert haben. Dies macht eine Regelung notwendig, die Folgendes beinhaltet: Hunde dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen vom Jagdschutzberechtigten getötet werden. Das Fehlverhalten von Hundebesitzern ist eindeutig durch §§ 823 ff. BGB – Schadenersatzpflicht – und § 292 StGB – Jagdwilderei – geregelt. Katzen unterliegen nur dem Jagdschutz, wenn sie verwildert sind, das heißt, wenn sie keinem Besitzer zugeordnet werden können. Hunde und Katzen, die sich in Fallen gefangen haben, sind nicht zu töten, sondern dem Eigentümer bzw. dem zuständigen Tierheim zu übergeben. Da der Verbleib nach Artikel 42 Absatz 1 Nummer 2 des Jagdgesetzes getöteter Hunde und Katzen häufig von den Eigentümern nicht geklärt werden kann, wird eine bußgeldbewehrte Meldepflicht bei der Unteren Jagdbehörde eingeführt.

In Deutschland dürfen laut Gesetz 95 % der Fläche von Jägern bejagt werden. Auch im Englischen Garten darf gejagt werden. 95 % der Fläche sind bejagbar. Grundeigentümer können sich nicht dagegen wehren, dass auf ihrem Grund und Boden Tiere abgeschossen werden. Mir wurde auf meiner eigenen Wiese mein zahmes Reh von einem Jäger ganz legal abgeschossen. Jährlich werden in Deutschland nicht nur die insgesamt circa fünf Millionen jagdbaren Tiere abgeschossen; auch circa 300 000 Hauskatzen und circa 40 000 Hunde werden von Jägern erschossen, erschlagen oder in Fallen gefangen. Diese Tiere sind Spielgefährten von Kindern, Lebensgefährten von alten Menschen, also Familienmitglieder.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Der sogenannte Jagdschutzparagraph ist seit 1933 nur unwesentlich verändert worden. Er entspricht in keiner Weise den Forderungen einer Gesellschaft, die endlich den Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Hunde und Katzen gelten letzten Endes immer noch als Raubwild.

(Günter Gabsteiger (CSU): Das sind sie auch!)

Das bestätigen uns immer wieder Ex-Jäger. Immer noch scheint der in der Jagdliteratur propagierte Grundsatz zu gelten: „Schießen, verbuddeln, verschweigen.“ Haustierbesitzern wird nach wie vor die Auskunft darüber verweigert, ob ihr verschwundenes geliebtes Tier – ein Familienmitglied – erschossen, in einer Falle gefangen wurde oder in einem Tierversuch geendet hat. Das wird ihnen trotz Anfrage immer noch verschwiegen.

(Günter Gabsteiger (CSU): Wo haben Sie das gelesen, Frau Kollegin?)

Die Familien suchen oft monatelang nach ihrem Tier, geben enorme Summen für Suchanzeigen aus und setzen Belohnungen aus in der Hoffnung, ihr Tier doch noch lebend zu bekommen, obwohl es schon längst nicht mehr lebt. So ist es zum Beispiel im Fall von Bernhard Fricke von „David gegen Goliath“ geschehen. Im Wirtshaus hieß es: „Der Kerl sucht immer noch nach seinem Hund, dabei habe ich ihn doch schon längst erschossen.“ Es soll sogar überlegt worden sein, wie man, ohne belangt zu werden, an das Belohnungsgeld kommen könnte.

Es handelt sich also durchaus nicht, wie immer behauptet wird, um ein paar Schwarze Schafe, sondern diese Praxis ist offensichtlich gang und gäbe. Bei der Untersuchung der verschiedenen Fälle stellt sich so gut wie immer heraus, dass der Haustiertöter unter Verweis auf den sogenannten Jagdschutzparagraphen freigesprochen wird. Die Hundebesitzer werden dagegen wegen Jagdwilderei angezeigt.

Unser Antrag läuft nun darauf hinaus, dass Hunde nur in Ausnahmefällen abgeschossen werden dürfen, wenn sie unmittelbar beim Wildern oder beim Reißen von Wild angetroffen werden. Außerdem dürfen Hunde abgeschossen werden, deren Abschuss von der Unteren Jagdbehörde genehmigt worden ist.

Katzen gelten nur dann als verwildert, wenn sie mehrfach in einer Entfernung von mehr als 1000 Metern vom nächsten bewohnten Gebäude angetroffen werden und objektiv – objektiv, Herr Vocke! – keinem Besitzer zugeordnet werden können. Solche getöteten Hunde oder Katzen sind der Unteren Jagdbehörde zu melden, die eine Meldestelle einzurichten hat und eine Liste über Art der Tiere sowie über Ort und Zeit ihrer Tötung führt. Auf Anfrage von Tierschutzvereinen und Einzelpersonen, die ein Tier vermissen, ist Auskunft zu erteilen. Hunde und Katzen, die sich in Fallen gefangen haben, sind nicht zu töten, sondern dem Eigentümer bzw. dem zuständigen Tierheim zu übergeben.

Vor einigen Wochen ereignete sich folgender Fall: Zwei Hunde einer Familie, die neu in einem Ort zugezogen war, hatten die neue Behausung nicht gefunden und sich verlaufen. Sie waren in einen Hof gelaufen und wurden dort erschossen. Sie hatten nichts getan.

Zur angeblichen Gefahr durch wildernde Katzen: Laut statistischen Untersuchungen bestand die in Katzenmägen gefundene Nahrung zu 80 % aus Mäusen, zu 10 % aus nicht gefährdeten und nicht geschützten Tierarten und lediglich zu 10 % aus gefährdeten und geschützten Tierarten. Zu meinem ehemaligen Bauernhof gehörten 20 000 m² Wiese. Natürlich haben meine Katzen nicht an der 300-Meter-Grenze haltgemacht, sondern sie haben sich auf dem gesamten Territorium getummelt. Das ist nun einmal Katzenart. Von September bis Februar brauche man eine Katze sowieso nicht abzuschießen, weil es in dieser Zeit kein Jungwild gebe und erfahrene Tiere von Katzen nur selten erwischt würden. Das sagt ein praktizierender Jäger, kein Ex-Jäger.

Fazit: Wir bitten Sie, unseren Gesetzentwurf in den Ausschüssen wohlwollend zu behandeln und ihm zuzustimmen. Ich danke Ihnen, dass Sie doch zugehört haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Prof. Dr. Vocke. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Jürgen Vocke (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema ist, das haben wir gerade wieder gemerkt, ein emotionales Thema. Hund und Katz und der Jagdschutz – das ist ein Thema, das kommt jedes Jahr wieder wie das Futter bei einer wiederkäuenden Kuh. Es kommt in die Medien, und es wird auch immer wieder hier im Parlament hochgezogen.

Vorweg möchte ich, damit es wirklich deutlich ist, Folgendes sagen: Die absolute Mehrheit der Jäger hat selbst Hunde und, weil viele von ihnen Bauern sind, auch selbst Katzen zu Hause. Diese Jäger wissen um die emotionale Bindung der Familien zu ihren Tieren und um diese Wechselwirkung. Das Verantwortungsbewusstsein ist also von Haus aus grundsätzlich gegeben. Es gibt auch Schwarze Schafe, meine Damen und Herren, die ich nicht rechtfertigen will, denn das ist nun einmal so. Das ist aber nicht der Grundsatz im Jagdschutz. Außerdem, wenn etwas fehlgeleitet wurde – darauf komme ich noch zu sprechen –, dann hat das auch seine Konsequenzen.

Wir haben eine ganz klare Rechtsgrundlage, und zwar § 23 des Bundesjagdgesetzes und Art. 42 des Bayerischen Jagdgesetzes. Sie kamen wieder einmal mit diesem alten Kalauer, dass das Jagdgesetz im Dritten Reich geschaffen wurde. Meine Damen und Herren, wir leben hier und heute, und die Jagd hat nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun. Wir haben den Bundestag, der hat das Bundesjagdgesetz geschaffen. Wenn Sie sagen, dass der Bundestag irgendwie nationalsozialistisch durchgesetzt ist, bitte sehr, dann müssen Sie das auch erklären.

(Beifall bei der CSU)

Das Bundesjagdgesetz ist jedenfalls 1952 durch den Bundestag geschaffen worden und nicht von den Nazis, das muss ich schon einmal deutlich sagen! Das Bayerische Jagdgesetz wurde hier, vom Bayerischen Landtag, beschlossen und hat ebenfalls nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun. Hören Sie bitte endlich mit diesen falschen Darstellungen auf.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Nun kommen wir zum nächsten Punkt: Es ist keine Frage, dass man den Jagdschutz und den Schutz von Hund und Katze sensibel angehen muss. Verehrte Frau Rütting, ich wundere mich aber schon darüber, wie salopp Sie über das Thema hinweggehen und wie teilbar der Tierschutz für Sie ist. Wenn ich jetzt beispielsweise ans Frühjahr denke, an die Brutzeit, die in wenigen Wochen beginnt, möchte

ich fragen: Was ist, wenn die Katzen dann draußen in den Feldern streunen? Was ist dann mit den Bodenbrütern? Was ist mit der Feldlerche, dem Kiebitz, dem Rebhuhn und vielen anderen Arten?

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Der Mageninhalt sagt etwas anderes aus! – Zuruf der Abgeordneten Barbara Rütting (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, alle Schutzmaßnahmen sind für die Katz, wenn nicht dafür gesorgt wird, dass die Tiere in Ruhe brüten können. Wenden Sie sich doch an die Tierhalter, die haben auch eine Verantwortung. Wer Hunde und Katzen hält, muss dafür sorgen, dass sie draußen nicht streunen. Auch das muss einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ja, soll man denn die Katzen an der Leine halten?)

Wir haben in der Bundesrepublik ungefähr 9 Millionen Katzen. Wenn nur 10 % – das ist niedrig gegriffen – draußen streunen, dann sind das ungefähr 900 000 Katzen. Meine Damen und Herren, man muss sich einmal vorstellen, welche Auswirkungen diese Zahl von streunenden Katzen im Frühjahr auf die frei lebende Vogelwelt, auf die Bodenbrüter hat.

Nun zu den Hunden. Wildernde Hunde habe ich schon zur Genüge erlebt, gerade im Frühjahr. Ich habe es ihnen schon einmal vorgetragen, und Sie wissen doch sehr wohl, dass das Wild den Hunden auf den ersten ein- oder zweihundert Metern überlegen ist. Denn sie sind Sprinter. Die Rehe ermüden aber sehr schnell, vor allem aber die tragenden Geißen. Was machen die Schäferhunde? – Schauen Sie sich doch einmal diese entsetzlichen Bilder an. Sollen wir denn zuschauen, wenn den Rehgeißen der Fötus herausgerissen wird? – Darauf zielt ihr Gesetzentwurf ab, denn Sie wollen, dass die Jäger erst tätig werden, wenn die Hunde unmittelbar am Wild sind.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich fordere eine klare Mitverantwortung der Tierhalter, der Hundehalter. Wer Hunde hält, der muss auch dafür sorgen, dass diese Appell haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das tun die doch auch!)

Nun zu ihrer Zahl von den angeblich 300 000 Katzen. Wo haben Sie diese Zahl denn her? Bitte verifizieren Sie sie, ich müsste Sie sonst der Lüge bezichtigen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Tun Sie das nicht!)

Bitte benennen Sie mir die Herkunft dieser Zahl. In Bayern gibt es keine Statistiken darüber. Wo haben Sie diese Zahl her? – Ich kenne sie nicht.

Der langen Rede kurzer Sinn: Ich meine, wir haben ein gut ausgewogenes Jagdschutzgesetz. Die Jäger müssen heute sehr gut aufpassen und dürfen nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen Hunde oder Katzen jagen, sonst machen sie sich strafbar und verlieren den Jagdschein. Wenn Sie sagen, dass die Gerichte die Jäger freisprechen, dann muss ich schon darauf hinweisen, dass wir immer noch den Grundsatz haben: In dubio pro reo. Dieser Grundsatz gilt auch in diesem Fall, und den sollten wir auch als Rechtsgrundsatz so belassen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich kann nur sagen, wenn Sie sich mit dem modernen Artikel 42 des Bayerischen Jagdgesetzes auseinandergesetzt hätten, dann wüssten Sie, dass der Jagdschutz auf wilde Hunde nur dann ausgeübt werden darf, wenn der Hund in flagranti handelt, wenn das Wild tatsächlich gefährdet ist. Wir haben also eine solche Rechtslage. Was soll dann dieser Schaufensterantrag? In meinen Augen geht er ins Leere. Bitte setzen Sie sich doch auch einmal für die bedrohte Tierwelt ein. Aber für die tun Sie gar nichts. Ich bleibe dabei, dass dieser Gesetzentwurf abgelehnt wird.

(Beifall bei der CSU – Günter Gabsteiger (CSU):
Auf einem Bauernhof darf doch kein Hund erschossen werden!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächster Redner: Herr Kollege Wörner. Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Spannungsbogen zwischen der Wildtierwelt und der Welt der Haustiere wäre kein Problem, wenn jeder mit etwas Vernunft handeln und jeder auf sein Tier aufpassen würde. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Trotzdem, das gibt der Präsident des Bayerischen Jagdverbandes selbst zu, soll es gelegentlich Schwarze Schafe geben. Die Sache aber an Schwarzen Schafen aufzuhängen, halte ich für schwierig. Das Gesetz regelt an sich, was notwendig ist. Im Übrigen, wenn es zutrifft, was ich gehört habe, dann gibt es derzeit gute Gespräche zwischen dem Deutschen Tierschutzbund und dem Präsidenten des Jagdverbandes. Ich hätte mir gewünscht, dass man diese Gespräche und das, was dabei herauskommt abgewartet hätte. Anschließend hätte man seine Schlüsse ziehen und das fordern können, was notwendig ist. Die SPD wird sich bei diesem Gesetzentwurf deshalb der Stimme enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Damit ist die Aussprache geschlossen. – Der Herr Staatsminister bittet noch ums Wort. Entschuldigung. Sie haben natürlich das Wort, bitte schön.

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, in der Diskussion ist deutlich geworden, dass unser Schutz natürlich den Hunden und Katzen gilt, aber auch den anderen Tieren, die gewildert werden. Auch

sie verdienen unseren Schutz. Das ist, glaube ich, unbestritten.

Ihr Gesetzentwurf zielt auf eine Änderung des Jagdschutzes im Bayerischen Jagdgesetz ab. Ziel Ihres Gesetzentwurfs ist es, dass gegenüber wildernden Katzen überhaupt keine Jagdschutzmaßnahmen mehr möglich sein sollen, gegenüber Hunden nur noch, wenn sie unmittelbar beim Reißen von Wild angetroffen werden. Weiterhin wird die Einführung einer Genehmigungs- und Meldepflicht gefordert.

Einen teilweise wortgleichen Gesetzentwurf brachte die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 1995 in den Landtag ein. Der einzige wesentliche Unterschied besteht darin, dass nunmehr eine völlige Streichung der Katzen aus dem Jagdschutz gefordert wird. Bei den intensiven Beratungen wurde damals der Belang des Haustierschutzes mit dem öffentlichen Interesse am Schutz wild lebender Tiere abgewogen. Einerseits ist uns allen, glaube ich, selbstverständlich bewusst, was vielen Menschen ihr Haustier bedeutet. Andererseits können Hunde dann, wenn sie von ihren Besitzern nicht entsprechend beaufsichtigt werden, Wildtiere hetzen und reißen, was bekanntlich passiert. Wildernde Katzen sind ein Gefahrenpotenzial insbesondere für Niederwildarten wie Hasen, Fasane, Kaninchen, Rebhühner, aber auch für Singvögel.

Im Rahmen der damals geführten Diskussion wurde zwar der Gesetzentwurf des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN als unpraktikabel und praxisfremd abgelehnt. Allerdings zeigten unter anderem zahlreiche Eingaben einen Handlungsbedarf auf. Auch das gewandelte Tierschutzverständnis gegenüber Haustieren sprach für eine Aktualisierung der Jagdschutzvorschriften. Nach Abwägung der Gesichtspunkte beschloss der Bayerische Landtag dann im Jahr 1996 mehrheitlich eine Anpassung des Jagdschutzes. Seit dem 1. Juli 1996 sind Jagdschutzmaßnahmen auf Hunde und Katzen nur noch unter verschärften Voraussetzungen zulässig. Bei den Hunden reichte es nach der ursprünglichen Rechtslage aus, wenn die Hunde für das Wild eine abstrakte Gefahr darstellten. Seit 1996 sind Jagdschutzmaßnahmen auf eine konkrete, das heißt unmittelbar bevorstehende Gefährdung des Wildes durch den erkennbar ihm nachstellenden Hund beschränkt.

Ihrem Gesetzentwurf zufolge darf der Hund erst geschossen werden, wenn er das Reh bereits umzubringen versucht, wenn er also das Reh schon gerissen hat. Hier darf geschossen werden, wenn er auf das Reh zuspringt. Der Hund muss die Fährte eines konkreten Stückes Wild aufgenommen haben und dieses zielgerichtet verfolgen wollen. Das ist der Unterschied. Beim Jagdschutz für Katzen wurden 1996 ebenfalls Verschärfungen vorgenommen. Nach der gegenwärtigen Regelung dürfen Katzen erst außerhalb einer 300-Meter-Zone um das nächste bewohnte Gebäude getötet werden. Ursprünglich bestand die Befugnis für Jagdschutzmaßnahmen auch innerhalb des 300-Meter-Umkreises, wenn die Katze tatsächlich beim Wildern angetroffen wurde.

Ferner fordern Sie ein Genehmigungsverfahren und Meldepflichten. Diese wurden bereits 1996 abgelehnt, weil

diese Verfahren aufwendig sind und den Bemühungen des Staates um Verschlinkung und um Abbau von Verwaltungsvorschriften entgegenstehen. Man kann den Abschluss vorher nicht genehmigen lassen, denn bis die Genehmigung eintrifft, ist der Hund weg und das Reh tot.

Über die Sanktionsmaßnahmen ist bereits gesprochen worden. Lassen Sie mich abschließend sagen: Gegenüber dem Sachstand bei den Beratungen zur Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes 1995/1996 haben sich keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte ergeben, sodass keine Notwendigkeit für die im Gesetzentwurf vorgesehenen Einschränkungen besteht. Zusammen mit den Sanktionsmöglichkeiten haben sich die gegenwärtigen Jagdschutzregelungen als ein ausgewogener Interessenausgleich bewährt. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist ein Gesetzentwurf!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Es ist kein Antrag, sondern ein Gesetzentwurf. Das war jetzt die Erste Lesung. – Frau Kollegin Rütting hat noch drei Minuten Redezeit. Bitte.

Barbara Rütting (GRÜNE): Mir geht es nicht um geteilten Tierschutz, wie Sie, Herr Professor Dr. Vocke, gesagt haben. Ich will auch nicht, dass ein Hund ein Reh reißt. Aber in unserem Gesetzentwurf ist ausdrücklich davon die Rede, dass Hunde, wenn sie beim Wildern angetroffen werden, erschossen werden dürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da haben Sie nicht richtig zugehört.

Zu den Katzen. Nicht ich habe mir das ausgedacht, sondern Statistiken besagen, dass im Magen der Katzen zu 80 % Mäuse sind. Nur 10 % des Mageninhalts sind gefährdete Tiere.

Wir haben also keinen geteilten Tierschutz vor. Aber bitte nehmen Sie doch zur Kenntnis: Eine Katze bleibt nicht bei der Grenze von 300 Metern stehen. Das wäre absolut artfremd. Vielleicht können Sie sich doch dazu entschließen, uns wenigstens in diesem Punkt entgegenzukommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf im Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag einstimmig diese Voten.

(siehe Anlage 2)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Neubestellung eines Mitglieds für den Medienrat

Der Vorsitzende des Medienrates hat mitgeteilt, dass Frau Christine Haderthauer aufgrund ihrer Berufung in den ZDF-Fernsehrat ihre Mitgliedschaft im Medienrat mit sofortiger Wirkung niedergelegt hat. Scheidet ein Mitglied des Medienrates während der Amtszeit aus, so wird gemäß Artikel 13 Absatz 3 Satz 7 des Bayerischen Mediengesetzes der Nachfolger für den Rest der Amtszeit entsandt. Die CSU-Fraktion, die insoweit das Vorschlagsrecht für die Nachbenennung besitzt, hat Herrn Kollegen Roland Richter als neues Mitglied im Medienrat vorgeschlagen. Hierüber ist Beschluss zu fassen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber Beschluss fassen.

Wer mit der Bestellung von Herrn Kollegen Roland Richter zum neuen Mitglied des Medienrats einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kein „Satellit“ (3. Terminal) am Flughafen im Erdinger Moos (Drs. 15/9059)

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Im Ältestenrat wurden fünf Minuten pro Fraktion beantragt. Als Erstem darf ich Herrn Kollegen Dr. Magerl das Wort erteilen. – Bitte schön.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Antrag geht es um den geplanten Satelliten, wie sehr viele Leute sagen, bzw. um das dritte Terminal beim Flughafen im Erdinger Moos, welches demnächst konkret umgesetzt werden soll. Wir sehen keinerlei Bedarf für dieses dritte Terminal. Nennen Sie es „Satellit“ oder wie immer Sie wollen. Es ist eine Abfertigungsanlage für 17 Millionen Passagiere. Das ist in meinen Augen schon ein ausgewachsenes Terminal, und deshalb auch die gewählte Formulierung.

Wir sehen keine Notwendigkeit für das Gebäude, weil die bestehenden Abfertigungsanlagen noch im ausreichenden Umfang Kapazitäten vorhalten. Sicherlich ist richtig, dass das sogenannte Terminal 2, das überwiegend von der Lufthansa und der Star Alliance betrieben wird, mit seinen Kapazitäten noch nicht an der Grenze liegt, aber mit deutlich über 20 Millionen Fluggästen eine relativ große Dimension hat. Das Terminal 1 hatte kurz vor der Eröffnung des Terminals 2 über 23 Millionen Fluggäste und war damals noch längst nicht an seiner Kapazitätsgrenze von sicherlich 28 bis 30 Millionen angelangt. 2006 wurde das Terminal 1 von 9 Millionen Fluggästen genutzt; die Zahlen von 2007 liegen mir noch nicht vor. Dieses Terminal hat also eine Kapazitätsreserve von 20 Millionen Fluggästen.

Der Freistaat Bayern, der die Infrastruktur über seine Anteile mitfinanziert hat, kann es sich nicht leisten, einen neuen „Satelliten“ mit dem entsprechenden Geländeverbrauch zu bauen, wenn andererseits Eigentum der Flughafen München GmbH – FMG – leer steht und dem Freistaat die Gebühren entgehen.

Die Leute treibt die geplante Kapazitätserweiterung für Personen und Gepäck in einer Dimension von rund 70 Millionen Fluggästen um. Die beiden existierenden Terminals haben eine Kapazität von über 50 Millionen, das dritte noch einmal 17 Millionen. Diese Kapazität würde über der des größten europäischen Flughafens London-Heathrow liegen. Das kann nicht die richtige Richtung sein, in die der Luftverkehr in Bayern entwickelt werden soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb verlangen wir mit diesem Antrag, dass auf diesen „Satelliten“ verzichtet wird und stattdessen die Kapazitäten des Terminals 1 genutzt werden, bis dieses ausgelastet ist.

Sie sollten ehrlich sein und sagen, welche Größe der Flughafen bekommen soll. Sie haben zwei Startbahnen mit einem Terminal gebaut. Sie haben ein zweites Terminal dazugesetzt. Nun wollen Sie eine dritte Startbahn. Jetzt wollen Sie ein drittes Terminal, und ein viertes Terminal ist bereits in Überlegung. Was wollen Sie der betroffenen Bevölkerung rund um das Erdinger Moos noch alles zumuten? Bis zu welcher Dimension soll dieser Flughafen wachsen? Soll er wirklich über 100 Millionen hinausgehen, also die doppelte Dimension von Frankfurt erreichen oder über dessen Kapazität hinausgehen?

(Engelbert Kupka (CSU): Den Transrapid!)

– Den brauchen wir zweifelsohne nicht, Herr Kollege Kupka.

Oder wird man irgendwann sagen, hier ist Schluss mit der Belastung der Bevölkerung? Auf diese Fragen sind Sie bis heute eine ehrliche Antwort schuldig geblieben.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Strehle.

Max Strehle (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Magerl, Ihre Einschätzung, es gäbe keine Notwendigkeit für diesen „Satelliten“, liegt total daneben. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat letzte Woche geschrieben, der Flughafen sei auf Rekordkurs; denn allein im Jahr 2007 gab es über 10 % Wachstum mit einer Gesamtabfertigung von 34 Millionen Passagieren.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das ist eine Tatsache.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Warum immer mehr?)

Wenn langfristig sichergestellt werden soll, dass Passagiere und Frachtgut abgefertigt werden können, müssen entsprechende Überlegungen angestellt werden. Nach den aktuellen Verkehrsprognosen wird die Kapazitätsgrenze des Terminals 2 mit derzeit schon 23 Millionen Passagieren bereits im Jahre 2010 überschritten sein. Angesichts der Schwierigkeiten bei der Umsetzung ist eine lange Planungs- und Realisierungszeit erforderlich, um eine solche Maßnahme auf den Weg zu bringen. Die Errichtung einer solchen neuen Anlage bei laufendem Betrieb ist eine besondere Herausforderung und bedeutet, dass genügend Planungs- und Vorlaufzeit erforderlich ist und deshalb schon jetzt die entsprechenden Planungen eingeleitet werden müssen.

Der vorliegende Antrag der GRÜNEN enthält eine Vielzahl falscher Unterstellungen und deshalb auch falscher Schlussfolgerungen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, dass eine solche Unternehmung nicht notwendig wäre. Sie dürfen davon ausgehen, dass ein wirtschaftlich handelndes Unternehmen, wie es die FMG ist, die Infrastruktur so aufbauen und vorhalten wird, dass das Unternehmen der Wirklichkeit entspricht und wirtschaftlich geführt werden kann.

Ihrer Behauptung in der Begründung Ihres Antrags, wonach die aktuelle Gesamtkapazität der Passagierabfertigung 50 Millionen Passagiere beträgt, ist falsch. Die aktuelle Kapazität ist auf 43 Millionen ausgelegt. Die Reservekapazitäten mit 20 Millionen Passagieren pro Jahr anzugeben, wie Sie es getan haben, ist falsch. Sie liegen tatsächlich bei 9 Millionen.

Ihre Unterstellung, dass mit dieser Maßnahme gleichsam eine vierte Start- und Landebahn ausgerichtet werden soll, trifft nicht zu.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das habe ich nicht gesagt; viertes Terminal habe ich gesagt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Flughafen München hat sich zu einem bedeutenden Standortfaktor entwickelt. Wir sollten im Interesse dieses Unternehmens und vor allem auch der Arbeitsplätze, die geschaffen wurden, den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Beyer. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf ankündigen, dass die SPD-Fraktion wie in den vorausgegangenen Ausschussberatungen mehrheitlich den Antrag ablehnen wird.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Einige stimmen aber zu!)

– Ich werde das selbstverständlich berichten, Herr Kollege Magerl, damit das auch bei den Wählerinnen und Wählern transparent wird.

Im Antrag geht es um den sogenannten Satellitenbau. Herr Kollege Magerl, wenn wir die Grundsatzdiskussion über den Luftverkehr führen sollen, beantragen Sie das. Dann machen wir das gerne. Ich halte wenig davon, punktuelle Anträge zu stellen und dann den anderen vorzuwerfen, dass sie darum keine große Geschichte machen. Sie haben sich dafür entschieden, diese Fragestellung dem Plenum vorzulegen.

Ohne die Belastung der Menschen in der Flughafenregion kleinreden zu wollen, ist die Mehrheit der SPD-Landtagsfraktion der Meinung, dass für den Wirtschaftsstandort Bayern und München der Flughafen erforderlich ist. Wir sind für die Weiterentwicklung des Flughafens. Er ist auch für die Arbeitsplätze, die dort geschaffen wurden und noch entstehen können, nötig.

Ich erneuere allerdings unsere Forderung, dass die Arbeitsplätze am Flughafen München ordentlich bezahlte Arbeitsplätze sein müssen. Darauf legen wir Wert. Herr Kollege Strehle, Sie haben das soeben sehr schön gesagt. Sie haben sich unter anderem auch wegen der Arbeitsplätze für den Bau ausgesprochen. Diese Aussage wäre noch glaubhafter, wenn die CSU vor einer Stunde dem Thema „Mindestlohn“ die nötige Ernsthaftigkeit gewidmet und sich für einen Mindestlohn ausgesprochen hätte. Dann würden sich die Dinge zusammenfügen. Sie haben das nicht unterstützt, was nicht dafür spricht, dass wir Ihnen das zum jetzigen Punkt abnehmen können.

Ich darf berichten, dass sich die Kollegin Kronawitter, die aufgrund anderweitiger Abgeordnetenverpflichtungen verhindert ist, und andere bereits im Vorfeld für die Position der GRÜNEN ausgesprochen haben. Sie hätte auch hier mit dem Kollegen Magerl gestimmt. Ich darf von ihr Grüße bestellen.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Ich glaube, Frau Kollegin, wir dürfen es uns nicht so einfach machen, wie Sie es wieder versuchen, und sagen, dass die einen die Guten und die anderen die Bösen sind. Die Menschen, die dafür sorgen, dass dieser Flughafen im Interesse des Wirtschaftsstandortes Bayern arbeiten kann, sorgen sich auch um wichtige Belange der Menschen in diesem Lande. Ich bitte, jenen, die sich anders entscheiden als die GRÜNEN und das aus nachvollziehbaren Gründen tun, nicht die Redlichkeit abzusprechen. Sonst kommen wir hier nicht weiter.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Fakten, Fakten, Fakten! – Simone Tolle (GRÜNE): Haben wir das denn gemacht?)

– Ich konstatiere, dass Sie Kritik an den Menschen geübt haben, die sich einer umfassenden Betrachtung öffnen. Es ist auch unsere Aufgabe, den Interessen des Wirtschaftsstandortes zum Durchbruch zu verhelfen, so schwierig und so belastend das natürlich für Anwohner im Einzelfall ist. Das möchte ich noch einmal betonen. Der Flughafen Nürnberg bringt keine vergleichbaren Belastungen mit sich. Aber auch über dem Haus, in dem ich zur Miete wohne, befindet sich eine Einflugroute, nämlich genau die des Flughafens Nürnberg. Ich weiß also durchaus, was Flugverkehr bedeutet, Frau Kollegin. Ich glaube aber trotzdem, dass wir keine andere Möglichkeit haben.

Im Übrigen noch einmal der Hinweis: Der „Satellit“ ist nach den mir vorliegenden Informationen ein Gebäude, das sich aus den dortigen Umsteigebeziehungen begründet, sodass vordergründige Kapazitätsüberlegungen scheinbar eingängig sind, wenn sie hier vorgebracht werden, aber an der spezifischen Ausrichtung der Funktionalität des Gebäudes vorbeigehen. So sind jedenfalls meine Informationen. Sie, Herr Kollege Magerl, haben nichts anderes vorgetragen.

Der Antrag wird also von der SPD-Fraktion in diesem Sinne mehrheitlich abgelehnt werden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Kein Applaus!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Beyer. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und eine Stimme der SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die CSU-Fraktion und die Mitglieder der SPD-Fraktion bis auf eine Stimme. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Es sind vier Gegenstimmen der SPD!)

– Wir haben jetzt keine namentliche Abstimmung. Um das festzuhalten, hätten Sie namentliche Abstimmung beantragen müssen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisches Biodiversitätskonzept erstellen (Drs. 15/9302)

Ich eröffne die Aussprache. Zunächst hat Kollegin Paulig das Wort. Fünf Minuten pro Fraktion wurden im Ältestenrat vereinbart.

Ruth Paulig (GRÜNE): Das ist, wenn man einen Antrag diskutieren will, ehrlich gesagt, ein bisschen zu kurz.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, was haben Sie jetzt zum Ausdruck gebracht? Es ist im Ältestenrat so festgelegt worden.

Ruth Paulig (GRÜNE): Fünf Minuten sind immer ein wenig kurz, wenn man Argumente austauschen will.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ihre Geschäftsführung hat zugestimmt. Es ist im Ältestenrat vereinbart worden.

Ruth Paulig (GRÜNE): Das ist völlig in Ordnung, aber – – Wir lassen es.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Wofür gibt es einen Ältestenrat, in dem die Sitzungen und die Redezeiten festgelegt werden?

Ruth Paulig (GRÜNE): Darum ging es mir gar nicht. Wir sollten das Rederecht und den Austausch von Argumenten im Landtag aber ruhig ein wenig stärker pflegen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wenn es länger wäre, könnten wir es noch einmal aufrufen, dann müssten wir es weiter vertagen!)

Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin! Wir fordern ein bayerisches Biodiversitätskonzept. Mit unserem Antrag befinden wir uns im Einklang mit der Bundesregierung, die ein nationales Biodiversitätskonzept erstellt hat. Wir haben im November 2007 auch von Umweltminister Bernhard gehört, dass er den Erhalt der Artenvielfalt zu einem neuen umweltpolitischen Schwerpunkt machen will. Ich zitiere ihn: „Eine nationale Strategie könne ein bayerisches Konzept nicht ersetzen.“

Dies war ein mutiger Vorstoß des bayerischen Umweltministeriums. Und siehe da: Nach der Kabinettsitzung am 8. Januar 2008 musste Minister Bernhard quasi erklären, es müsse „intensiv geprüft werden, ob ein eigenständiges Landeskonzept sinnvoll“ sei. – Da schau her: Das war ein freundlicher Rückzug.

Liebe Leute, trauen Sie sich, erstellen Sie ein bayerisches Biodiversitätskonzept, gehen Sie in Vorlage. Sie wissen: Im Mai 2008 findet in Bonn die internationale Vertragsstaatenkonferenz zur Erhaltung der Biodiversität statt. Hierbei geht es um das EU-Ziel von Göteborg, bis zum Jahre 2010 den Verlust der Biodiversität aufzuhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Es wäre angebracht, ein solches Konzept auf den Weg zu bringen. Am 31. Januar fand eine Anhörung von Fachleuten zum Thema „Arten- und Biotopschutz in der Kulturlandschaft“ statt. Die Experten haben unisono gesagt, hier in Bayern schaut es ziemlich duster aus.

(Simone Tolle (GRÜNE): Alles schwarz! – Weitere Zurufe)

Es fehlt die systematische Erfassung. Die Erfassung der Roten Liste erfolgt nur ehrenamtlich. Wenn wir die Personalstellen anschauen, so ergeben sich 350 im Naturschutz und Landschaftsschutz und 3500 in der Landwirtschaftsverwaltung. Schauen Sie sich diesen Gegensatz an. Die Landwirtschaft ist die Hauptverursacherin des Artenrückgangs. Das wollen Sie nur nicht hören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Experten haben in der Anhörung sogar davon gesprochen, dass die Landwirtschaft zu 70 % Verursacherin ist. Das zeigt: Die Landwirtschaft ist, so wie sie heute in Bayern propagiert wird, eine der Ursachen des Artenverlusts. Hinzu kommt die Flächenversiegelung, die wieder auf über 20 Hektar pro Tag gestiegen ist, der Verkehr und eine falsche Regionalplanung.

Insoweit besteht also dringender Handlungsbedarf. Auch die Finanzmittel reichen bei Weitem nicht aus, um einen vernünftigen Arten- und Biotopschutz in Bayern zu sichern. Das wissen Sie ebenfalls. Schauen wir uns die Einbrüche beim KULAP an. Sie betragen in manchen Regionen 40 %. Morgen steht ein CSU-Antrag auf der Tagesordnung des Landwirtschaftsausschusses, um noch ein paar Restbiotopstrukturen zu sichern, weil die Landwirtschaft wieder voll in Richtung weiterer Intensivierung geht.

So kann es nicht gehen. Um der weltweiten Verantwortung gerecht zu werden, brauchen wir dringend ein eigenes Biodiversitätskonzept hier in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt: Wir müssen zunächst Ziele definieren, dann müssen wir fragen, welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Voraussetzung für das Konzept ist aber die Erfassung der Biodiversität. Diese drei Schritte müssen endlich für Bayern geleistet werden.

Außerdem steht eine Neudefinition der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft an, weg von Pestizideinsatz,

Nährstoffeintrag und Zerstörung von Randstrukturen. Sodann müssen wir zu einer anderen Forstwirtschaft mit Naturwaldreservaten von mindestens 100 Hektar Größe und dies in größerer Anzahl kommen. Wir brauchen Wildnisgebiete, und wir brauchen wirklich mehr nutzungsfreie Gebiete.

Der Trend geht leider in eine völlig andere Richtung. Daher müssen wir feststellen: Mit diesem Umgang mit der Natur werden wir es in Bayern nicht schaffen, das regionale Artensterben und das Anwachsen der Roten Listen der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten aufzuhalten. Wir sollten der Verantwortung von Rio und von Göteborg auch hier in Bayern gerecht werden.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hünnerkopf.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema wurde schon im Umweltausschuss und auch im Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten behandelt. Dort wurde bereits intensiv diskutiert. Jetzt wurde es hochgezogen, um es so noch einmal ins Gespräch zu bringen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): „So ins Gespräch“?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bayern braucht hier keine Nachhilfe.

(Lachen der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE)
– Maria Scharfenberg (GRÜNE): Doch, das haben Sie nötig!)

Dieses Thema ist in Bayern seit über 30 Jahren in sehr guten Händen. Wir waren die Ersten, die ein Naturschutzgesetz geschaffen haben, die in diesem Gesetz schon sehr intensiv den Begriff des Biotops und den Schutz der Biotope geregelt haben. Anschließend haben wir die Biotopkartierung durchgezogen. Die Biotopkartierung war Grundlage für die Landschaftsplanung, für Maßnahmen, um diese Substanz zu verbessern und zu ergänzen. Es war so, dass anschließend Arten- und Biotopschutzprogramme für die Landkreise erstellt und in großem Ausmaß umgesetzt wurden. Im BayernNetz Natur wurden großflächig Korridore geschaffen, damit sich Arten ausbreiten können. Natura 2000 war sicher der letzte Schritt, um substanziell noch so aufzusatteln, dass wir insgesamt ungefähr 30 % der Fläche unter Naturschutz haben.

Meine Damen und Herren, was Sie wollen, sind ordnungspolitische Maßnahmen. Aber wir wollen das auf einer anderen Ebene erreichen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wie?)

An einem Beispiel will ich Ihnen das deutlich machen. In meinen Landkreis hat sich Anfang der Neunzigerjahre ein Wiesenweihepaar verirrt.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Die Wiesenweihe. Vielleicht kennen Sie diesen Vogel. Mit freiwilligen Maßnahmen haben die Bauern dazu beigetragen, dass sich in zehn Jahren dort 100 Paare entwickeln konnten. Mit freiwilligen Maßnahmen!

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Das war die Grundlage, um dort Natura-2000-Flächen festzulegen.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Liebe Frau Paulig, ich will Ihnen ganz deutlich sagen, dass wir beispielsweise im Steigerwald über Jahrhunderte hinweg die naturnahen Strukturen im Wald, im Buchenwald, entwickelt haben.

(Simone Tolle (GRÜNE): Das war nicht die CSU!)

– Das war nicht die CSU. Das waren die Menschen, die mit Grund und Boden verantwortlich umgehen, und die wollen wir unterstützen, liebe Frau Tolle.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen das mit freiwilligen Maßnahmen erreichen. Und Bayern hat hier sehr viel Substanz. Ich betone es noch einmal: Das war Ziel von Anfang an. Wenn wir hier neue Broschüren, eine neue Überschrift brauchen, dann ist das substanziell mit dem, was wir haben, sehr gut zu erbringen. Meine Damen und Herren, ich sehe sehr wohl, dass der Spagat in Zukunft noch schwieriger wird: Auf der einen Seite hat die Landwirtschaft die Aufgabe, Nahrungsmittel zu erzeugen und auf der anderen Seite die Biomasse bereitzustellen, um regenerative Energieträger auch weiter zu ermöglichen, und schließlich soll die Artenvielfalt erhalten werden. Das ist mit Sicherheit eine Herausforderung. Wir sind auch dankbar, dass wir diese Expertenanhörung am 31.01. hatten. Wir und unser Umweltministerium werden das sehr wohl auswerten und dieses Konzept – es ist im Ministerrat am 8. Januar beschlossen worden – für Bayern erarbeiten.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Was wir nicht unterstützen, ist die Einführung einer neuen Schutzkategorie und damit noch mehr Bürokratie. Für uns ist wesentlich, dass wir mit dem, was wir in vielen Schritten erreicht haben, verantwortungsvoll umgehen, es weiterentwickeln und natürlich dazu beitragen, dass auch in Bayern die Biotope, das heißt die Lebensräume für die Tier- und Pflanzenarten, sichergestellt, aber auch weiterentwickelt werden können.

In diesem Sinne sehen wir keinen Anlass, so einen Antrag zu unterstützen, noch dazu, wenn dieses Konzept im Entstehen ist. Die CSU-Fraktion wird daher diesen Antrag ablehnen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Hünnerkopf, bleiben Sie bitte noch einen Augenblick stehen. Ich erteile der Frau Abgeordneten Paulig für eine Zwischenbemerkung das Wort.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Kollege, können Sie mir sagen, wo in meinem Antrag steht, dass wir neue Schutzgebietsausweisungen wollen oder dergleichen? Wenn Sie unseren Antrag genau lesen, dann sehen Sie, dass wir ein bayerisches Biodiversitätskonzept fordern.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau!)

Genau das, was der Bund beschlossen hat, also die Bundesregierung, an der auch die CSU beteiligt ist, und was in den Ländern mit Leben erfüllt werden muss. Genau das hat auch Umweltminister Bernhard im November groß angekündigt.

Die zweite Frage, die ich Ihnen stelle: Auf dieser Anhörung am 31. Januar haben doch wohl alle Experten, auch die, die von der CSU eingeladen waren, übereinstimmend hohe Defizite bei der Umsetzung der Biodiversität in Bayern angesprochen; eben, wie ich gesagt habe, von der Erfassung über die Forschung, über Finanzmittel, Personalstellen bis hin zu den Verursachern des Rückgangs der Artenvielfalt. Hier wurde Klartext gesprochen. Sie haben mir im Ausschuss damals bei der Behandlung des Antrags gesagt, wir sollten erst die Anhörung abwarten. Die Anhörung haben wir abgewartet. Und die Anhörung hat gezeigt, dass ein bayerisches Konzept dringend geboten ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Hünnerkopf, bitte.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Zum Ersten. Ich habe Ihnen ganz deutlich gesagt, dass wir Grundlagen haben, auf denen jetzt unter dem Aspekt Biodiversität ein entsprechendes Konzept entwickelt werden kann.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das fordern wir auch! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Können Sie dann auch zustimmen?)

– Was brauche ich einer Sache zuzustimmen, die schon läuft, die schon von unserem Umweltministerium erarbeitet wird.

Und zum Zweiten: Natürlich stehe ich zu dem, was kritisch angemerkt worden ist. Ich habe vorhin gesagt, dass wir diese Erkenntnisse auswerten. Ich weiß nicht, warum ich noch einmal besonders darauf eingehen soll.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich kann aus mehreren Gründen nicht verstehen, warum Sie diesem Antrag nicht zustimmen können. Ich verstehe auch Kollegen Dr. Hünnerkopf nicht. Was die GRÜNEN in dem Antrag zu dem Zeitpunkt gefordert haben, war noch vor der Anhörung. Von daher trifft der Antrag zu. Im Übrigen sagen Sie selber, Bayern hat viel Substanz – ich sage aber dazu: – zu verspielen, wenn wir nicht dafür Sorge tragen, dass diese Substanz besser als bisher geschützt wird.

Herr Kollege, wenn Sie sagen, in Bayern ist alles so toll gelaufen, warum haben sich dann die Roten Listen verlängert und nicht verkürzt? Das müssen Sie mir mal erklären, wie das zusammengeht, dass Sie sagen, dank der Pflege durch die CSU würde das alles besser geworden sein. Schmarrn, das wissen auch Sie: Die Roten Listen haben sich alle verlängert.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf (CSU))

Ich sage Ihnen nur, die Natur ist Gott sei Dank so robust, dass sie selbst 50 Jahre CSU erträgt. Das ist das Problem dabei.

(Simone Tolle (GRÜNE): Aber nicht mehr lange!)

– Aber nicht mehr lange. Genau, Frau Kollegin.

(Simone Tolle (GRÜNE): Es wird Zeit!)

Wenn wir unser schönes Land – da sind wir uns einig – verstärkt pflegen wollen, dann bedarf es schon einer Reihe von Maßnahmen, um sicherzustellen, dass nicht die gefährdeten Arten, egal ob Tier- oder Pflanzenarten, immer mehr ins Hintertreffen geraten.

Deswegen wäre es so wichtig gewesen, dass Sie einem anderen Antrag von uns zugestimmt hätten, nämlich ein Mischungsverhältnis zu skizzieren, für was Natur genutzt wird. Bio usw. Das wäre viel wichtiger gewesen, denn das hätte mitgeholfen zu erreichen, dass nicht die Gier nach mehr Geld die Natur immer weiter zurückdrängt. Ich glaube, da sind wir uns einig. Die Natur, die wir meinen, wird im Moment immer weiter zurückgedrängt. Es wäre viel toller, mal zu eruieren, wie sich sicherstellen lässt, dass Natur trotz des vermeintlichen wirtschaftlichen Drucks geschützt wird und erhalten bleibt. Denn irgendwann können wir halt nicht mehr davon herunterbeißen. Dann haben wir alle zusammen ein Problem. Es nützt uns gar nichts, so zu tun, als wäre das alles unendlich. Das ist es nicht, darum muss der Schutz so früh wie möglich beginnen. Da wäre so ein Konzept ein guter Weg. Das muss man aber noch begleitend mit vielen anderen Dingen machen.

Ich verstehe überhaupt nicht, wenn ich lese, dass Professor Vocke in einem Antrag fordert, ökologisch wertvolle Strukturen zu erhalten. Ja was denn nun?

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Wollt ihr es nun, oder wollt ihr es nicht? Oder kommt der Antrag nur von der falschen Seite des Hauses? Ich habe mir immer gedacht, aus diesem kindischen Alter wären wir heraus. In Fragen, bei denen die gleiche Interessenlage so deutlich wird – Vocke-Antrag, Erklärung Staatsregierung –, erschließt sich mir nicht, warum man den Antrag trotzdem ablehnen muss.

Aber wissen Sie, manchmal muss man nicht alles verstehen, was von dieser Seite des Hauses gemacht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ich verstehe einiges nicht in diesem Haus!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Staatssekretär Huber. Bei allem Respekt darf ich darauf hinweisen, dass wir nur noch bis 20.00 Uhr abstimmen können.

Staatssekretär Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Werter Herr Präsident, werde Kolleginnen und Kollegen, die Sie so lange ausgehalten haben! Biodiversität ist in Bayern sicherlich schon lange ein Thema. Das Artensterben ist nicht nur ein CSU-Artensterben, sondern es gibt vielleicht auch noch andere Faktoren.

(Simone Tolle (GRÜNE): Die CSU stirbt aus!)

Aber ich darf verkürzt vorwegnehmen, Frau Kollegin Paulig: Bayern verfolgt eine eigene Biodiversitätsstrategie. Wenn Minister Otmar Bernhard etwas verspricht, dann hält er es auch, und wir sind wirklich mittendrin.

Allerdings steht in Ihrem Antrag einiges drin, was nicht richtig ist, und Ihre Forderung nach der Erfassung der Biodiversität läuft einfach ins Leere. Wir haben eine hervorragende Erfassung der gefährdeten Arten in den Roten Listen, und allein die Tatsache, dass das ehrenamtlich geschieht, ist kein Negativkriterium. Ich bin zum Beispiel Kommandant einer ehrenamtlichen Feuerwehr, und wir machen gute Arbeit.

Die Biotopkartierung ist deutschlandweit anerkannt vorbildlich. Wir haben letztes Jahr im Januar im letzten Umweltbericht 2007 eine wirklich aktuelle Bestandsaufnahme der Umwelt gemacht. Also, die Dinge, die Sie fordern, machen wir schon lange.

Aber ich wollte eigentlich darüber sprechen, dass wir den Erhalt der Biodiversität sehr ernst nehmen. Sie haben darauf hingewiesen: Deutschland ist heuer Gastgeber der Neunten Vertragsstaatenkonferenz zur biologischen Vielfalt. Die Öffentlichkeit wird sich sehr darauf fokussieren, was da passiert. Aus diesem Grund sagen wir: Wir machen eine bayerische Strategie, und zwar in etwas

anderer Form, als der Bund es getan hat. Der Bund hat in seinen Zielvorgaben teilweise unrealistische Werte teilweise prozentgenau vorgegeben. Das wollen wir nicht tun. Der Bund polarisiert zwischen Naturschutz und Naturnutzung. Diesen Gegensatz, den Sie auch gerade herausgestellt haben, sehen wir nicht, ganz im Gegenteil: Die bayerische Kulturlandschaft ist der Grund dafür, dass wir so viele Arten haben. Über Jahrhunderte wurde zwischen Landwirtschaft und Natur ein Einklang gefunden. Das ist eine unterschiedliche Position zum Bund.

Ein weiterer Punkt, der uns nicht passt, ist das Verlegen des Bundes hauptsächlich auf ordnungsrechtliche Maßnahmen. Wir wollen überwiegend mit freiwilligem Naturschutz arbeiten. Aus diesem Grund hat der Ministerrat erst vor Kurzem eine bayerische Strategie auf den Weg gebracht. So haben wir die Möglichkeit, selber Schwerpunkte zu setzen und etwaige Defizite des Bundes auszugleichen.

Kernanliegen der bayerischen Strategie ist es – übrigens auch im Unterschied zum Bund –, viele und große vernetzte Biotope miteinander in Verbindung zu bringen, und das nicht nur isoliert, sondern auch im Zusammenhang mit einer naturverträglichen Nutzung der Fläche. Zu den Kernflächen gehören Natura-2000-Gebiete, Naturschutzgebiete, Nationalparke, Naturwaldreservate, 13-d-Flächen. Die wollen wir alle miteinander verbinden, und zwar teilweise durch Trittsteinbiotope oder durch lineare Verbindungen und Landschaftsstrukturen wie Gewässer und Hecken, sodass der Austausch der Tier- und Pflanzenarten zwischen diesen Trittsteinen passieren kann.

Wir wollen aber auch eine naturverträgliche Bewirtschaftung,

(Ruth Paulig (GRÜNE): Ökobewirtschaftung!)

vorwiegend auf freiwilliger Basis. Hervorragende Beispiele: Vertragsnaturschutz, Kulturlandschaftsprogramm, Landschaftspflege, Naturparkprogramm, BayernNetz Natur, Artenhilfsprogramme. Das alles – das muss man sich einmal vor Augen führen – kostet einen Haufen Geld. Aber es funktioniert auch, das kann man sehen zum Beispiel an der Rettung der Wanderfalken und der Steinadler.

Quintessenz: Wir setzen auf Kooperation statt auf Vorgaben, wir setzen auf Kompromiss statt auf Konfrontation. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Wir haben die Ecksteine festgelegt und sind jetzt gerade dabei, mit allen Interessengruppen in Kontakt zu treten. Wir werden also, so wie Sie das wünschen, eine eigene bayerische Biodiversitätsstrategie auf den Weg bringen, bloß nicht so, wie Sie das wollen, in Ergänzung der Bundesvorgaben.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das haben wir ja gar nicht vorgeschrieben!)

Ihre anderen Forderungen sind überflüssig.

Aus diesem Grund fordere ich Sie auf, an dem Prozess mitzuwirken, der jetzt anläuft, eine bayerische Biodiversitätsstrategie zu gestalten. Ich bin sicher, wir werden eine Lösung finden, die für die bayerische Bevölkerung, aber auch für die bayerischen Naturschützer und für die bayerischen Landwirte ideal geeignet ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Ruth Paulig (GRÜNE): Und warum lehnen Sie dann unseren Antrag ab?)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wird namentliche Abstimmung beantragt?

(Zurufe von den GRÜNEN: Nein!)

– Nicht.

(Thomas Kreuzer (CSU): Macht ihr das jetzt routinemäßig?)

– Ich wollte alle belohnen, die jetzt noch da sind.

Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer dagegen dem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir sind am Schluss der Tagesordnung. Ich wünsche noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19.56 Uhr)

Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein zur Kommunalpolitik am Dienstag, 19. Februar 2008 im Bayerischen Landtag

„Kommunen im Aufbruch – innovativ und menschlich“

Kommunalwahlen am 2. März

Am 2. März finden bei uns in Bayern die **Kommunalwahlen** statt. In diesen Tagen und Wochen diskutieren viele Menschen über die Zukunft ihrer Gemeinden. Es geht um die Gestaltung ihrer Heimat für die nächsten sechs Jahre und darüber hinaus. Es ist daher wichtig, dass sich auch das Plenum des Bayerischen Landtags mit der Lage der Kommunen beschäftigt.

Kommunen sind die **Keimzelle der Demokratie**. Sie haben eine **herausragende Bedeutung** für unseren Staat, für unsere Gemeinschaft. Die Bedeutung der Selbstverwaltung ist bei uns höher als in anderen Ländern Europas. Hier an vorderster Front zu stehen, mit zu gestalten, Verantwortung zu übernehmen, erfordert hohen Einsatz! **Ich danke** daher allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Landrätinnen und Landräten, Gemeinde-, Kreis- und Stadträtinnen und Stadträten, aber auch allen Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für ihre Heimat engagieren.

Finanzausstattung der Kommunen

Wie stehen unsere Kommunen heute da? Was sind die kommunalen Aufgaben von morgen? Wir können feststellen: Unseren bayerischen Kommunen geht es gut. Und es ist selbstverständlicher **Auftrag und Verpflichtung** der Bayerischen Staatsregierung, dafür zu sorgen, dass das so bleibt. Wir sind **starker und verlässlicher Partner** an der Seite unserer Kommunen! Das ist gerade mir als langjährigem Kommunalminister ein besonderes Anliegen!

In diesem Jahr steigen die **reinen Landesleistungen** aus dem **kommunalen Finanzausgleich** erstmals auf über 6 Mrd. € - und das, obwohl wir am Ziel des ausgeglichenen Haushalts unverbrüchlich fest halten, oben drein in den Jahren 2007 und 2008 noch 500 Mio. € an Schulden zurückzahlen und 400 Mio. € als Zukunftsreserve auf die hohe Kante legen. Ich frage die Opposition: Wo in Deutschland ist mehr Generationengerechtigkeit als in Bayern?

Mehr noch: Während der gesamte Staatshaushalt um 5,7 % steigt, erhöht sich der kommunale Finanzausgleich um über 11 % - also fast um das Doppelte. Das ist eine Steigerung wie sie seit dem Jahr 1978 - also seit 30 Jahren - nicht mehr vorgekommen ist. Die Zahlen im Einzelnen hat Finanzminister Erwin Huber Ende Januar in seiner Haushaltsrede dargelegt.

Die **Steuereinnahmen der Kommunen** haben sich in den letzten vier Jahren **stetig nach oben** entwickelt und haben den Rückgang in den Jahren 2001 bis 2003 überwunden. Während sie in 2003 bei knapp 8,4 Mrd. € lagen, haben sie 2007 ein Rekordniveau von knapp 12,2 Mrd. € erreicht (*zum Vergleich: in 2000: 9,3 Mrd. €, in 2001 9 Mrd. €*). Daran hat die **Gewerbesteuer** maßgeblichen Anteil. Und gerade dafür hat sich die Staatsregierung und habe ich mich im Interesse der Kommunen eingesetzt! Der Vorwurf der SPD, der Staat habe sich zu Lasten der Kommunen saniert, ist völlig abwegig. **Seit 2004 haben sich die Steuereinnahmen der Kommunen deutlich günstiger entwickelt als die Steuereinnahmen des Staates.**

Bayerische Kommunen im Vergleich

Auch bundesweit können wir uns sehen lassen: Die Gesamtheit der bayerischen Kommunen erwirtschaftete im Jahr 2006 einen Finanzierungsüberschuss von 1,4 Mrd. €, das sind 113 € pro Einwohner. Unsere Kommunen stehen **mit Abstand an der Spitze der westlichen Flächenländer.**

Die Kommunen in Rheinland-Pfalz, in dem Land, in dem der SPD-Vorsitzende seit fast 14 Jahren regiert, weisen dagegen – im Vergleich zur Zahl ihrer Einwohner – einen mehr als 20 Mal so hohen Bestand an Kassenkrediten auf wie die bayerischen Kommunen. Ist das die soziale Gerechtigkeit, von der der SPD-Vorsitzende immer spricht? Ist das Zukunftsverantwortung für unsere junge Generation? Nein! Das ist Politik auf Kosten der jungen Generation.

Investitionsquote

Die bayerischen Kommunen punkten auch bei der **Investitionsquote**. Mit 20,6 % lag sie 2006 deutlich vor der in den anderen westlichen Flächenländern mit 14,4 %. **Die kommunale Gestaltungskraft in Bayern ist weit größer als anderswo.**

Es wäre allerdings falsch, jetzt das Geld mit vollen Händen auszugeben. **Ich appelliere** an die Kommunen, finanzielle Spielräume zu nutzen, um Schulden abzubauen und Rücklagen zu bilden. Vorsorge treffen für die Zukunft ist kluge Politik und der Generationengerechtigkeit geschuldet. Darauf hat Erwin Huber in seiner Haushaltsrede zu Recht hingewiesen.

Haushaltskonsolidierungskonzepte

Nun gibt es Kommunen, die aus eigener Kraft nicht die Haushaltskonsolidierung leisten können. **Diese Kommunen lässt die Staatsregierung nicht im Regen stehen.** Was für den Staatshaushalt gilt, gilt auch hier: Wir müssen Schulden tilgen, um nicht durch den Schuldendienst in der Zukunft geknebelt zu werden. Denn aufgrund der absehbaren demographischen Entwicklung müssen immer weniger Menschen dafür aufkommen! Konsolidierung ist kein Selbstzweck. Sie bewahrt die Handlungsfähigkeit in der Zukunft!

Auf der Grundlage von **Sanierungsplänen** werden wir gezielt **Hilfe zur Selbsthilfe** leisten. Dafür stehen 2008 – auch aufgrund der Sperrefreigabe durch das Finanzministerium – nunmehr insgesamt 11 Mio. € zur Verfügung. Im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden können wir ab 2008 32 Kommunen auswählen, denen wir durch dieses Pilotprojekt unter die Arme greifen. Die Ausdehnung dieses Pilotprojekts ist ein **weiterer Schwerpunkt** zu Gunsten finanzschwacher Gemeinden in Bayern.

Im Übrigen diskutieren wir derzeit im Rahmen der **Föderalismuskommission II** über eine **Schuldenbegrenzung** für alle staatlichen Ebenen: den Bund, die Länder und die Kommunen. Wir müssen alle öffentlichen Haushalte zukunftstauglich machen, auch die kommunalen!

Abfinanzierung

Eine brennende Frage für die Kommunen ist die Frage der **Abfinanzierung** staatlicher Förderzusagen. Hier hat die Staatsregierung zusammen mit der CSU-Fraktion ein **Sonderprogramm von 200 Mio. €** beschlossen, um kommunale und private Investitionen schneller bedienen zu können. Um künftig einen derartigen Abfinanzierungsstau zu vermeiden und größere Planungssicherheit für die Kommunen zu erreichen, werden wir manchen Anträgen nicht sofort Rechnung tragen können. Alle gemeinsam müssen wir wieder lernen, unsere Wünsche mit den vorhandenen Haushaltsmitteln in Einklang zu bringen.

Schutz der kommunalen Selbstverwaltung

Die Bayerische Staatsregierung begegnet Gemeinden, Landkreisen und Bezirken partnerschaftlich und auf Augenhöhe. Deshalb wurde in meiner Zeit als Innenminister zum 1. Januar 2004 das **Konnexitätsprinzip** eingeführt. Deshalb hat Ministerpräsident Stoiber in der Föderalismuskommission I das **Durchgriffsverbot des Bundes auf die Kommunen** durchgesetzt. Die Kommunen sind so **umfassend geschützt**. Es wird keine neuen Aufgaben ohne Konnexitätsausgleich geben. Und im Rahmen des **Konsultationsverfahrens** werden die Kommunen frühzeitig an der Kostenfolgeabschätzung beteiligt. Ich gebe zu: dieser Abstimmungsprozess ist nicht immer einfach, da gibt es natürlich Interessensgegensätze. **Ich betone** aber: es ist gut, dass wir das Konnexitätsprinzip haben!

Allerdings – und auch ein offenes Wort gehört zu einem partnerschaftlichen Umgang – ist **nicht jede neue Herausforderung konnexitätsrelevant**. Die originären Aufgaben der Kommunen sind vielfältig und unterliegen einem ständigen Wandel. Auf diesen **originären Aufgaben** gründet die kommunale Selbstverwaltung. **Und:** Je selbstbewusster die Kommunen neue Herausforderungen als ihre eigenen, originären Aufgaben annehmen, umso leichter ist es, die kommunale Selbstverwaltung zu verteidigen – auch gegen Eingriffe der EU.

Der **Vertrag von Lissabon** vom 13. Dezember 2007 enthält erstmals die ausdrückliche Achtung der kommunalen Selbstverwaltung durch die EU. Dennoch müssen wir genau verfolgen, welche Überlegungen die **EU-Kommission** in Brüssel anstellt. Vorgaben der EU engen die Kommunen erheblich ein und bringen oft hohen bürokratischen Aufwand. Denken Sie nur an die FFH-Richtlinie, die nicht administrierbaren Vorgaben zum Feinstaub oder jetzt an den Entwurf zur Bodenschutzrichtlinie.

Bayern wendet sich mit allem Nachdruck und **mit aller bayerischen Hartnäckigkeit gegen EU-Pläne**, die die Kommunale Selbstverwaltung bedrohen. Die EU darf die Kommunen nicht aus den Bereichen **Wasser- und Energieversorgung** verdrängen - weder durch ordnungspolitische Maßnahmen, noch durch zu hohe bürokratische Hemmnisse. **Bayern hat nicht das Subsidiaritätsprinzip in Europa durchgesetzt, damit danach dieses Prinzip auf kaltem bürokratischen Weg wieder ausgehebelt wird.**

Kommunen im Wandel

Die Aufgaben für die Kommunen haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Sie sind **komplexer und vielschichtiger** geworden. Viele neue Herausforderungen stürzen auf die Bürgermeister und Landräte ein:

- da ist das Ringen um Investoren und Arbeitsplätze in Konkurrenz mit anderen Kommunen - und in Grenznähe auch mit Österreich und Tschechien,
- da ist zum Teil eine große Fluktuation in der Bürgerschaft. Immer wieder aufs Neue ist so mühevoller Integrationsarbeit zu leisten;
- da sind die gestiegenen Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an eine gute soziale, kulturelle und sportliche Infrastruktur;
- da sind viele soziale Problemfälle, die in den Kommunen aufschlagen und dort aufgefangen werden müssen.

Stärkung des ländlichen Raums

Kommunen im Aufbruch – das gilt gerade für den ländlichen Raum. In Bayern leben die Menschen gerne auf dem Land. Sie engagieren sich in Vereinen, halten Traditionen und Brauchtum am Leben, leisten Nachbarschaftshilfe. Das Leben ist **nicht anonym**, wie so oft in der Großstadt. Wir haben in Bayern – anders als in Frankreich – Dörfer und Märkte mit **voll funktionsfähigen Sozialstrukturen!** Das ist das Markenzeichen des ländlichen Raumes! Diese Lebensqualität müssen und werden wir erhalten. Ich erteile daher allen Überlegungen eine klare Absage, den ländlichen Raum nur auf eine Art Wohnfunktion zu beschränken! **Die CSU hat nicht über 50 Jahre, zum Teil gegen den Widerstand der SPD, um den ländlichen Raum gekämpft, um ihn jetzt wegen des Globalisierungsdrucks aufzugeben.**

Wir müssen aber sehen: Globalisierung und demografische Entwicklung treffen den ländlichen Raum in **besonderer Weise**. Arbeitsplätze können leicht in Billiglohnländer verlagert werden. Von Marktredwitz nach Eger oder von Furth im Wald nach Taus in Tschechien sind es nur wenige Kilometer. Hinzu kommt noch das Fördergefälle. Insgesamt erleben wir derzeit einen **Wandel zu einer wissensbasierten Dienst- und Industriegesellschaft**. Innovationen vollziehen sich vor allem im Umfeld von Universitäten und Forschungseinrichtungen. Dorthin zieht es viele leistungsfähige, kreative Kräfte. Bestimmte Regionen in Ost- und Nordbayern verlieren Menschen - durch Sterbeüberschuss und durch Abwanderung. Wie kann dem begegnet werden? Das ist eine **der** zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre.

Zunächst einmal: Der **ländliche Raum** in Bayern als Ganzes ist gewiss **nicht Verlierer der Globalisierung**. Bayern exportiert Waren wie noch nie, gerade auch in die Märkte im Osten, die nun für unsere Produkte offen sind. Bayern hatte im vergangenen Jahr das höchste Wirtschaftswachstum in Deutschland mit 2,9 %. Bayern hat insgesamt neben Baden-Württemberg die geringste Arbeitslosigkeit – und dabei stehen viele ländliche Räume besser da als die Metropolregionen!

Stadt und Land, Metropolregion und ländlicher Raum dürfen **nicht zu Gegenspielern** werden. Vielmehr stehen ländlicher Raum und Metropolregionen in einer **positiven Wechselwirkung** zueinander. Sie ergänzen und befruchten sich. Erst gemeinsam ergeben sie das Bild von Bayern. Diese Symbiose werden wir weiter stärken.

Sie kennen alle den Zukunftsatlas Deutschland des renommierten Prognos-Instituts aus Basel. Was hat das Institut festgestellt? Ich zitiere: vor allem **„Städte und Landkreise in Bayern lassen den Rest der Republik zunehmend hinter sich.“**

Wenn man sich den Zukunftsatlas Deutschland anschaut, dann sieht man sofort: die Musik des Fortschritts und der Innovationen spielt im Süden, in Baden-Württemberg und in Bayern. Und man sieht auch sofort: Bayern hat mehrere Regionen mit Top-Zukunftschancen. Das gibt es so in keinem anderen Land. Hören Sie also auf, meine Damen und Herren von der Opposition, unser Land und damit die Leistungen und den Erfindergeist unserer Bürgerinnen und Bürger ständig schlecht zu reden!

Es gibt ein grundsätzliches **Leitziel bayerischer Politik: „gleichwertige Lebensbedingungen“ – nicht gleiche – für ganz Bayern.** An diesem Ziel werden wir festhalten. Untermauert wird es vom **„Vorrang- und vom Vorhalteprinzip“.** Damit bekennen sich **alle staatlichen Ebenen** ausdrücklich zu ihrer Verantwortung für den ländlichen Raum.

Innerhalb des **Finanzausgleichs** haben wir auf unterschiedliche Entwicklungen reagiert, indem wir einen **Demographiefaktor** eingeführt haben. Bayern hat als erstes Bundesland einen solchen Parameter herangezogen: Betroffene Kommunen erhalten dadurch **Planungssicherheit**, um notwendige Anpassungen vornehmen zu können. Daran zeigt sich: der Freistaat war und ist **starker und verlässlicher Partner der Kommunen.**

Mittelstand im ländlichen Raum

Der ländliche Raum ist weitgehend **mittelständisch** geprägt. Das gibt Sicherheit. Der mittelständische Familienbetrieb strahlt Vertrauen aus. Er ist standorttreu, er bildet aus und versucht Arbeitsplätze zu halten. Wie jüngst eine Studie gezeigt hat, gehen umworbene Talente oft eher zu familiengeführten Mittelständlern als zu großen multinationalen Konzernen. **Deswegen stärkt unsere konsequente Mittelstandspolitik, unsere Clusterpolitik und unser Förderinstrumentarium den ländlichen Raum.** Auch die deutliche Anhebung der regionalen Wirtschaftsförderung für 2008 um fast 40 Mio. € auf insgesamt 133 Mio. € kommt dem Mittelstand zugute.

Unser besonderes Augenmerk gilt den **Existenzgründern**, denn sie schaffen Arbeitsplätze. In den 23 kommunalen und 23 technologieorientierten Gründerzentren unterstützen wir rund 1000 Unternehmen, die bislang weit über 4000 neue Arbeitsplätze geschaffen haben.

In den **„one-stop-shops“** der Gründeragenturen werden täglich 500 Gründer beraten. 80 % der Anmeldungen sind innerhalb eines Tages erledigt. Aufwändigere Vorhaben dauern 3 - 4 Tage – in Berlin 35 Tage. Hier sind wir spitze und das kommt den Kommunen zu gute!

Weil der Mittelstand für unseren ländlichen Raum eine so eminent wichtige Bedeutung hat, setzen wir uns massiv für eine Neuregelung der **Erbschaftssteuer** ein! **Leider wirft uns hier die SPD ständig Knüppel zwischen die Beine!** Ich sage: Investitionen zur Weiterführung des Betriebes sind sinnvoller, als durch Erbschaftssteuer einen Betrieb zu gefährden!

Infrastruktur für den ländlichen Raum

Ein Schwerpunkt unserer Politik wird sicherlich der **nord- und ostbayerische Raum** bleiben. Hier werden die Herausforderungen – wie demographische Entwicklung, wie das bestehende Fördergefälle zu Nachbarländern – besonders offensichtlich. Deshalb **unterstützen wir diese Regionen weit überproportional** und werden dies auch weiter tun. Ich erinnere z. B. an das EU-Programm 2007 – 2013 von 575 Mio. €, von dem über 60 % allein in diesen Raum fließen oder an das Hochfrankenprogramm im Bereich Städtebau und Dorferneuerung.

Schwerpunkte setzen wir ferner beim **kommunalen Straßenbau**, bei der **Dorferneuerung**, im **Städtebau**, im Bereich **Tourismus**: über 246 Mio. € stehen für Straßenbau- und -unterhalt zur Verfügung, gleichzeitig senken wir die Bagatellgrenze für Förderprojekte. Zusätzlich sind 15 Mio. € von 2008 bis 2011 für Dorferneuerung und 15 Mio. € für die Städtebauförderung vorgesehen aus dem Programm „Zukunft 2020“. Davon fließen in 2008 bereits 3,8 Mio. € in die Dorferneuerung. Um den Abfinanzierungsstau zu beheben, stellen wir jeweils weitere 12,5 Mio. € zur Verfügung. Weiter 10 Mio. € gibt es nach der Entscheidung der CSU-Fraktion für die Dorferneuerung. Für den **Tourismus** haben wir ein Sonderprogramm mit einem Darlehensvolumen von 300 Mio. € aufgelegt. Diese Mittel kommen nicht nur den Kommunen, sondern auch

unserem heimischen Handwerk und unserem Mittelstand zu Gute! So sichern und erhalten wir **Arbeitsplätze** gerade auch im ländlichen Raum!

DSL-Versorgung

Wir beschleunigen die **Erschließung des ländlichen Raumes mit Datenautobahnen**. Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium arbeiten hier aufs Engste zusammen- auch im Rahmen des **Staatssekretärsausschusses**. Dazu werden wir zum einen über drei Jahre die **Ko-Finanzierung** des Bundesprogramms mit insgesamt 9 Mio. € sicherstellen, zum anderen werden wir in den nächsten 2 Jahren weitere 10 Mio. € in die Hand nehmen, um das **schnelle Internet** auch dahin zu bringen, wo es dies bislang nicht gibt. Schnelle und unmittelbare Unterstützung erhalten Kommunen durch das „Aktionsprogramm Breitband für Bayern“, das die Bayerische Staatsregierung bereits im März 2007 zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Industrie- und Handelskammern gestartet hat. **Wo auch immer ein Unternehmer sich in Bayern ansiedelt, muss er sich einloggen können in das world-wide-web.**

Medizinische Infrastruktur

Wir nehmen die Sorgen der Menschen um die soziale und **medizinische Infrastruktur** in bestimmten ländlichen Räumen sehr ernst. Deswegen wird die Staatsregierung mit dem Bayerischen Hausärzteverband, der Kassenärztlichen Vereinigung und den gesetzlichen Krankenkassen nach Lösungen suchen. Ich appelliere an alle Beteiligten, Wege zu einem Miteinander zu finden. Es geht um die bestmögliche medizinische Versorgung der Menschen überall in Bayern.

Bei der **Krankenhausfinanzierung** haben wir die Mittel um 25 Mio. auf rund 478 Mio. € erhöht. Damit wurde den Anträgen der kommunalen Spitzenverbände in vollem Umfang Rechnung getragen.

Interkommunale Zusammenarbeit

Ich bin der festen Überzeugung, dass viele Aufgaben im ländlichen Raum in der Zukunft nur durch eine **verstärkte interkommunale Zusammenarbeit** gelöst werden können. Gerade dort, wo die demographische Entwicklung besonders dramatisch wird, werden die Kommunen auf dieses Instrument zurückgreifen müssen. Da ist **Kreativität, Eigeninitiative und Innovationsgeist** mehr als bisher gefordert, um die wirtschaftliche, kulturelle, soziale und schulische Infrastruktur zum Wohle der Menschen optimal zu gestalten. Neue Spielräume sollten genutzt werden! **Selbstverwaltung** heißt auch **Selbstverantwortung**. Die Regierungen – und zwar an der Spitze – sollen künftig noch mehr als bisher die interkommunale Zusammenarbeit unterstützen. Wir prüfen, ob für interkommunale Projekte ggf. höhere Zuschüsse fließen können.

Die Bürgerinnen und Bürger, die Familien, haben **kein Verständnis, wenn Kirchturmpolitik vor Gemeinwohl gestellt wird!** Das wird manchen Umdenkungsprozess erfordern. Aber wir müssen dahin kommen, weil es die Kommunen stärkt und den Bürgern nützt.

Familienfreundlichkeit

Familienfreundlichkeit ist ein Pfund, mit dem Kommunen wuchern können im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen, ein **weicher Standortfaktor** von erheblicher Bedeutung. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, Familien gute Perspektiven für die Zukunft zu geben. In den Kommunen geht es dabei insbesondere um die Betreuung von Kindern, den Bau und den Unterhalt von Schulen und um das Zusammenleben von Jung und Alt. Die familienfreundliche Kommune ist **ein Muss** in heutiger Zeit. Hier ist in den letzten Jahren bereits viel in Bewegung geraten. Und hier gibt es nach wie vor noch viel zu tun.

Die Staatsregierung hat auf den **steigenden Betreuungsbedarf bereits 2002** reagiert. Bis zum Inkrafttreten des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes im August 2005 wurden rund 5.000 Betreuungsplätze für unter 3-jährige und rund 15.000 Plätze für Schulkinder neu geschaffen sowie über 4.800 Krippenplätze und über 15.600 bestehende Hortplätze erstmals in die Förderung aufgenommen. Insgesamt wurden die bayerischen Kommunen in dem genannten Zeitraum um über 120 Mio. € entlastet.

Mit dem **Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz**, mit dem alle qualifizierten Formen der Kinderbetreuung vom Staat gefördert werden, hat der Ausbau einen **neuen Schub** erfahren. Aufgrund dieser

massiven Förderung durch die Staatsregierung hat Bayern derzeit rund 40.000 Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren. Das ist ein Versorgungsgrad von 12,9 %.

2002 wurden 457 Mio. € für die Kinderbetreuung ausgegeben, im Jahre 2008 werden es bereits 618 Mio. € sein.

Unser Ziel sind 100.000 Betreuungsplätze bis zum Jahr 2013. Dabei geben wir zum Geld des Bundes 100 Mio. € dazu und verbessern so die Konditionen für die Investitionen der Kommunen erheblich. **Das tut in dieser Größenordnung kein anderes Land in Deutschland!**

Der Staat fördert die Investitionen der Kommunen abhängig von ihrer Leistungsfähigkeit bis zu 80 %. **Das ist ein herausragendes Angebot an die Kommunen.** Aber: der Betreuungsbedarf hört nicht mit dem Verlassen des Kindergartens auf. Wir werden eine **verlängerte Mittagsbetreuung an Grundschulen** bis 15.30 Uhr einrichten. Neben Staat und Eltern fordere ich auch die Kommunen auf, ihren Beitrag zu leisten!

Auch beim künftigen Ausbau der Betreuungsplätze ist uns an der **Wahlfreiheit der Eltern** in besonderer Weise gelegen. Deswegen fördern wir nicht nur die institutionellen Einrichtungen, sondern sehr bewusst auch die **Tagespflege**. Hier allein entstehen knapp 20.000 Plätze. Die Vielfalt der Betreuungsangebote bei vergleichbarer Qualität und Sicherheit entspricht den Wünschen der Eltern, ist der Differenziertheit unseres Landes angemessen und entspricht unserem Menschenbild.

Wir wollen echte Wahlfreiheit für Familien. Deshalb brauchen wir beides – Betreuungsplätze und eine bessere finanzielle Unterstützung der Familien. Wir wollen eine angemessene **Erhöhung des Kindergeldes**. Der Bund muss im Übrigen seine Hausaufgaben erledigen und nicht Familien benachteiligen, die ihre Kinder in den ersten Lebensjahren unter Verzicht auf ein zweites Erwerbseinkommen selbst betreuen wollen und daher in besonderem Maße auf das **Kindergeld** und das **Betreuungsgeld** angewiesen sind. Ich freue mich, dass Herr Beck sich nach jüngsten Meldungen einsichtig zeigt, und nunmehr auf unsere familienpolitische Linie einschwenkt, im Gegensatz zur bayerischen SPD.

Vor einer Woche hat der Ministerrat ein **Gesamtkonzept zur Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen von rd. 9 Mio. € beschlossen**. Mit dem Projekt „**Guter Start ins Kinderleben**“ wollen wir vor allem Risikofamilien besser erfassen und ihnen frühzeitig Hilfen anbieten und notwendige Maßnahmen einfordern. So wird unser soziales Frühwarnsystem gestärkt. **Wir stärken mit diesem Programm ganz entscheidend die kommunale Kinder- und Jugendhilfe.**

In Deutschland gibt es 39 Mio. Privathaushalte. Aber nur mehr in rund 280.000 leben drei oder mehr Generationen zusammen. Das Miteinander der Generationen, das Zusammensein der Enkel mit den Großeltern, der Austausch von Erfahrungen, das Vorlesen, die gegenseitige Unterstützung, all das droht verloren zu gehen. Da nun einmal die heutige Mobilität vielfach die Generationen trennt, muss versucht werden, am Wohnort der Familien neue Generationennetze zu knüpfen – eine neue Herausforderung für die Kommunen.

Ein Ansatz dazu sind die **Mehrgenerationenhäuser**. Einen weiteren Ansatz habe ich im Rahmen der Werteinitiative an unseren Schulen kennengelernt. Schüler gehen älteren Menschen zur Hand, knüpfen Kontakte und profitieren so von ihrem reichen Erfahrungsschatz. Das ist ein vorbildlicher Erfahrungs- und Wissensaustausch – und das kann nur zur Nachahmung empfohlen werden. Hier sind die Kommunen gefordert, mit Kreativität das **Zusammenleben der Generationen zu gestalten**. **Für den Zusammenhalt der Gesellschaft in der Zukunft ist dies besonders wichtig.**

Bildung

Bildung ist das Kernthema für Bayern. In den Köpfen, in den Ideen, in den Innovationen, aber auch in den Herzen der Kinder liegt unsere Zukunft. Weil **Bildung** so entscheidend für den einzelnen Menschen – wie für das Land – ist, wollen wir die **passenden Schulen** für die unterschiedlichen Begabungen der Kinder und für die Vielfalt der Berufe in einer modernen Welt. Wir setzen auf **Differenzierung und Vielfalt**, nicht auf Verschmelzung und Einheitsbrei. Dies ist gerechter und chancenreicher und bringt jede Art von Begabung zur Entfaltung – anders als das gleichmacherische Einheitsmodell à la SPD und Grüne.

Weil Bildung so wichtig ist, sind auch die Kommunen gefordert. Sie sind die Sachaufwandsträger für die Schulen und sie sind für deren gute und schülergemäße Ausstattung verantwortlich.

Grundschule

Eine gut erreichbare Grundschule ist wichtig für die Kinder. **Kurze Beine, kurze Wege:** Daher wollen wir weitgehend die **Grundschulstandorte**, die heute bestehen, halten, auch mit **kombinierten Klassen**.

Hauptschule

Von den rd. 1.050 Hauptschulen in Bayern sind rd. 700 zwei- und mehrzünftig – diese sind derzeit gesichert. Gemäß der **Hauptschulinitiative** sollen allen Hauptschülern drei Profilbereiche angeboten werden. Flächendeckend wollen wir Ganztagschulen bedarfsorientiert ausbauen. Allein dieses Schuljahr richten die Kommunen mit staatlicher Förderung 100 neue Ganztagsstandorte ein. Bis 2013 werden es rd. 600 sein. So kann jedem Schüler ein passendes, individuelles und gutes Bildungsangebot gemacht werden.

Im **Mittelpunkt** all unserer Bemühungen und Reformen stehen die **Schülerinnen und Schüler**. Ihnen müssen wir bestmögliche Bildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten eröffnen. Darum geht es, und nicht darum, in jedem Ort auf Biegen und Brechen die Schule zu erhalten. Hier sage ich: in dubio pro discipulo! – Im Zweifel für den Schüler!

Wir vertrauen darauf, dass unsere Gemeinden die neuen Hauptschulen in kommunaler Zusammenarbeit zu modernen Bildungsstätten für unsere jungen Leute machen werden.

Aber klar ist doch: Durch das Schulmodell der SPD und der Grünen, die Verschmelzung von Haupt- und Realschulen, würden viele Schulstandorte von der Bildfläche Bayerns verschwinden. Das ist ein tabula rasa-Programm für den ländlichen Raum.

Schon in meiner Regierungserklärung habe ich gesagt: Die Hauptschule ist für uns keine Restschule. Wirtschaft und Mittelstand setzen auf gut qualifizierte Hauptschüler. Entscheidend ist, dass es **keinen Abschluss ohne Anschluss gibt**. Jede Schülerin und jeder Schüler muss von jedem Platz des Bildungssystems aus gemäß seinen Begabungen den gewünschten Weg gehen können. **Durch unsere Hauptschulinitiative und durch den Ausbau der Beruflichen Oberschule erweitern wir die Anschlussmöglichkeiten.** Einen weiteren Schritt in diese Richtung hat der Ministerrat in der vergangenen Woche getan: künftig können **alle Meister an Fachhochschulen studieren!** Das gibt diesen wissenschaftlichen Kristallisationspunkten im ländlichen Raum einen weiteren Schub. Bildungschancen im ländlichen Raum stehen heute denen in den Großstädten in keiner Weise nach!

Umwelt- und Klimaschutz in den Kommunen

Umwelt- und Klimaschutz – darauf setzen Staatsregierung wie auch Kommunen – **ideologiefrei** und ohne Verteufelung der Wirtschaft. Hier setzen wir verschiedene Schwerpunkte – von der Reduktion des Energieverbrauchs über die Anpassung an die Klimaveränderung bis hin zur Gewinnung neuer Energiequellen. Hier gibt es in den Kommunen bereits viel Aufwind, wenn ich an die vielen lokalen Agenda-21-Gruppen denke.

Unser **Klimaschutzprogramm** umfasst **350 Mio. €**. Ein wesentlicher Teil davon dient der Unterstützung der Kommunen. So werden zum Beispiel im Rahmen des „**Bund-Länder-Kommunen Investitionspaktes**“ Mittel zur energetischen Sanierung und Modernisierung öffentlicher Gebäude bereitgestellt. **Bayern und der Bund finanzieren jeweils ein Drittel**, insgesamt 60 Mio. €. Interessierte Kommunen tragen so lediglich ein Drittel der **Sanierungskosten ihrer sozialen Infrastruktur**. Neben dem Klimaschutz ist dieses 90 Mio. € - Projekt ein wichtiger Impuls für die heimische Bauwirtschaft und sichert Arbeitsplätze. **Klimaschutz wird so zum zentralen Baustein nachhaltiger Kommunalentwicklung.**

Auch planerisch unterstützen wir die Kommunen: Im Rahmen der **Bayerischen Klima-Allianz**, bei der der Landkreistag, der Verband der bayerischen Bezirke und demnächst auch der Gemeindetag mitmachen, werden praxismgerechte Anleitungen erstellt, um bestehende Energie- und Einsparpotenziale in den Kommunen einfach zu erkennen und zu ermitteln. Energienutzungspläne und Siedlungskonzepte daraus werden allen bayerischen Kommunen zur Verfügung gestellt.

Mit knapp 30 Mio. € fördern wir die **Erschließung regenerativer Energiequellen** – von Geothermie bis Biomasse – auch das im Übrigen ein Feld für interkommunale Zusammenarbeit. Diese **kleinräumige Energieversorgung** wollen wir bewusst unterstützen.

Lärmschutz

Ein Problem, das uns die EU aufgeladen hat, ist die **Lärmkartierung**. Hier ist noch die Klärung der Zuständigkeiten bei der **Lärmaktionsplanung** offen. Dies ist eine schwierige Frage. Ich habe erst gestern wiederum mit dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetages darüber gesprochen. Bei der **Lärmkartierung** ist der Staat den Kommunen deutlich entgegen gekommen. Diese Kartierung werden wir weitgehend übernehmen. Bei der **Lärmaktionsplanung** geht es um örtliche Besonderheiten. Hierüber muss noch intensiv gesprochen werden.

Hochwasserschutz

Bedeutend für die kommunale Entwicklung ist ein **maßgeschneiderter Hochwasserschutz**. Dem trägt das Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020 mit einem Gesamtvolumen von 2,3 Mrd. € Rechnung. Die bisherigen Leistungen der Staatsregierung an die Kommunen können sich sehen lassen: seit 2002 hat der Freistaat über 750 Mio. € in den Hochwasserschutz investiert. Doch technische Maßnahmen allein reichen letztlich nicht aus. Auch hier ist **interkommunale Solidarität** gefordert, indem z. B. die notwendigen Speicherräume zur Verfügung gestellt werden!

Die **Versorgung** der Bevölkerung mit Trinkwasser und die Abwasserentsorgung sind **Pflichtaufgaben der Gemeinden**. Finanziell unterstützt werden sie dabei vom Freistaat, der in den vergangenen sechs Jahrzehnten etwa 11,5 Mrd. € an Zuwendungen an die Gemeinden ausgeschüttet hat. Unsere Gemeinden haben nicht nur fast alle Haushalte erschlossen, sondern sie haben mit ihren Kläranlagen auch einen technischen Standard erreicht, den man als **erstklassigen, praktizierten Umweltschutz bezeichnen kann**.

10 Punkte der SPD

14 Tage vor der Kommunalwahl will sich nun die SPD flugs kommunalfreundlich gerieren und legt ein 10-Punkte-Sonntags-Programm vor. **Diese 10 Punkte würden zu jährlichen Mehrausgaben von ca. 1,25 Mrd. € führen**. Dazu kommen noch all die anderen Forderungen der SPD, wie die sogenannte Bildungs-Milliarde.

Ich frage Sie: Wie wollen Sie das alles finanzieren? Sagen Sie einmal ein Wort dazu! Doch hier zeigt sich die ganze Regierungsunfähigkeit der SPD.

Die Staatsregierung geht auf Augenhöhe und ehrlich mit den Kommunen um. Wir schaffen den Interessensausgleich. Seit 10 Jahren haben wir den kommunalen Finanzausgleich stets einvernehmlich beschlossen. Das ist seriöse, berechenbare und zuverlässige Politik. Diese Politik gibt den Kommunen Sicherheit. Und das wird unter meiner Regierung so bleiben.

Wandel und Aufbruch haben immer ein Ziel: das **Wohlergehen** unserer Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen, die Familien fühlen sich in Bayern wohl. Das belegen viele Umfragen. Das spricht für eine hohe Zufriedenheit der Menschen mit ihrem Lebensumfeld. Diese Zufriedenheit hängt meines Erachtens mit zwei spezifischen bayerischen Eigenheiten zusammen.

Politik aus einem Guss

Zum einen ist die bayerische Kommunalpolitik kein isolierter Politikbereich, sondern seit Jahrzehnten eingebettet in eine stringente Landes-, Bundes- und Europapolitik der Staatsregierung und der CSU-Fraktion. Diese **Mehrebenenpolitik** ist ein Glücksfall für die Kommunen. Denn ihre Wünsche und Anliegen können einerseits direkt und ungebrochen nach oben transportiert und auch politisch durchgesetzt werden, andererseits können Staatsregierung und die CSU einen Schutzfilter vor die Kommunen legen, wenn von Brüssel oder Berlin Ungemach droht. Diese **Politik aus einer Hand**, diese **Politik aus einem Guss** von unten nach oben und von oben nach unten ist eine **win-win-Situation** für die Kommunen und für Bayern. Sie ist eine Garantie für die kommunale Selbstverwaltung.

Ehrenamt

Bayern ist ein starkes Land mit starken Kommunen. Stark bleibt man durch eine innovative, in die Zukunft gerichtete Kommunalpolitik. Aber nicht allein: Jede Gemeinde lebt von ihren engagierten Menschen in den Vereinen und Verbänden, bei der freiwilligen Feuerwehr und bei den Rettungsdiensten. Sie lebt vom Engagement im sozialen, kulturellen und kirchlichen Bereich. All denen, die hier mitwirken, möchte ich von Herzen danken! Sie geben unseren Kommunen ein menschliches Gesicht. Ich möchte alle Kommunalpolitiker bitten, dieses ehrenamtliche Engagement nach besten Kräften zu fördern.

Integration

So gelingt auch **Integration**. Denn Integration findet immer vor Ort statt, in Regensburg, in Erlangen, in Augsburg, im Betrieb. Neben dem Erlernen der deutschen Sprache ist dieses Hineinwachsen in den kommunalen Alltag, in die Nachbarschaften und Vereine die Grundlage für Integration.

Wir wollen unsere Städte und Gemeinden lebendig halten, auch städtebaulich. Verlassene und verwaiste Ortszentren, das ist nicht unser Bayern. „**Leben findet Innenstadt**“ – das gilt es zu bewahren. Mit dem gleichnamigen Modellprojekt erproben 10 Kommunen neue Partnerschaften und Allianzen in ihren Stadt- und Ortszentren. Von ihren Erfahrungen werden auch weitere Städte und Gemeinden profitieren!

Identität

Ein wesentliches Fundament der Stärke unserer Kommunen sind auch gelebte **Traditionen, ist das Bewusstsein von der Eigenstaatlichkeit Bayerns, ist unser ausgeprägtes Geschichtsbewusstsein. Diese Verwurzelung schafft Identität.** Diese Identität wächst aus den Kommunen heraus. Dort lernt der junge Mensch seine Heimat, die Traditionen, das Brauchtum kennen, – durch Schauen, Mitmachen, Begreifen. Dort wächst er hinein in das sprichwörtliche bayerische Lebensgefühl.

Daher danke ich auch allen Traditions-, Trachten- und Schützenvereinen, allen Kultur-, Musik- und historischen Vereinen, den Heimatpflegern und Denkmalschützern, kurzum allen, die mit ihrem Engagement altbayerische, fränkische, schwäbische und sudetendeutsche Identität stiften.

Es ist dieser kulturelle Nährboden, der auch in den Kommunen gedeiht und gepflegt wird, der uns in Bayern unverwechselbar, der uns stark macht – die Kommunen und das Land.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Peter Hufe, Wolfgang Vogel, Adelheid Rupp u.a. SPD
Modellversuch Fachhochschulreife an Realschulen
Drs. 15/7638, 15/9846 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	A	1 Z 2 ENTH	A

Die SPD-Fraktion hat beantragt, der Abstimmung das Votum „Zustimmung“ zu Grunde zu legen.

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Sans Papiers (Menschen ohne Papiere) in Bayern 1: Beratungsstellen einrichten
Drs. 15/8975, 15/9839 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	A	A	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Sans Papiers (Menschen ohne Papiere) in Bayern 2: Rechtliche Mindeststandards gewährleisten
Drs. 15/8976, 15/9840 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	A	A	Z

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Unterbringung und Hilfen für Asylbewerberinnen und -bewerber mit Behinderung und psychischer Erkrankung
Drs. 15/9026, 15/9757 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Karin Pranghofer, Hans-Ulrich Pfaffmann, Johanna Werner-Muggendorfer u.a. SPD
Nachfrage nach Bildungsangeboten für nachholende Schulabschlüsse in der Erwachsenenbildung gerecht werden
Drs. 15/9053, 15/9845 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Karin Pranghofer, Hans-Ulrich Pfaffmann, Johanna Werner-Muggendorfer u.a. SPD
Bayern, aber gerechter
Gleiche Bildungschancen für alle: Besuch der gebundenen Ganztagschule ermöglichen
Drs. 15/9055, 15/9912 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Gleichberechtigung für Menschen mit Behinderung mit Duldung, Aufenthaltsgestattung sowie Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen
Drs. 15/9155, 15/9841 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

CSU	SPD	GRÜ
A	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer u.a. CSU
Maßstäbe für die Wirksamkeit sozialpolitischer Maßnahmen im Freistaat Bayern (Bayerischer Sozialstaats-TÜV)
Drs. 15/9209, 15/9842 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

CSU	SPD	GRÜ
Z	A	A

9. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Hermann Imhof, Peter Winter u.a. CSU
Jugendwohnheime als sozialpädagogische Mobilitätsbegleitung
Drs. 15/9284, 15/9758 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

CSU	SPD	GRÜ
Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Franz Josef Pschierer u.a. CSU
Fachkräftemangel - Zuwanderung von Spezialisten aus dem Ausland vereinfachen
Drs. 15/9289, 15/9847 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

CSU	SPD	GRÜ
Z	ENTH	A

11. Antrag der Abgeordneten Peter Weinhofer u.a. CSU
Gerichtskosten im verwaltungsgerichtlichen Verfahren
Drs. 15/9294, 15/9848 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

CSU	SPD	GRÜ
Z	Z	Z

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Ludwig Wörner, Dr. Christoph Rabenstein u.a. und Fraktion SPD
Verbot und Nichtnutzung der Gen-Maissorte MON 810 in Bayern
Drs. 15/9304, 15/9756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	GRÜ
A	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Evaluation der Tätigkeit der Härtefallkommission
Drs. 15/9355, 15/9849 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

CSU	SPD	GRÜ
Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle, Helmut Brunner u.a. CSU
Vertretung des Agrarrechts im Forschungs- und Lehrangebot der bayerischen Universitäten und Fachhochschulen
Drs. 15/9358, 15/9838 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	GRÜ
Z	Z	ohne

bzw. gleichlautendes
Votum des mitberatenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	GRÜ
Z	Z	Z

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. und Fraktion SPD
Bayern, aber gerechter
Allen Kindern gerechte Chancen (1)
Lernmittelbeihilfe
Drs. 15/9455, 15/9759 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

CSU	SPD	GRÜ
A	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Bericht über den Umgang mit gentechnisch veränderten Mais- und Kartoffelsorten
Drs. 15/9519, 15/9701

Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

